

Roter Morgen

Zeitung der KPD

20. Jahrgang

19. September

RM

Nummer 22

Heimlichtuerei Blüms

von HELMUT WEISS

In der zweiten Septemberwoche debattierte der Bundestag an vier Tagen den Entwurf der Bundesregierung für den Haushalt des Jahres 1987.

Was den geplanten Haushalt charakterisiert, ist eindeutig und kurz zusammenzufassen: Die weitere Steigerung der Rüstungs- und Armeeausgaben auf 51,3 Milliarden DM ist kennzeichnender Punkt. Die Gesamtausgaben in diesem Bereich umfassen über 64 Mrd DM (ohne die Westberlinhilfe von fast 12,7 Mrd DM, die nach NATO-Rechnung auch dazugehören würde). Fast 5,3 Mrd DM an Versorgungsgeldern für Berufssoldaten werden kurzerhand — wie immer — im Haushalt des Sozialministeriums abgerechnet, das so, dem äußeren Schein nach, den höchsten Einzelhaushalt zu verzeichnen hat.

Während der Kanzler sich mehr der großen Linie widmete und sich mit Helmut Schmidts Abgang befaßte, blieb Norbert Blüm in einer vielgelobten Rede zu wesentlichen Punkten völlig schweigsam, versuchte Walter Wallmann die Peinlichkeiten der von der Regierung bestellten AKW-Gutachten recht ungeschickt zu umschiffen, demonstrierte sich die einstige Wunderwaffe Rita Süßmuth weiter selbst. So blieb der größte Auftritt des konservativ-liberalen Lagers Stoltenberg überlassen, keineswegs nur durch die Natur der Sache bedingt.

Dabei mußte er notgedrungen an einer ganzen Anzahl von Fakten vorbeireden, um seine Linie rechtfertigen zu können. Daß der erste Schritt seiner Steuerreform nur den Großverdienern Vorteile gebracht hat, weil die geringen positiven Auswirkungen für alle anderen durch höhere Sozialabgaben wieder zunichte gemacht wurden, war einer dieser Fakten, an denen Stoltenbergs Darstellung des „Weiter so,

Deutschland“ relativ durchsichtig wurde. In der zentralen Frage der Massenarbeitslosigkeit, deren Existenz er zunächst verneinte, kam er nicht umhin einzugestehen, daß nicht nur eine Dauererscheinung daraus geworden ist, sondern daß die registrierte Arbeitslosigkeit von Frauen weiter steigt. Das Argument der Preisstabilität, mit dem die Bundesregierung in der letztjährigen Haushaltsdebatte so gewuchert hatte und womit sie auch Erfolge in der politischen Auseinandersetzung erzielt hatte, wirkte dieses Mal wesentlich weniger. Zu wenig ist für breite Teile der werktätigen Bevölkerung davon real zu erfahren.

War die Haltung der Regierung (und auch, mit einigen Ausnahmen, der sie tragenden Parteien) in dieser Debatte wesentlich defensiver als angenommen, so war das Schweigen von Norbert Blüm über seine Pläne zur Gegenreform im Bereich von Renten- und Krankenversicherung angesichts heftiger Attacken von sozialpolitischen Sprechern der SPD und der Grünen wohl im wesentlichen wahltaktisch bestimmt — ob diese Taktik aufgehen wird, erscheint fraglich, denn zu viele Überlegungen, in welche Richtung „es“ gehen soll, liegen vor und vor allem auch die Forderungen der Unternehmerverbände in diesem Bereich, die tatsächlich und direkt aufs Herz des sozialen Sicherungssystems in der BRD zielen. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit in der „Rentenreform“, die Anke Fuchs (in einer von der Presse ebenfalls hochgelobten Rede) für die SPD beteuerte, ist angesichts des Wahlkampfes vielleicht überraschend, nicht aber in Anbetracht der Geschichte der Rentenpolitik aller etablierten Bonner Parteien.

Ansonsten war die Debatte, nicht nur am zweiten, dem üblichen „General-Tag“, sehr von generellen



Debatten geprägt — in denen die Regierungsparteien die Fortsetzung der Wende propagierten, die SPD-Sprecher ihre „Verteilung der Opfer“ anpriesen. Von den jüngsten SPD-Parteitagsschlüssen prägten insbesondere die Ergänzungsabgabe und die AKW-Beschlüsse die Debatte

Die Debatte, so CDU-Rechtsaußen Dregger, zeige erneut, daß es sich bei der Wahl im kommenden Januar um eine Richtungswahl handele. So ganz Unrecht hat er damit nicht — aber das war schon öfter so. Daß es aber andererseits den Konservativen (und Liberalen) im besonderen um die Festigung der Wendepolitik geht, erscheint klar. Die Alternative, die die SPD-Redner in dieser Auseinandersetzung einmal mehr vertraten, ist die des Kurses der Sozialpartnerschaft in allen Bereichen der Gesellschaft, die ihr Kandidat in seinem Slogan „Versöhnen statt spalten“ so deutlich vertritt. Der Nürnberger Parteitag scheint ihnen dabei neuen Elan gegeben zu haben.

Schnellschuß und Hecken-schützin

von HORST DIETER KOCH

Gemeinsam mit den Unionsparteien will die SPD verhindern, daß der Gesetzentwurf der Grünen zum gesetzlichen Verbot der Aussperrung noch vor den Bundestagswahlen im Parlament behandelt wird. Zusammen mit der Aussperrungs-Union hat die SPD dagegen gestimmt, daß der grüne Gesetzentwurf im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung auf die Tagesordnung kommt.

Anke Fuchs erklärte für die SPD zur Begründung, die SPD würde nicht auf „grüne Schnellschüsse“, die ohne Absprache mit den Gewerkschaften zustandegekom-

men seien, reagieren. Anke Fuchs hat vermutlich inzwischen den umfangreichen „metall“-Sonderdruck mit den Anträgen zum Gewerkschaftstag der IG Metall erhalten. Ein kurzer Blick in dieses Heft könnte sie darüber in Kenntnis setzen, daß die Forderung nach einem Aussperrungs-Verbot so deutlich gestellt wird, daß gesonderte Absprachen mit den Gewerkschaften kaum größere Eindeutigkeit erbringen würden.

Naheliegender als Erklärung für das Verhalten der SPD ist die Vermutung, daß die SPD nicht noch vor der Wahl gegen einen Gesetzentwurf zum Verbot der Aussperrung stimmen möchte. Es geht wohl weniger um Absprache mit den Gewerkschaften als um Anbiederung an jene angeblich „vernünftigen“ Teile des Unternehmertums, deren Unterstützung die sozialdemokratischen Führungsstrategen als Voraussetzung für Raus „eigene Mehrheit“ erachten. Wohl deshalb wurde Anke Fuchs gegen den „grünen Schnellschuß“ als Hecken-schützin aktiv.



GRÜNE/ANTIFA: Wie halten es die Grünen mit dem antifaschistischen Kampf? Bernhard Strasseit setzt sich mit dem Teil „Rechtsentwicklung, Rassismus, Faschismus“ im grünen Parteiprogramm auseinander. **Seite**

18. HOCHZEIT: Die Weltgeschichte hält den Atem an. GIM und KPD schreiten am 4./5. Oktober zur Vereinigung. Anträge zum Vereinigungsparteitag auf den **Seiten 5 - 16.** **ASYL:** Ansätze zum Widerstand. **Seite 19.**

ASYLRECHT IST MENSCHENRECHT!

800 000 Deutsche fanden während der Naziherrschaft Asyl im Ausland



Sie haben heute kaum eine Chance, in der Bundesrepublik Asyl zu bekommen.

Aktion Volksentscheid

Am 8.9.86 haben die Initiatoren der Aktion Volksbegehren gegen Atomanlagen ihren Zulassungsantrag versehen mit rund 100000 Unterschriften beim Innenministerium von NRW abgegeben. Die Landesregierung muß innerhalb von 6 Wochen über diesen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens entscheiden.

Inzwischen scheint es wieder sehr unsicher zu sein, ob die Jusos der Aktion trotz der Schelte durch die NRW-SPD die Treue halten. Fritz Brendgen, Landesgeschäftsführer der Jusos, hat über den WDR bereits verkündet, daß nach den Beschlüssen des Nürnberger Parteitages ein solches Volksbegehren überflüssig sei. Der Landesvorsitzende der Jusos tat diese Äußerung zwar als „Privatmeinung“ ab, wollte aber andererseits nicht ausschließen, daß die Jusos auf ihrer Landesausschußsitzung am 24.9. tatsächlich den Ausstieg aus der Aktion beschließen könnten.

Die Initiative „Volksbegehren gegen Atomanlagen“ hat die Beschlüsse des Nürnberger Parteitages begrüßt, gleichzeitig aber festgestellt: „Von den Beschlüssen der SPD unterscheidet sich die Intention des Volksbegehrens jedoch vor allem an einem entscheidenden Punkt: Es ermöglicht den Ausstieg in NRW, wie auch immer die Bundestagswahlen im Januar 1987 ausgehen mögen.“

Manöver

Vom 22.9. - 26.9. findet in Schleswig-Holstein das zentrale Herbstmanöver der NATO Bold Guard '86 statt. 65000 Soldaten aus der BRD, Britannien, Dänemark, USA und den Niederlanden nehmen an der Kriegssübung teil.

Zahlreiche Organisationen haben Ende August einen gemeinsamen Aufruf gegen das Manöver verabschiedet. Am 20.9. wird eine Demonstration stattfinden.



Der provokative Slogan „Weiter so, Deutschland“, mit dem die CDU ihren Wahlkampf eröffnet hat, hat jetzt auch den Grafiker Klaus Staack auf den Plan gerufen. Seine Interpretation: ein blutiger Daumen — Neue Armut, zerstörte Umwelt, mehr Arbeitslose. (Foto: stern)

Treffpunkt: Rathausmarkt Bielefeld, 12.00 Uhr Abschlußkundgebung am Paradeplatz in Rendsburg.

Mehr Frauen in die Betriebsräte

Verschiedene DGB-Gewerkschaften haben jetzt Aktivitäten angekündigt, um bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen den Frauenanteil in den Betriebsräten zu steigern. Die IG Metall (bisheriger Frauenanteil in den Betriebsräten: 11,8 Prozent) will u. a. mit einem Brief des Vorstandes an die gewerkschaftlichen Vertrauensfrauen die Bereitschaft der Kolleginnen für eine Kandidatur fördern. Die ÖTV will den Anteil von Frauen in den Personalräten auf 25 Prozent steigern. Geworben werden für mehr weibliche Kandidaten soll auf Vertrauensleuterversammlungen und betrieblichen Mitgliederversammlungen. Die HBV will den Anteil von Frauen in den Betriebsräten von jetzt 37 Prozent auf 42 Prozent steigern. U. a. ist die Herausgabe eines Flugblattes zu dieser Frage geplant.

Haste was, dann kriegste was

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind die „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ im 2. Quartal 1986 gegenüber dem gleichen Zeitraum 1985 um 16,5 Prozent angestiegen. Der Bruttoeinkommenszuwachs der „Unselbständigen“ beträgt dagegen für den gleichen Zeitraum nur 5,3 Prozent.

Nordisch

Gegen ein Treffen der rechtsradikalen Vereinigung „Nordischer Ring“ haben am Samstag in Schleswig mehrere hundert Menschen protestiert. Aufgerufen hatte u. a. der DGB.

Am Treffen des „Nordischen Rings“ nahmen rund 100 Teilnehmer aus der BRD, Britannien und den Niederlanden teil. Sie forderten u. a. eine „Lösung“ des Asylproblems durch „Neuordnung im unterbesiedelten Osten“ und die „Förderung des Selbstbewußtseins der germanischen Rasse“.

Bei der Protestaktion

kam es zu einem schwerwiegenden Zwischenfall, als ein mit Skinheads in Kampfanzügen besetzter Wagen in eine Gruppe von Demonstranten fuhr. Drei Menschen wurden verletzt.

Erneute Rückkehraktionen bei der RAG

„Passend“ zur derzeit geschürten Ausländer- und Asylantenfeindlichkeit versucht die Ruhrkohle AG erneut, ausländische Kollegen loszuwerden. Das vor einigen Jahren eingeläutete Zechensterben und die Leistungssteigerung unter Tage führen nach Ansicht der RAG zu einem „Personalüberhang“. Der gesunkene Ölpreis und der gesunkene Dollarkurs haben die Halden bei der RAG erneut seit einem halben Jahr ansteigen lassen. Kurzarbeit und Frühverrentung, Anpassungspläne und kilometerweite Verlegungen der Kumpel der stillgelegten Schachtanlagen reichen ihnen nicht mehr aus: für hauptsächlich türkische Kollegen, die schon jahrelang hier sind, soll die Heimkehr in die Türkei schmackhaft gemacht werden.

Das Angebot lautet: zweieinhalb Monatslöhne als

betriebliche Abfindung, Zahlung der vollen Treupremie (624-DM-Gesetz), des vollen Weihnachts- und Urlaubsgeldes im Jahr des Ausscheidens, zusätzlich 10000 Mark als „Sonderabfindung“. Das gilt für Kumpel, die mindestens 45 Jahre alt sind und schon wenigstens 15 Jahre in der BRD auf der Zeche waren. Dazu gilt die Regelung, daß sich die Kumpel auf Antrag ihren Anteil an der Rentenversicherung auszahlen lassen können.

Für die türkischen Kumpel wird dazu eine Beratungsstelle eingerichtet, die Betonung legen RAG und Betriebsrat auf „freiwillig“.

Dieses erneute Abschiebungsprogramm der Ruhrkohle AG versucht, wie schon seit Jahren, die Folgen der Energiekonkurrenz auf die Kollegen abzuwälzen. Die Spaltung zwischen in- und ausländischen Arbeitern wird erneut betont, ausländische Stimmen Vorschub geleistet. „Die dürfen schon mit 45 gehen“ ist ein schon öfter gehörtes Wort, als ob damit Vorteile verbunden wären. Die Abfindungen für die ausländischen Kumpel reichen höchstens für Umzug und einen Anfang zu Hause. Was ist aber mit den halbwüchsigen Schulkindern, was mit den Söhnen, die auch auf der Zeche arbeiten? Familiäre Probleme sowie die Frage nach Arbeit in der Türkei kommen auf die Betroffenen zu.

Dazu kommt, daß die Auszahlung der Rentenanteile Betrug an den Kumpels ist, die hier jahrelang ihre Haut zu Markte trugen, oft die schwersten und gefährlichsten Arbeiten im Streben machten, sich in den 15 Jahren für die RAG-Kapitalisten kaputtmalochten. Immerhin zahlt der Arbeitgeber zur Rentenversicherung bei der Knappschaft einen erheblich größeren Anteil ein als sie selber (9,25% zu 14,25%), außerdem muß der Bundeshaushalt zu jeder Knappschaftsrente erheblich zuzahlen, weil es im Verhältnis zu den Rentnern nur noch wenige aktive Kumpel gibt. Somit verlieren die türkischen Kollegen für jede Mark, die sie sich auszahlen lassen (und mit der sie sich schließlich in die türkische Rentenversicherung einkaufen müssen!) wenigstens zwei Mark, die sich Knappschaft und Bund einstecken können, die sie nicht als Rente auszahlen müssen. Es handelt sich bei dieser ganzen „Rückkehrhilfeaktion“ also von vornherein um ein großes Geschäft für die in Krisen geratene RAG sowie den Staat. Arbeitsplätze, die dringend im Ruhrgebiet gebraucht würden, werden wegrationalisiert.

Und vergessen werden darf auch nicht, daß es sich um eine erneute Schwächung der Arbeiterbewegung handelt, der die IGBE-Führung natürlich von vornherein zugestimmt hat. „Erleichterung der Heimkehr“ statt „Ausländer raus“ — die Kumpel haben ihre Schuldigkeit für den Profit getan — nun sollen sie gehen!

DGB ruft auf

Der Bundesvorstand des DGB ruft jetzt ebenfalls zur Demonstration der Friedensbewegung am 11.10. im Hunsrück auf. Ein Vertreter des Vorstandes, Horst Klaus, wird einer der Redner auf der Abschlußkundgebung sein.

Bericht vom Plenum des ZK der KPD

Zu seiner letzten Plenarsitzung trat das ZK der KPD am Wochenende 13./14.9.86 zusammen. Der zweite Sitzungstag am Sonntag fand gemeinsam mit dem ZK der GIM statt.

Am Samstag befaßte sich das ZK mit der Vorbereitung des Vereinigungsparteitags mit der GIM — dabei ging es vor allem um zahlreiche konkrete Regelungen für den Ablauf dieses Kongresses. (Tagesordnung und Material für die Delegierten — siehe Sonderseiten in dieser RM-Ausgabe). Dabei wurden auch einige Anträge an den Vereinigungsparteitag diskutiert: Der Antrag von Nürnberger GIM-Genossinnen und Genossen zur Abänderung des Antrags zur Bundestagswahl (wie ihn der Sonderparteitag der KPD und die NK der GIM verabschiedet hatten) und der Antrag von Tübinger KPD-Genossen über die Volksfront seien dabei hervorgehoben.

Als weiteren Punkt verabschiedete das ZK der KPD ein Thesenpapier zur Diskussion über die Haltung der vereinigten Partei zur IV. Internationale, das demnächst veröffentlicht werden wird.

Schließlich befaßte sich das ZK noch mit der Vorbereitung der gemeinsamen Sitzung am Sonntag. Dort standen unter anderem die Vorbereitung des Sonderparteitags, ein Finanzrahmenplan und verschiedene aktuelle gewerkschaftspolitische Fragen auf der Tagesordnung. Außerdem wurde endgültig über den neuen Ort der Parteizentrale befunden, der Köln sein wird.

Sparkasse wirbt mit „Mein Kampf“



Einen 300 Meter langen Bauzaun in der Berliner Innenstadt nutzte die Sparkasse, um ihre eigene Geschichte werbewirksam zu vermarkten. Auf einer Tafel über das Jahr 1936 war nicht nur überlebensgroß ein Nazi mit Hakenkreuz und Sprechblase: „Heil, Heil, Heil“ zu sehen, hier stand auch zu lesen: „Lediglich ‚Mein Kampf‘ konnte eine höhere Auflage erzielen als die Sparbücher“.

der Sparkasse ...

Nach verschiedenen Protesten aus der Bevölkerung ließ die Sparkasse die Karikatur wieder entfernen. Zunächst mit der Behauptung, dem Karikaturisten Arne seien „wohl die Pferde durchgegangen“ — dann endlich mit einer Distanzierung und Entschuldigung für diese „geschmacklose Karikatur“.

(Foto: taz)

Roter Morgen

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: 0231/433691. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund.

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich Freitags. Einzelpreis 1,50 DM, Abonnement: 40 DM für 1 Jahr, 20 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vora.rechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Dem „Roten Morgen“ liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU-R, GIM, KG (NHT), KPD, PA“ bei.

Qualifizierungs-offensive

Die sogenannte Qualifizierungs-offensive, also betriebliche Fortbildungsmaßnahmen, die aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit finanziert werden, stellt sich in den Betrieben als Angelegenheit mit vielen Falltüren dar: So lassen sich die Unternehmer betrieblich ohnehin unausweichliche Qualifizierungsmaßnahmen aus der Arbeitsamtskasse bezahlen, sie mißbrauchen die Qualifizierungszeit als verlängerte Probezeit, sie versuchen, die in der Qualifizierungsmaßnahme befindlichen Kolleginnen und Kollegen als Nichtbelegschaftsangehörige zu führen, um sie in entrechteter Stellung zu halten, damit sie besser unter Druck gesetzt werden können usw.

Bei Klöckner in Bremen wird eine Qualifizierungsmaßnahme mit zwölf bisher arbeitslosen Kollegen zum Verfahrenstechniker durchgeführt. Der Betriebsrat der Hütte hat dazu drei Forderungen aufgestellt, die von der Werksleitung zunächst abgelehnt wurden:

- die zwölf Kollegen sollen normale Belegschaftsangehörige im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes sein,
- den Beschäftigten der Hütte sollen im Rahmen der betrieblichen Fortbildung gleichwertige Qualifizierungsangebote gemacht werden,
- die Qualifizierungsmaßnahme soll mit dem anerkannten Facharbeiterabschluß enden.

Inzwischen konnten Betriebsrat und IGM einen ersten Erfolg verbuchen. Die zwölf Kollegen gelten als Belegschaftsangehörige im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes. Die Werksleitung weigert sich aber nach wie vor, den beiden anderen Forderungen des Betriebsrats zu entsprechen. Die Sache geht vor die Einigungsstelle.

Blumen von rechts

„Die Konservative Jugend Deutschlands wird bis Ende September im ganzen Land Polizeireviere besuchen, den Beamten für ihre Frauen Blumensträuße überreichen und ihnen aufmunternd sagen: ‚Jeder Polizist in Deutschland, der gegen den roten Straßenpöbel antreten muß, verteidigt auch unser Recht und unsere Sicherheit.‘ Wir müssen den Polizisten endlich wieder das Gefühl geben, daß alle anständigen Deutschen hinter ihnen stehen — eine Selbstverständlichkeit, vor der sich feige Politiker seit langem drücken. Wir sprechen Klartext und sagen ganz offen: Wir stehen auf der Seite der Polizei!“

Aus einem Eilbrief der Konservativen Aktion vom August '86.

Streit um Kohle

Bei Redaktionsschluß war noch keine Entscheidung der EG-Außenminister darüber gefallen, wie konkret die auf einem vorbereiteten Treffen

„Bunter Klecks“ schockt Sylvester Stallone



Wenn Sylvester Stallone — „Rambo-“ und „Rocky-“ Darsteller — durch die Lande reist, geht es zu wie bei einem Staatsbesuch. Stallone fliegt eine eigene Boeing 727 und die Polizei trainiert einen Tag zuvor den Personenschutz des großen Stars. Denn Sylvester Stallone hat nicht nur Freunde auf der Welt ...

Ausgerechnet im „friedlichen Dänemark“ hat, wie der Leinwand-Killer sich hinterher beschwerte, der „Bunte Klecks“ ihn schwer verletzt. Der „Bunte Klecks“, das sind 10 Leute einer Aktionsgruppe, die mit einer Drahtschere ein Loch in den Flughafenzaun schnitten und bis zur „Rambo-Boeing“ vorstießen. Geschickt und

clever wie der Vietcong, den Stallone eben nur auf der Leinwand kilt, sprühten sie auf die Boeing in großen Lettern: „HO CHI MINH AIR“.

Und wie ein Politiker, dem das Blut des Völkermordes an den Fingern klebt, beschwerte sich auch „Rambo“ über diese Aggression im friedlichen Dänemark ...

(Foto: stern)

in Den Haag gefaßten Boykottbeschlüsse gegen Südafrika aussehen sollten. (Siehe dazu auch Artikel auf Seite 8).

Der Streit ging vor allem um den Boykott südafrikanischer Kohlelieferungen an EG-Staaten — mit Sicherheit eine der folgenreichsten Maßnahmen des stark wässrigen Katalogs der Vorschläge. 44 Millionen Tonnen Kohle exportiert Südafrika im Jahr in die EG-Staaten, das meiste nimmt Italien ab, das sich positiv für einen Boykott aussprach. Gegen den Kohleboykott sprachen sich — bezeichnenderweise — die Vertreter der BRD und Großbritanniens aus, jener beiden Regierungen der EG also, die bis zuletzt gegen jegliche Sanktion überhaupt gewettert hatten und die nun möglichst lediglich kosmetische Operationen haben möchten. Mit ihnen zog Portugal mit, alle anderen sprachen sich für diesen Boykott aus. (Die portugiesische Regierung vor allem unter Hinweis auf die über eine halbe Million in Südafrika lebender Portugiesen — meist ehemalige aus Angola usw. — für die sie Nachteile befürchte).

Die Haltung der Bundesregierung macht nicht nur deutlich, daß sie zu den entschlossensten Unterstützern des Apartheid-Regimes gehört, sie ist auch eine offene Däpierung etwa der IG BE, die gerade in diesen Tagen ihre Forderung nach einem Importstopp für südafrikanische Kohle erneuerte. Der Aufruf der „Blockfreienkonferenz“ gerade an London und Bonn, endlich zu boykottieren, soll mit Scheinsanktionen umgangen werden.

Stahltarifrunde

Auf jeden Fall Abschluß unter Metallverarbeitung — das ist jedenfalls die feste Absicht der Stahlunternehmer. Nachdem sie in bisher zwei Verhandlungsrunden überhaupt kein Angebot gemacht hatten, legten sie in der dritten Runde eine Brosame vor: Laufzeit des neuen

Vertrages 14 Monate — zu Beginn — für 8 Monate — 2,1 Prozent — und damit 2,3 unter dem Abschluß für die Metallindustrie, danach 3,7 Prozent für weitere sechs Monate.

Da gleichzeitig die Laufzeit bei Metall schon ab 1.4.86 begann, bei Stahl allerdings frühestens ab dem 1.9.86 beginnen kann, würde ein solcher Abschluß ein weiteres Zurückfallen hinter den Stand der Metallverarbeitung bedeuten.

Maxhütte in Klöckners Würgegriff

Nachdem die geplante Stilllegung der Georgsmarienhütte am Widerstand der Belegschaft und breiter Teile der Bevölkerung gescheitert ist, geht der Klöckner-Vorstand jetzt auf die Maxhütte los. Das Kaltwalzwerk in Haidhof wird geschlossen. Die Quote fällt an Klöckner Bremen. Ende des Jahres soll die Haidhof-Produktion nach Bremen verlagert werden.

Im KW Haidhof werden dadurch 700 Arbeitsplätze vernichtet. Wieviel für die erweiterte Produktion auf der Bremer Hütte neu eingestellt werden, weiß keiner. Bisher wurden etwa 20 Kollegen eingestellt. Von den 107 Neueinstellungen, von denen einmal die Rede war, will der Werksvorstand noch nie etwas gehört haben. Für Klöckner geht die Rechnung auf: 700 Arbeitsplätze vernichtet — ein paar Dutzend in Bremen aufgemacht; bei gleich hoher Produktion.

Das Ausschachten der Maxhütte aber geht noch weiter. Nach den jetzt bekannten Planungen sollen im Werk Rosenberg etwa 1100 Arbeitsplätze vernichtet werden. In der Erzgrube Auerbach stehen 130 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Insgesamt droht bei der Maxhütte der Verlust von 2500 Arbeitsplätzen.

Als die Fusion von Klöckner und Krupp anstand, schrieb Strauß im

Oktober 1984 einen Brief. Darin warnte Strauß seinen „lieben Helmut“: „Ich muß die Bundesregierung deshalb auffordern, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um auch im Rahmen der Neuordnung der Stahlindustrie für die Maxhütte einen sicheren und ungeschmäleren Fortbestand zu gewährleisten. Die Erhaltung der Maxhütte ist in der Koalitionsvereinbarung verankert.“ Eine Zustimmung zu den in Haidhof geplanten Maßnahmen durch die Bundesregierung oder eine sonstige Förderung durch sie würde die Verantwortung für die sich dann anbahnende Tragödie in der Oberpfalz voll und ganz auf Dein Kabinett lenken.“

Inzwischen hat Franz Josef es sich wohl anders überlegt. Denn in der Oberpfalz soll auf Betreiben der bayerischen Staatsregierung die **atomare Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf** gebaut werden. Im Kampf gegen den atomaren Wahnsinn stehen die Kollegen der Maxhütte an der Seite der Bevölkerung. In diesem Teil des schwarzen Bayerns hat die SPD Mehrheiten. Und die Belegschaft der Maxhütte steht auch im gewerkschaftlichen Kampf vorn. Als einziges Stahlunternehmen sperrte der Maxhütten-Vorstand beim Streik für die 35-Stunden-Woche die Kollegen von Haidhof aus. Mit Unterstützung der IG Metall gewann die Belegschaft alle folgenden Prozesse. **Die Maxhütte mußte sämtliche Lohnausfälle für die kalt ausgesperrten Kollegen bezahlen.**

Um die Atom-Anlage in Wackersdorf durchzusetzen, würde der bayerischen Regierung eine Schwächung der kämpferischen Maxhütte-Belegschaft durchaus ins Konzept passen. Arbeiterschicksale spielen dabei für Strauß keine Rolle.

(aus: „Angriff“, Betriebszeitung der KPD für die Klöcknerwerke in Bremen)



Spendenkampagne für die vereinigte Organisation

Der countdown für die Vereinigung GIM/KPD läuft. Die Schatzmeister beider Organisationen gingen bereits in Klausur. Ausgefeilte Modelle für Steuerwaschanlagen wurden entwickelt. Zwei Briefkästen in Lichtenstein und einer auf den Bermudas (von Genossinnen und Genossen via Urlaubsreise) eingerichtet. Tausende Zahnärzte, Notare, Studiendirektoren und Handelsvertreter erhalten in diesen Tagen von uns Briefe, in denen wir aufklären, wie sich Privatknete steuerlich begünstigt in Parteiknete verwandeln läßt. Das Karlsruher Urteil wg. Flick/Parteispenden hat schließlich unsere Vorbereitung zur Bildung einer Parteistiftung beflügelt.

Nur: schlecht Ding will Weile haben. Bis wir die Steuerwaschanlagen auf Schleudergang stellen, die Briefkastenfirmen die Scheinberater-Umsätze registrieren und die angeschriebenen Yuppies reagiert haben — brauchen wir profane Spenden. Gelder aus dem Strumpf. Sozusagen Überbrückungsgeld.

Denn die Vereinigung kommt uns gleich zu Anfang teuer zu stehen. Da ist nicht nur der Vereinigungsparteitag zu bezahlen, sondern vor allem die Auflösung der jetzigen Parteizentralen in Frankfurt und Dortmund, die Einrichtung eines neuen zentralen Büros an „neutralem“ Ort und die dazugehörigen Umzüge von totem und lebendem Inventar. Das kostet. Nach unserer Schätzung zwischen 30000 und 40000 DM.

Außerdem: Wenn wir ab Oktober die neue Partei endlich haben, dann ja nicht, um in Winterschlaf zu fallen, weil das am billigsten und am bequemsten ist, sondern um etwas auf die Beine zu stellen. Von Anfang an. Dafür braucht es aber etwas Startgeld.

Das gleich gilt für die neue Zeitung. Mit größeren Einnahmen für die Zeitung kann die neue Partei erst Anfang 1987 wieder rechnen (wenn die jetzigen Abonnenten von „was tun“ und „Roter Morgen“ ihre Abos verlängern). Redaktionelle und technische Erstellung kosten aber von Anfang an.

Deshalb bitten wir euch: Unterstützt die Vereinigung von GIM und KPD! Leistet finanzielle Starthilfe!

GIM/KPD-Spendenkampagne
Konto: Winfried Wolf, Postgiroamt Frankfurt/M.
Kto-Nr.: 296759 - 608

Vor den Bundestagswahlen 1987:

Aufgaben und Ziele der revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten

Die Organisationen des Beilagen-Kreises (AAU, BWK, FAU-HD [A], FAU/R GIM, KG [NHT], KPD, PA) rufen für den 1. und 2. November zu einem Kongreß in Köln auf. Es soll über Aufgaben und Ziele revolutionärer Sozialistinnen und Sozialisten diskutiert werden. Die mit dem Kongreß verbundene Absicht wird in dem Einladungsschreiben so dargelegt:

„Obwohl bisherige Bemühungen um eine gemeinsame Kandidatur ergebnislos blieben, halten wir es für notwendig, daß Anstrengungen unternommen werden, damit revolutionär-sozialistische Positionen wirkungsvoller in der politischen Auseinandersetzung präsent sind — zumindest in dem Umfang, der angesichts der aktuellen Schwäche der revolutionär-sozialistischen Kräfte realisierbar erscheint. In diesem Sinne verbinden wir mit dem Kongreß das Anliegen, durch Fortschritte bei der Klärung theoretischer Fragen und der Bestimmung praktischer Aufgaben die Zusammenarbeit revolutionärer Sozialist(inn)en und ihrer Organisationen zu fördern.“

Es werden Arbeitsgruppen zu folgenden Themen durchgeführt:

- Wirtschaftspolitik in der BRD: konservative und sozialdemokratische Strategien
- Arbeitszeitverkürzung, Flexibilisierung, Arbeitszeitgesetz
- Sozialsystem in der BRD
- Europastrategien des Kapitals
- Außenpolitik in der BRD: NATO-Bündnis und EG-Interessen, Spannungs- und Konfrontationspolitik
- BRD und Dritte Welt
- Faschisierung und antifaschistischer Kampf
- konservative Frauenpolitik.

Eingeladen zu diesem Kongreß ist jeder, „der an der Entwicklung revolutionär-sozialistischer Politik interessiert ist“. Die Leserschaft des „Roten Morgen“ und die Mitglieder der KPD gehören also offensichtlich zur Zielgruppe. Das vierseitige Einladungsflugblatt liegt dieser Nummer der „gemeinsamen Beilage“ bei.

Entlassen

Nach fast 10 Wochen Untersuchungshaft wurde der Hamburger Schüler Frank Stülcken jetzt endlich aus der Haft entlassen.

Frank war wegen „versuchten Totschlags“ verhaftet worden, weil er bei den Auseinandersetzungen auf dem Heiligengeistfeld angeblich einen Molotowcocktail auf Polizisten geworfen haben soll.

Politisierung der gewerkschaftlichen Arbeit?

Anträge und Entschlüsse zum IGM-Kongreß veröffentlicht

von HORST DIETER KOCH

Vom 19. bis 25. Oktober tagt in Hamburg der 15. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall. Das „metall“-Sonderheft mit den Anträgen und Entschlüssen umfaßt 128 äußerst eng bedruckte Seiten. Da kann es an dieser Stelle nicht um einen vollständigen Überblick gehen. Zu einigen Themen, die besonders im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Diskussion stehen, sollen die wichtigsten Positionen kurz dargestellt werden. Mit Sicherheit ist es nicht der letzte Beitrag, der in dieser Zeitung bzw. in der noch namenlosen Zeitung der vereinigten Organisation von GIM und KPD über den Kongreß der größten Einzelgewerkschaft des DGB erscheinen wird.

Arbeitszeitverkürzung / Flexibilisierung

In der „Entschlüsselung 12: Tarifpolitik“ heißt es unter „2. Arbeitszeitpolitik“:

„Die weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit bleibt Schwerpunkt qualitativer Tarifpolitik. Die IG Metall strebt die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich an, um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, die gestiegenen Belastungen auszugleichen und die Voraussetzungen zu verbessern, daß Arbeitnehmer ihr persönliches Leben gestalten und am kulturellen, sozialen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.“

Neben der Durchsetzung weiterer Arbeitszeitverkürzung erhält auch die Auseinandersetzung um die Differenzierung und Flexibilisierung der Arbeitszeit immer mehr Gewicht. Gegen die unternehmerischen Flexibilisierungsvorstellungen stellen wir den Wert von kollektiv geregelten Arbeitszeiten und Normalarbeitsverhältnissen für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen, für die kollektive Interessenvertretung der Arbeitnehmer und für die Lebensbedingungen einer ganzen Gesellschaft.

Die Arbeitszeit für das Normalarbeitsverhältnis soll als Anspruch für den einzelnen Arbeitnehmer wieder abschließend im Tarifvertrag geregelt sein.“

Daß die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zum tarifpolitischen Schwerpunkt in der Vorstandsresolution erklärt wird, ist keine Überraschung, insofern die

die Ankündigung, daß der Arbeitszeit-Tarif noch in diesem Jahr gekündigt werden soll, längst auf dem Tisch liegt. Von allen DGB-Gewerkschaften läßt sich bekanntlich nicht behaupten, daß sie eine ähnlich positive Haltung zum Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich einnehmen, weshalb eine Reihe von Anträgen den IGM-Vorstand auffordern, sich im DGB dafür einzusetzen, daß der Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich von allen DGB-Gewerkschaften einheitlich unterstützt wird.

Für die Diskussion in der IG Metall ist darum vor allem von Interesse, welche Haltung die Vorstandsentschlüsse zu den Flexibilisierungsforderungen der Unternehmer und zu der Frage, wie ihnen begegnet werden soll, einnimmt. Bekanntlich wurde in dem 1984 abgeschlossenen Tarifvertrag über die Einführung der 38,5-Stunden-Woche zum ersten Mal ausdrücklich die Möglichkeit der Entkoppelung von Regelarbeitszeit und Betriebsnutzungszeit festgehalten. Weiter enthält der geltende Tarifvertrag die Möglichkeit, zwischen 37 und 40 Wochenstunden unterschiedliche regelmäßige Arbeitszeiten festzulegen, wobei der betriebliche Durchschnitt 38,5 Stunden ergeben muß. IGM-Führer wie Steinkühler hatten schon in der Anfangsphase des Arbeitskampfes Flexibilisierungskonzepte in die Diskussion geworfen. Im Juni dieses Jahres wurde ein Positionspapier des IGM-Vorstandes „Arbeitszeitflexibilisierung und Arbeitnehmerinteressen“ veröffentlicht, in dem zwar die Flexibilisierungsstrategie der Unternehmer durchaus zutreffend kritisiert wird, gleichzeitig aber auch das Interesse der Arbeiter und Angestellten an flexibler Arbeitsgestaltung anerkannt wird, um schließlich über Möglichkeiten der Arbeitszeitflexibilisierung im „Arbeitnehmerinteresse“ nachzudenken. Auch wenn das Papier wichtige Ziele der Kapitalstrategie aufdeckte und ablehnte, sorgte es so doch vor allem deshalb für Diskussionen, weil es grundsätzliche Bereitschaft zu Gesprächen und Verhandlungen über weitere Arbeitszeitflexibilisierungen signalisierte.

Auf den ersten Blick ist die Vorstandsentschlüsse zum Gewerkschaftstag in dieser Frage sehr viel konsequenter hinsichtlich der Ablehnung der unternehmerischen Flexi-Konzepte. Dabei ist sicher besonders wichtig, daß die Entschlüsse ausdrücklich die Verteidigung des freien Wochenendes zum tarifpolitischen Ziel erhebt, weil es in dieser Frage auch andere Positionen im DGB gibt, wie sie besonders pointiert vom IG-Chemie-Tarifexperten Mettke vertreten werden. Man muß aber feststellen, daß die Entschlüsse es zwar vermeiden, jene Positionen, die sich in der Diskussion um das Positionspapier Arbeitszeitflexibilisierung als Steine des Anstoßes erwiesen haben, ausdrücklich noch einmal zu formulieren, daß aber die Ent-

schließung durchaus offen für diese Positionen formuliert ist.

In einer Reihe von Anträgen wird eine weitaus konsequentere Haltung gegen die kapitalistische Flexibilisierungsstrategie gefordert. Verschiedene Anträge fordern, daß die Flexi-Elemente des geltenden Tarifvertrages wieder beseitigt werden. Weiter wird gefordert, daß die IGM die 35-Stunden-Woche in Form des 7-Stunden-Tages bei 5-Tage-Woche anstreben soll. Bislang wurde eine Festlegung auf diese Konkretisierung stets abgelehnt. Wünschenswert wäre sicher, daß vor dem Hintergrund der bisher mit der Flexibilisierung gemachten Erfahrungen hier ein Meinungsumschwung eintritt. Zu erwarten ist es wohl nicht.

Neuer sind die Überlegungen, die Betriebsnutzungszeit tariflich zu erfassen. Diese Frage wurde auch schon in dem erwähnten Positionspapier des Vorstandes angesprochen. Auf diese Weise kann sehr wohl dem Streben der Unternehmer nach weiterer Entkoppelung von individueller Arbeitszeit und Betriebsnutzungszeit entgegengewirkt werden. Andererseits besteht sicher die Gefahr, daß die Argumentation in eine ganz andere Richtung sich entwickelt: Wenn es zur Betriebsnutzungszeit erst einmal tarifliche Regelungen gibt, kann unter dem Motto „es ist tariflich geregelt, also ist es in Ordnung“ ein neuer Schub der Entkoppelung von Arbeit- und Betriebsnutzungszeit bis an die Schwelle der neuen tariflichen Regelungen ausgelöst werden.

In einer Reihe von Anträgen wird eine andere Negativverfahren von 1984 aufgegriffen: gefordert wird, daß künftig kein Tarifvertrag ohne Einbeziehung der Auszubildenden abgeschlossen wird, wie 1984 geschehen.

Gewerkschafts- und Streikrecht

In der Entschlüsselung 4 „Gewerkschafts- und Streikrecht“ heißt es: „In dieser Situation fordert der 15. ordentliche Gewerkschaftstag: Verteidigt und sichert das Streikrecht!“

Der Vorstand wird beauftragt, ein Aktionsprogramm zur Sicherung des Streikrechts zu entwickeln, das entsprechende gesellschafts- und rechtspolitische Initiativen auf DGB-Ebene ebenso enthält wie organisationspolitische Überlegungen, um auch in Zukunft Arbeitskämpfe zur Durchsetzung unserer berechtigten Forderungen erfolgreich führen zu können.

Der 15. ordentliche Gewerkschaftstag fordert die unverzügliche Korrektur eines Rechtszustandes, dessen Streikfeindlichkeit in den Auseinandersetzungen der letzten Jahre immer deutlicher zutage getreten ist. Das bedeutet insbesondere:

- Die Aussperrung muß verboten werden.
- Der Schrecken der kalten Aussperrung muß ein Ende haben. Das heißt: Wirksame Sicherung gegen willkürliche Arbeitseinstellungen,

vor allem die volle Mitbestimmung des Betriebsrates; grundsätzliche Anerkennung einer Lohnzahlungspflicht des Arbeitgebers wegen seiner Verantwortung für derartige Produktionsstörungen; zweifelsfreie Leistungspflicht der Bundesanstalt für Arbeit entsprechend Art. 9 Abs. 3 und dem Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes sowie einer korrekten Anwendung des ILO-Abkommens Nr. 102.

- Arbeitnehmer dürfen nicht gemäßregelt werden, weil sie sich an einer gewerkschaftlichen Arbeitsniederlegung beteiligen und sich gewerkschaftlich betätigen.

- Der Einsatz von Leiharbeitnehmern und die Möglichkeit der Arbeitsvermittlung durch die Bundesanstalt für Arbeit zum Unterlaufen von Streiks müssen ausgeschlossen werden.

- Gegen gewerkschaftliche Streiks dürfen einstweilige Verfügungen nicht erlassen werden. Im Zusammenhang mit Arbeitskämpfen dürfen einstweilige Verfügungen nur nach mündlicher Verhandlung und ausschließlich durch die Arbeitsgerichte ergehen.

- Gewerkschaftliche Unterstützungsleistungen bei Streik und Aussperrung müssen als steuerfrei anerkannt werden.

Neben der unverzichtbaren Korrektur der Änderung des § 116 AFG bedarf es hinsichtlich all dieser Punkte unverzüglicher gesetzlicher Schritte. Der 15. ordentliche Gewerkschaftstag fordert die sofortige Verabschiedung eines „Ersten Gesetzes zur Sicherung des Streikrechts“. Die IG Metall wird die politischen Parteien insbesondere an ihrer Haltung hierzu messen.“

Das hier skizzierte Aktionsprogramm zur Verteidigung des Streikrechts stellt sicher eine tragfähige Grundlage gegen die Angriffe der Reaktion auf Streikrecht und Gewerkschaftsfreiheit dar. Einige Anmerkungen erscheinen dennoch notwendig.

Der Vorschlag, ein solches Aktionsprogramm zu erarbeiten, darf nicht zur Folge haben, daß eine politische Kampagne der IG Metall zu dieser Frage auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschoben wird. Vor allem die Forderung nach Rücknahme der reaktionären Änderung des § 116 AFG und des gesetzlichen Verbots der Aussperrung müssen von den Gewerkschaften durch eine massive Kampagne in die politische Diskussion zur Bundestagswahl gedrückt werden.

2. Sehr viele Anträge fordern das gesetzliche Verbot der Aussperrung. Die Entschlüsse umgeht erneut diese klare, einfache und allgemeinverständliche Formulierung und flüchtet sich in eine Konstruktion („... bedarf hinsichtlich all dieser Punkte unverzüglicher gesetzlicher Schritte“), die sich zwar als Forderung nach dem „gesetzlichen Verbot“ interpretieren läßt, aber eben auch Hintertüren offenhält.

3. Die zuletzt während der Kampagne gegen die Änderung des § 116 AFG von der Reaktion ausgelöste Diskussion über die Grenzen

der Rechtmäßigkeit von Streiks wird in der Entschlüsse aufgegriffen. Lediglich das Recht, „zu Proteststreiks zu greifen, insbesondere wenn es um die Kritik an der Wirtschafts- und Sozialpolitik einer Regierung geht“, wird verteidigt. Die Diskussion um politischen Streik und Generalstreik spiegelt sich nur schwach wieder. So fordert der Ausländerausschuß beim Vorstand „den Generalstreik politisch tragfähig zu machen“ (Antrag 90). Der weitestgehende Antrag in dieser Frage kommt von der Verwaltungsstelle Salzgitter: „Das den Gewerkschaften in Tarifangelegenheiten zugestandene ‚Streikrecht‘ — dieses haben die Auseinandersetzungen um den § 116 AFG gezeigt — ist für eine wirksame Vertretung der Interessen der abhängig Beschäftigten nicht ausreichend. Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, geeignete Schritte zu unternehmen, um ein vollständiges (das heißt für alle Beschäftigtengruppen und Auszubildenden) und allseitiges (das heißt auch in betrieblichen und politischen Fragen) Streikrecht durchzusetzen.“ (Antrag 97)

Einheitsgewerkschaft

Die Entschlüsse und Anträge zur allgemeinen Gewerkschaftspolitik sind durchweg von dem Bestreben bestimmt, den politischen Widerstand der Gewerkschaften gegen das Wendelager zu stärken. Entsprechend drückt sich in den Anträgen auch ein zunehmend politischeres Verständnis von Einheitsgewerkschaft aus — im Gegensatz zu einem rein formal abstrakten Verständnis, das die politischen Grundlagen der Einheit in der Einheitsgewerkschaft nicht mitreflektiert.

In dem Antrag 38 der Verwaltungsstelle Stuttgart findet sich die Feststellung: „Dies erfordert insgesamt eine Politisierung unserer gewerkschaftlichen Arbeit auch im Betrieb, indem wir unsere tagespolitischen Fragen mit einer Zukunftsperspektive zur Krisenbewältigung verbinden. Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, eine breite Debatte über die gewerkschaftlichen Vorstellungen zur Krisenbewältigung in der Mitgliedschaft einzuleiten und Durchsetzungsschritte zu organisieren.“

Diese Tendenz, zunehmend über die Notwendigkeit einer Politisierung der Gewerkschaften nachzudenken und zu diskutieren, müssen wir als Kommunisten und die Gewerkschaftslinken überhaupt als Herausforderung begreifen. Auch in einem selbstkritischen Sinn, ob wir über die Auseinandersetzung in Detailfragen nicht die grundsätzlichen Perspektiven der Arbeiterbewegung vernachlässigen.

Für eine zu starke politische Schludrigkeit der Linken spricht etwa, daß es sage und schreibe nur einen Antrag („Verwaltungsstelle Lübeck“) gibt, der die Aufhebung des „Unvereinbarkeitsbeschlusses“ fordert.

Vereinigung statt Spaltung



Anträge an den Vereinigungsparteitag

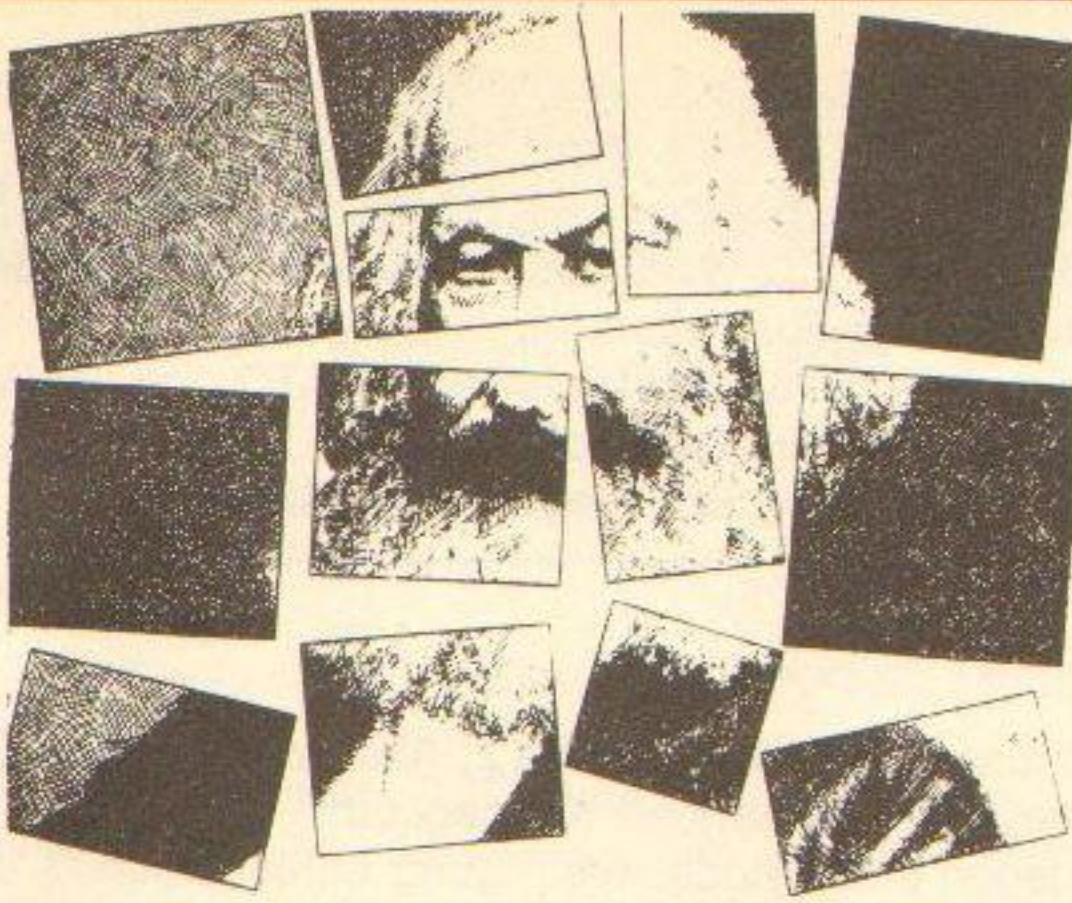
notizen + notizen + notizen + notizen + notizen + notizen + notizen + notizen + notizen +

notizen + notizen + notizen + notizen + notizen + notizen + notizen + notizen + notizen +

Tagesordnung

1. Wahl des Präsidiums
2. Beschlußfassung über die Geschäftsordnung des Parteitags
3. Bericht der Mandatsprüfungskommission
4. Diskussion und Verabschiedung des Programms
5. Diskussion und Verabschiedung des Statuts
6. Diskussion und Verabschiedung der Resolution über die Rolle und das Selbstverständnis der Partei
7. Diskussion und Verabschiedung der Vereinbarung über die Haltung der Partei zur IV. Internationale
8. Beschlußfassung über die Vereinigung von GIM und KPD

9. Diskussion und Beschlußfassung über die nächsten Aufgaben der Partei
10. Diskussion und Beschlußfassung über die Politik der Partei zur Bundestagswahl '87
11. Diskussion und Beschlußfassung über den Namen der Partei
12. Diskussion und Beschlußfassung über das Publikationswesen und den Namen des Zentralorgans
13. Finanzen: a. Haushaltsplan b. Beitragsordnung
14. Wahl des ZK
15. Wahl der Schiedskommission
16. Verschiedenes.



I Geschäftsordnung

Der Vereinigungsparteitag möge sich folgende Geschäftsordnung geben:

1. Das Präsidium leitet den Parteitag. Es wird vom Parteitag bestimmt. Das Präsidium führt die Redeliste.
 2. Es wird ein Beschlußprotokoll erstellt. Die Protokollanten werden vom Parteitag bestimmt.
 3. Der Parteitag bestätigt die gemeinsame Mandatsprüfungskommission von KPD und GIM. Diese erstattet der Konferenz vor den Abstimmungen Bericht.
 4. Wortmeldungen erfolgen durch Handaufheben, die Worterteilung in der Reihenfolge der Meldungen.
 5. Redezeitbeschränkung kann bei Bedarf vom Parteitag beschlossen werden.
 6. Anträge auf Schluß der Diskussion oder Schluß der Redeliste können nur von Delegierten gestellt werden, die sich an der jeweiligen Diskussion nicht beteiligt haben.
 7. Geschäftsordnungsanträge werden nach Begründung und ggf. Gegenrede sofort entschieden.
 8. Initiativanträge von Delegierten sind schriftlich abzugeben und müssen von 15 Delegierten unterstützt werden. Initiativanträge können nur zu Sachverhalten gestellt werden, die zur TO gehören.
 9. Abänderungsanträge beziehen sich auf die dem Parteitag vorliegenden Texte. Der Abänderungsantrag wird den Delegierten vorgetragen und zuerst über diesen entschieden. Danach wird über den Gesamttext abgestimmt.
 10. Beschlußfassung: Die Texte, die die Grundlage für die Vereinigung von GIM und KPD bilden, sind angenommen, wenn sie von der absoluten Mehrheit beider Delegationen unterstützt werden. Alle anderen Beschlüsse mit Ausnahme des Beschlusses über den Namen der Partei werden mit der absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt.
- Wird das vom Präsidium festgestellte Abstimmungsergebnis bezweifelt, so ist die Abstimmung zu wiederholen. Dabei sind die Stimmen abzuzählen.
- Die Abstimmung erfolgt durch Handaufheben.
- ZKs von GIM und KPD**

II Programmwurf

Vorbemerkung: Alle Seitenzahlen beziehen sich auf die „Dokumente zur Vereinigung von GIM und KPD“ (April 1986)

1

Streichung von Seite 1, Spalte 1, Absatz 7 („Andererseits ist der Sozialismus heute ...“ bis Seite 1, Spalte 2, Absatz 3 einschließlich („...Grundlagen menschlicher Existenz bewahrt.“) und Ersetzen durch folgenden Text:

„Andererseits hat der weltweite Kampf der Arbeiterklasse für ihre Befreiung mit dem Triumph der Sandinistischen Revolution in Nicaragua im Juli 1979 einen großen Schritt nach vorn getan. Dieser Sieg und die dadurch eingeleitete soziale Umwälzung der Gesellschaft haben Nicaragua zum Anziehungspol für alle fortschrittlichen Kräfte der Welt werden lassen. Die Erfahrungen und Errungenschaften der sandinistischen Revolution sind heute das wirksamste Instrument unserer Propaganda und Agitation für die Revolution. An dieser lebendigen antikapitalistischen Revolution, die sich vor unseren Augen abspielt, können wir heute am besten die Gesetze der Revolution studieren und von ihrer Führung können wir heute am besten die Kunst lernen, eine Revolution zu führen und zu organisieren. Die Verteidigung dieser Revolution ist eine unserer zentralen politischen Aufgaben.“

Die 1979 erfolgte Eroberung der politischen Macht, die Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung war die Voraussetzung für die Einleitung von Programmen und

Maßnahmen zur materiellen Umgestaltung der nicaraguanischen Gesellschaft. Die Alphabetisierungskampagne, die Verteilung von Land an kleine und landlose Bauern, der inzwischen eingeleitete Autonomieprozeß an der Atlantikküste, die Organisation der arbeitenden Massen in Gewerkschaften und Bauernverband, die Bewaffnung der Revolution mit Miliz und Armee zur Verteidigung gegen den imperialistischen Krieg sind Vorbilder für entsprechende Maßnahmen in anderen Ländern. Die Politik der „gemischten Wirtschaft“ hat mit der Vorstellung aufgeräumt, daß auf die Eroberung der politischen Macht unmittelbar die Enteignung des Kapitals und damit die Vernichtung der Bourgeoisie als soziale Klasse erfolgen müsse.

Auch der Imperialismus hat Nicaragua zum zentralen Gegenstand seiner Aufmerksamkeit gemacht. Seit 1981 führt die Regierung der USA einen Söldnerkrieg gegen Nicaragua. Der Sieg des vietnamesischen Befreiungskampfes im Jahre 1975, an dem die breite Antikriegsbewegung in den USA und der ganzen Welt großen Anteil hatte, hat ein unmittelbares Eingreifen US-amerikanischer Truppen bisher verhindert. Die Niederschlagung der nicaraguanischen Revolution ist für den US-Imperialismus der jetzt vordringliche Schritt zum Anhalten und Zurückrollen der „sowjetischen Expansion“, wie seine Propagandisten die Ausbreitung der Weltrevolution seit der Oktoberrevolution von 1917 nennen. Für uns ist die Verteidigung Nicaraguas zentrale Aufgabe unseres Kampfes. Wir wissen, daß man bestehende Errungenschaften verteidigen muß, um neue zu erobern.

Wir werden in diesem Kampf ermutigt durch die Tatsache, daß bisher noch keine erfolgreiche sozialistische Revolution durch eine kapitalistische Konterrevolution oder einen imperialistischen Krieg niedergeworfen wurde. Alle erfolgreichen Revolutionen, vor allem die russische und die chinesische, haben das weltweite Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse verändert. Und dieses so geänderte Kräfteverhältnis hat der nicaraguanischen Revolution das Überleben bis heute ermöglicht.

Wir werden in unserem Kampf weiterhin durch die Qualitäten der sandinistischen Führung ermutigt. Sie bleibt immer im engsten Kontakt mit den arbeitenden Massen und handelt als deren Bevollmächtigte, statt als deren allwissende Herrscher und Beglückter. Sie unterscheidet sich damit positiv von anderen Strömungen, als deren jüngste Vertreter die Bernard-Coard-Clique in Grenada und Pol Pot in Kampuchea hervorgetreten sind, deren kriminelles Vorgehen die arbeitenden Massen entwaffnet und atomisiert hatte. Die sandinistische Führung greift damit wie schon vor ihr die kubanischen Kommunisten den jahrzehntelangen unterbrochenen Faden der Komintern zu Lenins Lebzeiten wieder auf.“

Lüko W., Wolfgang W., Siegfried K., GIM/Frankfurt

2

Umformulierung von Seite 5, Spalte 2, Absatz 6 (der vorletzte) wie folgt:

„Zur Lösung seiner weltweiten Krise strebt der Imperialismus letztenendes die militärische Eroberung der Länder des Warschauer Pakts, der VR China, u. a. an, um seine Herrschaft über die Welt als Ausbeutungsquelle wieder uneingeschränkt herzustellen.“

Lüko W., Wolfgang W., Siegfried K., GIM/Frankfurt

3

Auf Seite 6, Spalte 1, Absatz 2, letzter Satz: streichen ab „oder militärische Aggressionen ...“ und ersetzen durch folgende Formulierung (aus dem folgenden Absatz):

„wie den Einsatz von Truppen des Warschauer Paktes gegen Aktionen der Arbeiterklasse und der Bevölkerung wie in der CSSR 1968 oder den Einsatz chinesischer Truppen gegen die Sozialistische Republik Vietnam. Die Revolutionären Sozialisten kritisieren die pazifistische Propaganda der Regierung der UdSSR, die die gefährliche Illusion nährt, man könne den Imperialismus zähmen und die immer wieder die Verteidigung revolutionärer Kämpfe wie in Vietnam oder Nicaragua in den Hintergrund treten läßt.“

Lüko W., Wolfgang W., Siegfried K., GIM/Frankfurt

4

im Programmwurf Seite 6, 2. Absatz 1. Satz „Das wirksamste Mittel ...“ die Worte „der Ausweitung“ zu streichen.

Begründung: Die Verhinderung imperialistischer Kriege geschieht durch die sozialistische Revolution. Das Wort „Ausweitung“ läßt völlig offen, welche sozialistische Revolution ausgeweitet werden soll: die in der UdSSR, in Polen ...?

**Achim, Leverkusen
Peter, Köln**

5

Im Programmwurf Seite 6, 2. Absatz den 3. und 4. Satz von „Sie befürworten ...“ bis „... gekämpft werden“ ersatzlos zu streichen.

Begründung: Diese Sätze beinhalten, daß die Länder des Warschauer Paktes diese Unterstützung auch ohne Bedingungen aus revolutionärer Solidarität geben könnten. Halten wir das bei anderen imperialistischen Mächten auch für möglich?

**Achim, Leverkusen
Peter, Köln**

6

Im Programmwurf Seite 6 den 3. und 4. Absatz von „Revolutionäre Sozialisten ...“ bis „... Bewegungen entgegen.“ zu streichen.

Begründung: Das sind Aussagen über die inneren Auseinandersetzungen in der DDR, die in einem Programmwurf zur BRD nichts zu suchen haben.

Achim, Leverkusen

7

Auf Seite 6, rechte Spalte soll es zu Beginn des vorletzten Absatzes statt „Diese weltweite ...“ neu „Die weltweite...“ heißen.

Sonderparteitag der KPD, Juni 86

8

Seite 7, Spalte 1, Absatz 4: Streichen des ersten Satzes („In der CDU/CSU ...“ bis „... und der FDP“).

L.W., W.W., S.K., GIM/Frankfurt

9

Seite 7, Spalte 1, einfügen vor den letzten Absatz:

„Die SPD wurde vor über 100 Jahren vom deutschen Proletariat als sein politisches Instrument geschaffen. Nachdem die SPD 1914 endgültig auf die Seite der bürgerlichen Ordnung übergegangen war, schuf sich die Arbeiterklasse mit der KPD erneut ein revolutionäres politisches Instrument. Aber auch diese Partei ist degeneriert und in ihrer heutigen Form als SED/DKP/SEW als Instrument zur revolutionären Machteroberung untauglich. Die deutsche Arbeiterklasse muß einen neuen, einen dritten Anlauf nehmen, sich eine revolutionäre Partei zu schaffen. Wir haben uns in der xx-Partei zusammengeschlossen, um hierfür durch Propaganda und Agitation, durch Gewinnung und Bildung von Kadern hierfür vorbereitende Arbeiten zu leisten.“

SPD und SED/DKP/SEW sind zwar keine revolutionären Parteien mehr, können aber ihre sozialen Wurzeln in der Arbeiterbewegung nicht ausreißen, ohne ihren Lebensnerv abzuschneiden. Die SED/KPD hat ihre Massenbasis zerstört, als sie sich zum Büttel des Kapitals bei dessen Spaltungspolitik machte. Die SPD wird weiterhin von der Mehrheit der organisierten Arbeiter als ihr politisches Instrument zur Ausübung oder wenigstens Beeinflussung von Regierungsmacht angesehen, auch wenn dies Bewußtsein z. Zt. über die Ausnutzung des kapitalistischen Staatsapparates nicht hinausgeht. Beide Parteien sind damit der materielle Niederschlag einer historischen Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse, die sie z. B. der US-amerikanischen voraus hat: Die auf die Einsicht in die Notwendigkeit einer eigenen politischen Partei gegründete Loslösung von rein kapitalistischen Parteien. Dieser fortschrittliche Kern der Unterstützung von Seiten unserer Klasse für die SPD ist die Grundlage für eine Politik der Arbeitereinheitsfront gegenüber der SPD.

Die Förderung und Bewußtmachung dieser fortschrittlichen Idee ist der einzige Grund, der eine Unterstützung für eine Regierungsbildung durch die SPD rechtfertigen kann. So können wir unsere Propaganda für eine Politik der völligen Klassenunabhängigkeit, Klasse gegen Klasse der tatsächlichen Politik der SPD entgegenstellen.

L.W., W.W., S.K., GIM/Frankfurt

10

Streichen von Seite 7, Spalte 2, vorletzter Absatz.

L.W., W.W., S.K., GIM/Frankfurt

11

Seite 8, Spalte 1, Streichen der beiden ersten Absätze (eine stark abgewandelte Fassung davon wird an anderer Stelle eingefügt.)

L.W., W.W., S.K., GIM/Frankfurt

12

Seite 8, 1. Abschnitt, 12. Zeile (Dokumentenbrochure) Umformulierung des Satzes wie folgt:
 „... und damit die Grenzen des bestehenden Systems überwinden.“
 dann folgenden Satz:

„Für die bevorstehenden Kämpfe muß die vereinigte Organisation die Arbeiterbewegung mit einem revolutionären Aktionsprogramm bewaffnen. Darin werden Forderungen und Kampfformen vorgeschlagen, die ausgehend vom derzeitigen Bewußtseinsstand auf die Infragestellung der beiden entscheidenden Nervenzentren der bürgerlichen Gesellschaft ausgerichtet sind: die Verfügungsgewalt des Kapitals über die Produktionsmittel und Arbeitskräfte einerseits und den bürgerlichen Staatsapparat, die politische Macht des Kapitals andererseits.“

Nationale Konferenz der GIM, Juni 86

13

Seite 8, Spalte 1, einfügen hinter Absatz 3:

„Der Kampf für die Arbeitereinheitsfront im heutigen Deutschland geht von ganz anderen Voraussetzungen aus als im Deutschland vor 1933. Damals war die innere Situation der Arbeiterbewegung durch eine tiefe Spaltung zwischen zwei Massenparteien gekennzeichnet. Es galt, die Einheit dieser beiden politischen Strömungen für gemeinsame praktische Maßnahmen gegen die faschistische Bedrohung herzustellen. Im kapitalistischen Teil Deutschlands ist die SPD als einzige politische Massenpartei der Arbeiterbewegung übriggeblieben. Alle revolutionären Strömungen sind nicht mehr als Propagandagruppen, die nicht in der Lage sind, die Millionenmassen tatsächlich zur Aktion zu rufen. Wir stehen noch vor der Aufgabe, eine Partei aufzubauen, die tatsächlich als Konkurrenz der Sozialdemokratie in der Führung des Tageskampfes herausfordern kann. Unser Kampf für die Einheitsfront besteht heute darin, daß wir einerseits alles in unseren Kräften Stehende tun, um zum Zustandekommen und erfolgreichen Ablauf von großen Mobilisierungen beizutragen, auch wenn die Führung der Aktion nicht in der Hand von proletarischen Kräften liegt.

Andererseits erklären wir, daß und wie eine Politik von „Klasse gegen Klasse“, der Einheit der Arbeiterklasse im unversöhnlichen Kampf gegen das Kapital, die ökonomischen, sozialen und politischen Interessen des Proletariats verteidigen und sichern kann. Wir erklären, wie die Führung von SPD und DGB mit einer Politik von Mobilisierungen ohne Angst vor der Schelte des Kapitals den Kampf für unsere Interessen organisieren könnten. Wir erklären, wie die Spd mit einer nur den Interessen der Arbeiter und ihrer Verbündeten verpflichteten Politik und einer offensiven Mobilisierung in den Straßen und Betrieben absolute Mehrheiten selbst in bürgerlichen Wahlen gewinnen könnte. Und wir organisieren alle diejenigen, die mit einer solchen strategischen Orientierung übereinstimmen, in den Reihen unserer Partei.“

L.W., W.W., S.K., GIM/Frankfurt

14

Seite 8, Spalte 1, letzter Absatz: Ersetzen des letzten Halbsatzes („sondern ebenso ...“ bis „... durch die Männer.“) durch folgenden Text:

„... , sondern ist bereits mit der Entstehung des Privateigentums, der ersten Klassengesellschaft entstanden. Mithilfe der Familie wurden die Reproduktionsfähigkeiten der Frauen der männlichen Herrschaft unterworfen, um dem Privateigentum und den Klassen einen ewigen Bestand über die Lebensspanne eines Individuums hinaus zu sichern. Jede neue Produktionsweise hat ihr eigentümliche Formen der Familie geschaffen; dabei haben die Beziehungen zwischen den Geschlechtern durchaus unterschiedlichen ökonomischen Inhalt, je nach Produktionsweise und je nachdem, ob es sich um eine Familie der herrschenden Klasse oder der ausgebeuteten, arbeitenden Klassen handelt. Die Wiederherstellung der Selbstbestimmung der Frau über ihre Reproduktionsfähigkeiten ist zentraler Bestandteil der Befreiung der Frau.“

Lüko W., Wolfgang W., Siegfried K., GIM/Frankfurt

15

Wiedereinfügen des auf Seite 8, Spalte 2, vor dem letzten Absatz gestrichenen Textes:

„Im Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitslosigkeit, gegen Lohn- und Sozialabbau, gegen Hochrüstung und imperialistische Kriegspolitik, gegen den Abbau demokratischer Rechte und fortschreitende

Umweltzerstörung usw. kann die Arbeiterklasse sich gegen Kapital und politische Reaktion nicht durchsetzen, ohne um politischen Einfluß zu ringen.“

L.W., W.W., S.K., GIM/Frankfurt

16

Seite 9, Spalte 1, einfügen hinter dem ersten Absatz und vor der Überschrift:

„Die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse ist heute nicht bereit, für eine revolutionäre Eroberung der politischen Macht zu kämpfen. Revolutionäre Sozialisten stehen daher vor dem Problem, anknüpfend am bestehenden Bewußtsein und an den aktuellen Tagesforderungen der Arbeiterklasse die Notwendigkeit der politischen Machteroberung vermitteln zu müssen. Diese Überzeugung wird nur durch praktische Erfahrungen entstehen, nicht durch gute Erklärungen. Es müssen praktische Kämpfe um Forderungen organisiert werden, die auf die wirkliche Lösung der dringendsten Probleme abzielen. Schon bei einfachen ökonomischen Kämpfen wie um höheren Lohn oder für die Verkürzung der Arbeitszeit stellt sich die Notwendigkeit, staatliche Macht einzusetzen, um Erfolge abzusichern und — wie im Fall der 35-Stunden-Woche — nicht nur den Branchen mit den kampfstärksten Gewerkschaften zukommen zu lassen, sondern sie gesetzmäßig auf alle Arbeiter auszudehnen. Aber ... dazu muß man die politische Macht erst mal erobern.

Besonders dringlich vermittelt sich diese Einsicht bei Kampfzielen, die tief in die kapitalistische Verfügungsgewalt eingreifen. Solche Forderungen werden im folgenden als Teil eines Programms für eine Arbeiterregierung vorgestellt.“

L.W., W.W., S.K., GIM/Frankfurt

17

Einfügen hinter Seite 9, Spalte 1, Absatz 7:

„Dazu gehörten die Garantie von automatischer Arbeitszeitverkürzung anstatt von Entlassungen bei Arbeitsmangel und die Garantie von automatischen Lohnerhöhungen bei Inflation.“

L.W., W.W., S.K., GIM/Frankfurt

18

Streichen von Seite 9, Spalte 1, Absatz 9 („Das setzt vor allem ...“ bis „... Gemeineigentum voraus.“) und ersetzen durch folgenden Text:

„Die erste Maßnahme hierzu ist die Offenlegung der Buchhaltung und aller Geschäftsunterlagen sowie die Anerkennung und Durchsetzung des Vetorechts der Belegschaften und Gewerkschaften gegenüber allen unternehmerischen Entscheidungen. Zweitens werden alle Banken und Versicherungen enteignet und zu einem einheitlichen staatlich gelenkten Finanzapparat zusammengefaßt. Drittens werden Grundstoffindustrie und die großen Industrie- und Handelskonzerne wie Siemens, Daimler-Benz, Hoechst, BASF u.a. enteignet und einer einheitlichen staatlichen Leitung unterstellt.“

L.W., W.W., S.K., GIM/Frankfurt

19

Auf Seite 9 den in Spalte 1 beginnenden und in Spalte 2 endenden Satz „Die Gleichberechtigung der Frauen ...“ bis „... einbezogen werden.“ ersetzen durch folgenden Text:

„Die Gleichberechtigung der Frauen erschöpft sich nicht darin, daß alle Frauen in den Produktionsprozeß einbezogen werden. Dies ist allerdings die wichtigste Voraussetzung und gleichzeitig Resultat einer vollständigen Befreiung der Frauen, da sie nur so völlige ökonomische Unabhängigkeit von einem männlichen „Familienoberhaupt“ erhalten können. Deswegen sind Maßnahmen zur Vergesellschaftung der Hausarbeit und Kindererziehung besonders wichtig.“

Lüko W., Wolfgang W., Siegfried K., GIM/Frankfurt

20

Auf Seite 9, Spalte 2, Absatz 5 Streichen von „und die Erklärung der Neutralität“. Hinter dem eben genannten Absatz Einfügen von folgendem Text:

„Die Aufhebung der imperialistischen Beziehungen des deutschen Kapitals zu den halbkolonialen Ländern ist eine zentrale Aufgabe der deutschen Revolution. Das bedeutet: Annulierung aller Schulden von halbkolonialen Ländern, Übergabe von Eigentum des deutschen Kapitals in diesen Ländern an die jeweiligen Nationen, tatkräftige materielle Hilfe beim Aufbau der halbkolonialen Länder — kurz ein deutscher Beitrag zur Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung.“

Lüko W., Wolfgang W., Siegfried K., GIM/Frankfurt

21

Seite 9, Spalte 2, Absatz 6: Ersatz des Satzteils von „wo die USA ...“ bis „... Warschauer Pakt aneinanderstoßen“ durch folgende Formulierung:

„wo die aggressive, imperialistische NATO und der Warschauer Pakt aneinanderstoßen“.

Lüko W., Wolfgang W., Siegfried K., GIM/Frankfurt

22

Streichung von Seite 9, Spalte 2, Absätze 6 und 7 („Das Problem der wachsenden Kriegsgefahr ...“ bis „... für oder gegen eine Wiedervereinigung entscheiden.“) und ersetzen durch folgenden Text:

„25 Jahre nach dem Bau der Berliner Mauer fordert die Bundesregierung die DDR auf, den letzten Rest an Freizügigkeit in Berlin aufzuheben und polizeiliche Aufgaben im Dienste des deutschen Kapitals gegen die Asylsuchenden wahrzunehmen. Hier wird die schon von Adenauer und George C. Kennan 1945 formulierte Politik deutlich: Nach dem Zusammenbruch des deutschen imperialistischen Staatsapparats einen kapitalistischen Staat des deutschen Imperialismus in den drei Westzonen rekonstruieren und danach ... den Osten dem wieder unterwerfen. Dabei gelang es dem Imperialismus fast immer, den Schwarzen Peter für die Maßnahmen zur Teilung des Landes der Regierung der UdSSR und der Führung der KPD/SED zuzuschieben. Der 2. Teil dieses Programms konnte zum Glück bis heute nicht durchgeführt werden.“

Kurt Schumacher stellte sich von der Stunde Null an in den Dienst dieser imperialistischen Strategie, indem er verhinderte, daß die SPD sich als Partei im gesamtdeutschen Rahmen mit einer einheitlichen Führung rekonstruiert. Er strebte von vorneherein eine allein in den drei Westzonen organisierte SPD an; den Genossen in der SBZ gab er den Rat, sich aufzulösen. Die sozialdemokratische Führung verhinderte auch die Wiederherstellung der Einheit der Freien Gewerkschaften im nationalen Rahmen. So wurde die politische Spaltung der Arbeiterbewegung, die den Nazis ihren Sieg 1933 ermöglicht hatte, zu einer territorialen vertieft. Dadurch wurde es möglich, die Erfolge der revolutionären sozialen Umwälzung im Osten bürokratisch zu verzerren und territorial so zu begrenzen, daß die Fortexistenz des deutschen Imperialismus nicht gefährdet wurde. Dabei hat sich in der DDR eine bürokratische Herrschaftskaste gefestigt, die nur mit revolutionären Mitteln gestürzt werden kann.

Das deutsche Proletariat muß die 1933 zerstörte Einheit seiner Organisationen im nationalen Maßstab wiederherstellen, um seine Kräfte für die Entmachtung des deutschen Imperialismus zu einen und durch die Beseitigung der bürokratischen Entmündigung des Proletariats in der DDR ein revolutionäres Potential zu entfesseln und in den Dienst des Kampfes zu stellen. Ob es dabei gleich zur Bildung einer gesamtdeutschen Arbeiterregierung kommt oder erst zu revolutionären Siegen in den einzelnen Teilstaaten, läßt sich heute nicht vorhersagen.

Auf jeden Fall wird das siegreiche Proletariat die Freizügigkeit in Deutschland wiederherstellen, die sozialen Errungenschaften der DDR auf den kapitalistischen Teilstaat ausdehnen und durch einen gemeinsamen Plan den vereinten Produktionsapparat zur schnelleren Hebung des Lebensstandards und zur Entwicklung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas einsetzen.“

Lüko W., Wolfgang W., Siegfried K., GIM/Frankfurt

23

Streichen von Seite 10, Spalte 2, vorletzter Absatz.
 L.W., W.W., S.K., GIM/Frankfurt

24

Auf Seite 10, vorletzter Absatz der rechten Spalte sollen die Worte „Auf diese Weise ...“ gestrichen werden.

Sonderparteitag der KPD, Juni 1986

25

Streichung mehrerer Absätze von Seite 11: Spalte 2, Absatz 8 (der vorletzte) bis einschließlich Seite 12, Spalte 1, Absatz 3.

Lüko W., Wolfgang W., Siegfried K., GIM/Frankfurt

26

Auf Seite 11, rechte Spalte soll die Reihenfolge der Absätze 3 und 4 geändert werden.

Sonderparteitag der KPD, Juni 86

III Statutentwurf

Statut allgemein

27

Im Statut wird auf den Gebrauch des Wortes „Delegiertinnen“ verzichtet.
Sonderparteitag der KPD, Juni 86

28

Im Statut sollen noch vorhandene rein männliche Bezeichnungen (z. B. „seinen“ Wohnsitz in § 3, „sein“ Verhalten in § 6 „ihm“ übertragene Funktionen in § 6 feminisiert werden.
Sonderparteitag der KPD, Juni 86

Organisationsprinzipien

29

Es wird ein Absatz 2.6 eingefügt, der wie folgt lautet:
„6. Privates und politisches Leben sind nicht voneinander zu trennen. Deshalb ist es Aufgabe der Grundorganisationen, sich auch um die persönlichen Verhältnisse der Mitglieder zu kümmern und ihre Bedingungen bei der Umsetzung von Politik zu berücksichtigen. Letzteres gilt auch für die Leitungen. Das Bestrafen von extremem Fehlverhalten ist in Ausnahmefällen notwendig, um Schaden von der Partei abzuwenden, auch wenn es im Widerspruch zum Ziel der Partei — der kommunistischen Gesellschaft — steht.“

Erläuterung:

Es geht mir vor allem darum, festzuschreiben, daß Parteiverfahren nicht die „normale“ Reaktion auf Fehlverhalten von Genossinnen und Genossen sein kann.

Wolfgang, Kiel

30

Ergänzung Punkt 2. „Organisationsprinzipien“ als 2.5.: „2.5. Den Frauen der Organisation muß ermöglicht werden, sich bei Bedarf auf allen Ebenen zu Frauenmitgliederversammlungen zusammenzufinden.“
Nationale Konferenz der GIM, Juni 86

31

Ergänzungsantrag zu „Organisationsprinzipien“

1. Ohne die Gleichbehandlung der Frauen in der Partei ist die kommunistische Organisation nach innen und außen nicht in der Lage, sich glaubwürdig für die Frauenbefreiung einzusetzen. Daher ist es unter heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen notwendig, die politische Arbeit der Frauen besonders zu fördern und ihnen möglichst optimale innerorganisatorische Bedingungen zu schaffen. Gewalt gegen Frauen ist hiermit unvereinbar.
2. Ohne freie politische Debatte ... usw.

G. (KPD)

E. (GIM)

3. Mitgliedschaft

32

Punkt 3, „Mitgliedschaft“ ist um folgenden Satz zu ergänzen: „Jedes Mitglied hat das Recht, in der internen Parteipresse an der Erörterung aller Fragen der Politik der Partei teilzunehmen.“
ZKs von KPD und GIM

33

Zu 3. Mitgliedschaft:

Am Ende des 1. Abschnitts (hinter „... zum Parteitag zu stellen.“) wird eingefügt:

„Aufgabe der Leitungen ist es, für die Mitglieder die Parteiöffentlichkeit herzustellen und auf an sie gerichtete Fragen und Kritiken in angemessener Zeit schriftlich zu antworten.“

Begründung:

Die unter „Organisationsprinzipien“ angeführten Aufgaben der Leitungen halte ich für zu allgemein. Angesichts der Schludrigkeit, mit der in der KPD so manche Kritik behandelt wurde, ist es angebracht, obige Pflichten einmal festzuhalten.

Wolfgang, Kiel

6. Parteiverfahren, Ausschluß

34

Zur Frage „Gewalt gegen Frauen“ in . 6 soll es heißen: „Die Organisation kämpft dafür, daß in ihren Reihen Gewalt gegen Frauen nicht stattfindet. Körperliche Gewalt gegen Frauen zieht auf Antrag ein Parteiverfahren nach sich.“

Sonderparteitag der KPD, Juni 86

35

Ergänzung unter Punkt 6. „Parteiverfahren“, 2. Absatz: „Gewalt gegen Frauen widerspricht grundsätzlich den Zielen der Organisation. Die Organisation kämpft dafür, daß Gewalt gegen Frauen nicht stattfindet. Gewalt gegen Frauen zieht auf Antrag ein Parteiverfahren bis zum Ausschluß nach sich.“

Nationale Konferenz der GIM, Juni 86

36

Zu 6. Parteiverfahren, Ausschluß

a. hinter: „... Funktionen mißbraucht“ wird eingefügt:
„• grob gegen die innerorganisatorische Demokratie verstößt,“

b. dahinter wird eingefügt:

„• durch sein persönliches Verhalten fortwährend gegen kommunistische Werte verstößt, indem er körperliche und/oder geistige Überlegenheit nutzt, um andere Menschen zu quälen, zu schädigen oder zu unterdrücken.“

Erläuterung:

zu b.

Klar sollte sein, daß das Problem Gewalt gegen Schwächere in erster Linie keine Frage parteischädigenden Verhaltens ist. Es ist vielmehr ein Problem, das bei der Schaffung des „neuen Menschen“ gelöst werden muß. Darüber sollten wir uns darüber klar sein, daß es heute in unserer Organisation wohl kaum einen Menschen gibt, der nicht dazu neigt, in bestimmter Situation seine Überlegenheit unsolidarisch auszunutzen. Weiter muß klar sein, daß Gewalt gegen Schwächere Ausdruck von Unwissenheit und sozialem wie psychischem Elend ist. Wir müssen uns deshalb vor inquisitorischem Vorgehen sehr hüten. Selbst in den schlimmsten Fällen sollte immer erst versucht werden, solidarisch zu diskutieren, zu helfen und die Ursachen offenzulegen. Ich habe bewußt eine allgemeine Formulierung gewählt, damit die Gewalt gegen Kinder miteinbezogen ist.

Wolfgang, Kiel

7. Parteiaufbau

37

Das Kapitel 7 „Parteiaufbau“ wird neu gegliedert: 1. Parteitag, ZK, Zentrale Schiedskommission, 2. Landesverbände, 3. Ortsgruppen, 4. Zellen, Arbeitsbereiche
Sonderparteitag der KPD, Juni 86

38

In Punkt 7 „Der Parteitag“ soll es heißen: „Der Parteitag wird mit einer Frist von mindestens drei Monaten einberufen.“

Es soll ergänzt werden: „Das ZK ist durch einen außerordentlichen Parteitag abwählbar.“

N., Mannheim

39

Abschnitt 7. „Parteiaufbau“, S. 14

Einfügen des folgenden Passus:

„c. der Parteitag — setzt die Höhe der Beiträge fest und beschließt den Verteilungsschlüssel dieser Gelder auf die Bundes-, Landes- und Ortsebene.“

Streichen des entsprechenden Zusatzes unter „Das Zentralkomitee“.

Streichen des Satzes: „Das ZK setzt die Höhe der Beiträge fest.“

Nationale Konferenz der GIM, Juni 86

40

Im Kapitel 7. ist unter „c. Parteitag“ zu ergänzen:
„... setzt die Höhe der Beiträge fest und beschließt den

Verteilungsschlüssel dieser Gelder auf die Bundes-, Landes- und Ortsebene.“

Entsprechend ist beim Passus „Zentralkomitee“ zu streichen: „verteilt die Mittel der Partei und“ und „Das ZK setzte die Höhe der Beiträge fest.“

Sonderparteitag der KPD, Juni 86

41

Abschnitt 7. „Parteiaufbau“, S. 14 f, 7. Absatz:

Ändern wie folgt:

„Das Zentralkomitee ... gibt das Zentralorgan der Partei, den internen Rundbrief und das theoretische Organ heraus ...“.

Nationale Konferenz der GIM, Juni 86

42

Änderung zu Abschnitt 7. „Parteiaufbau“, Absatz c., S. 14 Einfügen nach 3. Absatz:

„In das Zentralkomitee werden mindestens drei Immigranten-Genossen/innen gewählt.“

Nationale Konferenz der GIM, Juni 86

43

Punkt 7, „Zentralkomitee“

Im Punkt „Zentralkomitee“, 3. Absatz, soll ergänzt werden: „Das Politbüro ist dem ZK gegenüber verantwortlich.“

Nationale Konferenz der GIM, Juni 86

44

Auf Seite 14 soll unter „Zentralkomitee“ ergänzt werden: „Das ZK beschließt in Abstimmung mit den betroffenen Landesverbänden politisch notwendige Ausgleichszahlungen zwischen den Landesverbänden.“ Und auf Seite 15 unter „Landesverbände“: „Die Landesleitung beschließt in Abstimmung mit den betroffenen Ortsgruppen politisch notwendige Ausgleichszahlungen zwischen den Ortsgruppen.“

Landesmitgliederversammlung Baden-Württemberg

45

In Kapitel 7 „Landesverbände“ soll als Funktion innerhalb der Landesleitung nur „Kassierer/in“ genannt werden. Der Begriff „Vorsitzende/r“ soll durch den Begriff „Verantwortliche/r“ ersetzt werden.

Sonderparteitag der KPD, Juni 86

46

In Kapitel 7, „Landesverbände“ soll der letzte Absatz heißen: „Die Landesschiedskommission besteht aus drei Mitgliedern.“

Sonderparteitag der KPD, Juni 86

47

Die Beschlußfähigkeit von Landesdelegiertenkonferenzen ist erreicht, wenn zwei Drittel der Delegierten anwesend sind. Für Landesmitgliederversammlungen soll die Beschlußfähigkeitsquote aber auf 50 Prozent gesenkt werden.

Sonderparteitag der KPD, Juni 86

48

In Kapitel 7 „Ortsgruppen“ wird der Begriff „Vorsitzende/r“ durch den Begriff „Verantwortliche/r“ ersetzt.

Sonderparteitag der KPD, Juni 86

49

Die Bezeichnungen „Parteitag“, „ZK“ und „PB“ werden aufgegeben. Vorbehaltlich anderer Vorschläge, die in dieselbe Richtung gehen, schlagen wir vor:

1. das oberste Beschlußfassungsorgan der vereinigten Organisation „Konferenz“ oder „Delegiertenkonferenz“ zu nennen,

2. das Leitungsorgan, das zwischen den Kongressen die politische Linie bestimmt (bisher ZK) „Bundesleitung“ zu nennen,

3. das aus seiner Mitte gewählte Büro (PB) als „Bundesbüro“ zu bezeichnen,

4. der aus einem Teil des Bundesbüros gebildete Hauptamtlichenstab stellt das „Sekretariat“ dar.

Begründung: Die ursprünglichen Bezeichnungen sind zu bombastisch und nicht zeitgemäß.

Manuel, Winnie, GIM

IV. Selbstverständnis-Resolution

50

Der 2. Satz im 2. Abschnitt des Kapitels III „Frauen“ soll wie folgt geändert werden:

„Wir unterstützen die weitere Entwicklung einer unabhängigen Frauenbewegung ...“

Sonderparteitag der KPD, Juni 86

V. Resolution zur Vereinigung

Resolution zur Vereinigung von GIM und KPD

(Entwurf zur Abstimmung auf dem Vereinigungskongreß am 4./5. Oktober 1986)

1. Der gemeinsame Kongreß der Gruppe Internationale Marxisten und der Kommunistischen Partei Deutschlands stellt fest:

- nach über zweijährigen Diskussionen und gemeinsamen Erfahrungen in der politischen Praxis von GIM und KPD hat sich herausgestellt, daß eine Existenz von zwei unabhängigen Organisationen „GIM“ und „KPD“ nicht mehr gerechtfertigt ist;

- Die dabei ausgehandelten Grundlagen für eine gemeinsame Organisation — die Entwürfe für Programm und Statut, die Resolution zum Selbstverständnis und die Vereinbarungen zur Haltung gegenüber der Vierten Internationale, der ein Teil der Mitglieder weiterhin angehören wird — sind ausreichend für die Vereinigung von GIM und KPD zu einer Organisation.

2. Der Sonderparteitag der KPD vom November 1985 und die Nationale Konferenz der GIM vom Dezember 1985 haben die jeweiligen Leitungen beauftragt, die Verhandlungen zur Vereinigung mit dem Ziel fortzusetzen, die Vereinigung im Herbst 1986 zu vollziehen.

Der Sonderparteitag der KPD vom Juni 1986 und die Außerordentliche Nationale Konferenz der GIM vom Juni 1986 haben die Ergebnisse der Verhandlungen mit großer Mehrheit gebilligt und die Leitungen beauftragt, auf diesen Grundlagen den Vereinigungskongreß für den Oktober 1986 vorzubereiten. Diese Vorbereitungen sind vereinbarungsgemäß abgeschlossen worden.

3. Daher beschließt der gemeinsame Kongreß von GIM und KPD:

- die GIM und KPD werden sich auf den auf diesem Kongreß beschlossenen Grundlagen unter einem von diesem Kongreß festgelegten Namen zu einer gemeinsamen Organisation vereinigen;
- die Vereinigung erfolgt auf allen Ebenen der Organisation, den Ortsgruppen, den örtlichen und regionalen Leitungen und den zentralen Leitungsorganen;
- alle Vermögenswerte der GIM und KPD, mit Ausnahme der gesondert vereinbarten Werte gehen in den Besitz der gemeinsamen Organisation über.

4. Der gemeinsame Kongreß von GIM und KPD ruft alle Unterstützerinnen und Unterstützer der früheren GIM und der früheren KPD auf, mit aller Kraft die vereinigte Organisation zu unterstützen.

Dortmund, 4. Oktober 1986

VI Anträge zum Namen der vereinigten Organisation

1

Kommunistische Union
oder Kommunistische Allianz

Begründung: 1. Dieser Name verzichtet nicht auf eine eindeutige Charakterisierung der Organisation und ihrer Ziele. Der Begriff „Kommunismus“ verkörpert immer noch die weitestgehenden Ziele und Ideale der Arbeiterbewegung. Im allgemeinen Verständnis ist der Begriff „Sozialismus“ nicht weniger mit Negativvorstellungen über den „realen Sozialismus“ belastet wie der Begriff „Kommunismus“. Allerdings erschweren uns Namen wie SP oder SAP eine unmittelbare Unterscheidung von sozialdemokratischen Parteien und Organisationen.

2. Der Begriff Union und der Begriff Allianz negieren nicht den Parteicharakter der neuen Organisation. Aber sie können ausdrücken, daß es sich um einen Zusammenschluß verschiedener Kräfte und nicht um einen monolithischen Block handelt. Einer Union oder Allianz können sich vom Namensverständnis her eher andere Gruppierungen anschließen, eine Union oder Allianz kann erweitert

werden.

Ich denke, daß für das Selbstverständnis der neuen Organisation sehr wichtig ist, daß diese Organisation zwar eine gemeinsame programmatische Grundlage hat und eine gemeinsame Politik betreibt, daß diese Organisation aber auch mehrere revolutionäre Positionen, historische Betrachtungsweisen, strategische und taktische Vorstellungen zuläßt und integrieren kann, ohne dabei draufzugehen.

3. Wir sollten keinen Namen wählen, der direkt historisch vorbelastet ist wie etwa SAP, VKPD, SP. Eine Fortschreibung der bisherigen Namen GIM/KPD fände ich schlecht, weil dadurch gerade nicht ausgedrückt wird, daß wir mehr anstreben als die bloße enge Zusammenarbeit zweier Organisationen oder den begrenzten Zusammenschluß zweier Positionen.

4. Eine Übernahme des Solidarnosc-Schriftzuges ist für mich nicht akzeptabel. Eine herausgestellte Gleichsetzung unserer Organisation mit einer Gewerkschaftsbewegung in Osteuropa wirkt eher lächerlich. Politisch ist eine solche Identifikation auf den ersten Blick auch nicht sinnig, weil die Solidarnosc ja durchaus nicht eindeutig revolutionär-sozialistische Inhalte vertritt.

Bernhard, Tübingen

2

Sozialistischer Bund

Dafürspricht: Zur Charakterisierung unserer Organisation gibt es im Grunde — was die **wesentliche** Charakterisierung betrifft — zwei Möglichkeiten: „Kommunistisch“ und „Sozialistisch“. Leider sind wir nicht in der Situation, daß einer der beiden Namen völlig unbelastet wäre. Marx und Engels haben genau zwischen „sozialistisch“ und „kommunistisch“ zu wählen gehabt — und sich für „kommunistisch“ (Bund der Kommunisten) entschieden — unter völlig anderen Ausgangsbedingungen. Engels schreibt (1888): „Und doch hätten wir das Manifest ... nicht ein sozialistisches Manifest nennen können. Unter Sozialisten verstand man 1847 einerseits die Anhänger der verschiedenen utopischen Systeme ... die bereits zu bloßen, allmählich aussterbenden Sekten zusammengeschrumpft waren; andererseits die mannigfaltigsten sozialen Quacksalber, die mit allerhand Flickwerk, ohne jede Gefahr für Kapital und Profit, die gesellschaftlichen Mißstände aller Art zu beseitigen versprachen — in beiden Fällen Leute, die außerhalb der Arbeiterbewegung standen ... Derjenige Teil der Arbeiterklasse, der ... die Notwendigkeit einer totalen Umgestaltung der Gesellschaft forderte, dieser Teil nannte sich kommunistisch ... So war denn 1847 Sozialismus eine Bewegung der Mittelklasse, Kommunismus eine Bewegung der Arbeiterklasse.“

Die Zeiten haben sich geändert. „Kommunismus“ wird heute in erster Linie mit der bürokratischen Diktatur in den RGW-Staaten in Verbindung gebracht. Auch der Begriff „sozialistisch“ wird keineswegs — wie 1847 im Fall „kommunistisch“ — gleichgesetzt mit „Bewegung der Arbeiterklasse“. Auch hier liegt „Belastendes“ vor („real existierender ...“, „Sozialistische Einheitspartei ...“). Es ist aber meiner Meinung nach der **offenere** Begriff. Er grenzt sich **nach links** von der Sozialdemokratie, der wichtigsten Strömung in der westdeutschen Arbeiterbewegung ab. Mit „demokratischem Sozialismus“ verbinden viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ein positives, sich von der DDR positiv abgrenzendes Bild einer neuer Gesellschaft. Im Prager Frühling entstand das Bild eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, das — gerade weil es im antibürokratischen Kampf entstand — für Millionen ein, wenn auch vages Bild der neuen, sozialistischen und demokratischen Gesellschaft war. Unter diesen Bedingungen glaube ich, daß eine grundsätzliche Entscheidung für „sozialistisch“ als wesentliche Charakterisierung die richtige ist.

„Bund“ ist eine gute, alte Bezeichnung für einen organisierten Zusammenschluß von Kommunisten und Sozialistinnen/Sozialisten. Der „Bund der Gerechten“ und der „Bund der Kommunisten“ waren überhaupt die ersten Organisationsbezeichnungen der Kommunisten in Deutschland.

„Das Kommunistische Manifest wurde als Plattform des Bundes der Kommunisten veröffentlicht, einer anfangs ausschließlich deutschen, später internationalen Arbeiterorganisation ...“ schrieb Friedrich Engels 1880 in einer Vorrede zur englischen Ausgabe des „Manifests“.

Die Bezeichnung „Bund“ drückt einerseits aus, daß wir noch nicht „Partei“ im allgemein verstandenen Sinn sind. Andererseits vermeidet sie den offenen Charakter, den Bezeichnungen wie DK oder Linke haben. In der Alltagssprache ist die Bezeichnung durchaus vorhanden, keineswegs „verstaubt“ — es muß nicht gerade der „Bund Katholischer Unternehmer“ sein, dann eher der Fußballbund.

Die Verbindung beider Worte — Sozialistischer Bund — vermeidet durch die neutrale Form das Problem, eine männliche und weibliche Form benutzen zu müssen (bzw. letztere zu unterschlagen).

Bleibt, natürlich: die Abkürzung und die Nähe, die dann zum Sozialistischen Büro, mal als SB, mal als SozBü bezeichnet, entsteht. Das ist ein Problem, aber ein zweifach lösbares: **Erstens** — Man kürzt den Namen schlicht nicht ab. Das ist inzwischen absolut möglich und üblich. „Die Grünen“ sind nicht abkürzbar, entziehen sich den Kürzeln (die ja auch nicht allein Vorteile mit sich bringen). **Zweitens** — das SB löst sich auf. Das hat es im Grunde bereits faktisch getan. Und es wird dies auch demnächst formell tun — man sehe sich konkret das eigene Umfeld an: wo und wie taucht hier das SB noch als real existierende Organisation auf?

Als „Sozialistischer Bund“ werden wir mit diesem Schatten nicht kollidieren. Wohl aber über einen Namen verfügen, der — wie eingangs gefordert — keine Stolpersteine in den Weg legt und gleichzeitig das wesentliche, daß wir **organisierte Sozialistinnen und Sozialisten** sind, auf den Nenner bringt.

Winnie (GIM)
Frankfurt

3

Ich beantrage, daß für die gemeinsame Organisation der Name KPD beibehalten wird und im Untertitel auf die Vereinigung beider Organisationen KPD(ML) und GIM hingewiesen wird.

Begründung: Die bisherigen Versuche einer neuen Namensgebung haben zu Ergebnissen geführt, mit denen niemand recht zufrieden ist. Dies erschwert die Identifikation der Genossen mit ihrer Organisation.

Außerdem kann bei Aufgeben des bisherigen Namens KPD damit gerechnet werden, daß eine der anderen bestehenden Organisationen die mit diesem Namen verbundenen Vorteile für sich nutzt, indem sie sich selbst den Namen zulegt. Dies würde zu weiterer Verwirrung insbesondere bei den Menschen führen, die wir schließlich mit unserer Politik erreichen wollen.

Das Argument, daß bei einer Beibehaltung des Namens KPD sich die Genossen der GIM als „eingesackt“ vorkommen könnten, leuchtet mir nicht ein. Entscheidend ist doch die Vereinigung um ein gemeinsam getragenes Programm. Das sollten Empfindlichkeiten bei der Namensgebung keine Rolle spielen. Sie wären nach meinem Dafürhalten zutiefst bürgerlicher Natur.

Außerdem haben die Genossen unserer Jugendorganisation gezeigt, daß sie solche Empfindlichkeiten nicht haben, indem sie den Namen „Rote Maulwürfe“ übernommen haben. Hinsichtlich der Frage der 4. Internationale hat sich unsere Organisation ja auch auf Kompromisse eingelassen, die ich persönlich als sehr weitgehend ansehe.

K.D., Dortmund

4

Demokratische Kommunisten

Begründung: Bei der Frage eines möglichen Namens für die vereinigte Organisation von GIM und KPD gehe ich von folgenden Überlegungen aus:

1. Der Name muß deutlich und aussagekräftig hinsichtlich der programmatischen Ziele der neuen Partei sein. Die Kennzeichnung als „sozialistisch“ ohne Zusatz erfüllt diese Voraussetzung meines Erachtens nicht. In vielen Ländern heißen die Parteien der 2. Internationale „sozialistisch“ und auch in der politischen Diskussion hierzulande kann die Charakterisierung einer Organisation als sozialistisch keinerlei Eindeutigkeit beanspruchen.

2. Der Name soll historisch unbelastet, nicht mit der Erblast einer bestimmten Tradition verbunden sein. Das trifft ersichtlich auf den Namen SAP nicht zu. Die Debatten, die man in der politischen Linken mit so einem historischen Rückgriff auslöst, mögen einem unsinnig erscheinen, man kriegt sie aber nicht vom Hals. Die Tatsache, daß einige Sektionen der 4. Internationale diesen Namen tragen, stellt für die zu erwartende Diskussion jedenfalls keine Erleichterung dar.

3. Der Name soll für die vereinigte Organisation nicht umstandslos einen Begriff vereinnahmen, mit dem sich heute auch viele Genossinnen und Genossen außerhalb von GIM und KPD identifizieren. Das trifft etwa für Kombinationen mit dem Begriff revolutionäre Sozialisten, aber auch für einen Vorschlag wie „sozialistische Linke“ o.ä. zu.

4. Wenn im Namen der Vereinigten Organisation eine Organisationsbestimmung enthalten sein soll, bedeutet das für mich, daß dem formulierten Selbstverständnis die Bezeichnung der Organisation als Partei entspricht. Begriffe wie Bund, Liga usw. scheinen mir dagegen mit einem bestimmten Parteiaufbaukonzept (Stichwort: Zirkelphase als notwendiges Durchgangsstadium) und einem eingeschränkten Politikverständnis verbunden. Andererseits fände ich es vorteilhaft, wenn wir uns zu einem Namen durchringen könnten, der keine Organisationsbezeichnung enthält, weil der Begriff Partei vor allem bei jüngeren Jahrgängen nicht den besten Ruf hat.

5. Man kann sicher hoffen, daß es bereits in relativ

kurzer Zeit zu einer Vereinigung mit einer oder gar mehreren sozialistischen Organisationen kommt. Sehr wahrscheinlich ist das aber nicht. Insofern müssen wir in Rechnung stellen, daß wir Jahre mit dem gewählten Namen zurechtkommen müssen. Darum muß er politisch attraktiv sein, Identifikation ermöglichen. Der Vorschlag KPD/GIM charakterisiert die ganze Organisation möglicherweise auf Jahre hinaus als Provisorium und stellt darüber hinaus in Frage, ob eine tatsächliche Verschmelzung beider Organisationen zu einer neuen Partei erfolgen soll oder ob beide Organisationen unter einem gemeinsamen Dach fortbestehen.

Ausgehend von diesen Überlegungen bin ich für den Namen „Demokratische Kommunisten“.

- Der Begriff „Kommunismus“ bringt einerseits grundsätzliche Gegnerschaft zum Kapitalismus angemessen zum Ausdruck, leistet andererseits eine eindeutige Unterscheidung zur Sozialdemokratie, inklusive linksreformistischer Tendenzen.

Der Zusatz „Demokratische“ greift den am meisten verbreiteten Vorbehalt gegenüber dem Kommunismus auf. Die absehbaren programmatischen Dokumente der Vereinigten Organisation (Programm, Statut, Selbstverständnisresolution) begründen diesen Anspruch glaubhaft und ausreichend.

Der Name „Demokratische Kommunisten“ wäre meiner Ansicht nach auch geeignet zur Förderung der notwendigen Dialogfähigkeit mit dem reformistischen und grünen Spektrum.

Schließlich läßt sich dieser Name nicht so ohne weiteres in historische Traditionslinien einordnen, die im Massenbewußtsein unter der Rubrik „erledigt“ einsortiert sind. Er scheint mir geeignet zu sein, politische Aufmerksamkeit auf die vereinigte Organisation zu lenken und erwünschte Diskussionen auszulösen.

H.D.K., Dortmund

5

KPD/GIM

Begründung: 1. Wir stehen zur Zeit in einem Prozeß, wo sich die revolutionäre Linke nicht immer weiter aufspaltet, sondern wo der Wunsch nach Einheit und auch die Einsicht in die Notwendigkeit dieser Einheit breiter Fuß faßt. Und da die bevorstehende Vereinigung von GIM und KPD erst der Beginn dieses notwendigen Prozesses ist, haben wir auch entsprechend Schwierigkeiten, dieser neuen Organisation einen endgültigen und richtungsweisenden Namen zu geben. Da wir Anstrengungen unternehmen, uns auch mit anderen revolutionären Organisationen zu vereinigen, sollten wir jetzt einfach bei dem Namen KPD/GIM bleiben.

2. Da dieser Vereinigungsprozeß weitergehen muß, stehen wir eventuell in ein paar Jahren schon wieder vor der Situation, einen neuen Namen zu finden, und nicht nur das, wir müssen diese Namen auch immer bekannt machen. Wer weiß denn schon, wer sich hinter dem Namen SAP oder DK verbirgt? Da reicht es nicht, einmal ein Flugblatt dazu herauszubringen. Mit dem Namen KPD/GIM weiß aber jeder etwas anzufangen. Jeder, der nicht antikommunistisch eingestellt ist, verbindet damit eine Partei, die unbestechlich ist, die konsequent die Interessen der Arbeiterklasse vertritt, eine Partei, die für den Kommunismus eintritt.

Brigitte, Hamburg

6

Die vereinigte Organisation von KPD und GIM soll den Namen

Sozialistische Linke (SL)

führen (grafisch im Solidarnosc-Schriftzug)

Begründung: Als Kriterium für einen Namen der vereinigten Organisation sehe ich folgende Dinge:

- Der Name soll griffig sein und keine zusätzlichen Hindernisse zur ohnehin schwierigen Verbreitung unseres Einflusses schaffen
- er soll unseren politischen Standort als links von der Sozialdemokratie, in Abgrenzung zum Moskau-Kommunismus und als dezidiert sozialistisch im linken Spektrum der Grün-Alternativen bestimmen.

Von daher kamen einige der bisher vorgebrachten Vorschläge für mich nicht in Betracht, weil

- die Bezeichnung „kommunistisch“ in der BRD mit Einparteiendiktatur als politisches Ziel gleichgesetzt wird, hingegen „sozialistisch“ eher mit demokratischen, emanzipatorischen Verhältnissen und Selbstverwaltung in Zusammenhang gebracht wird und in der BRD als links von der SPD (oder am linken Rand der SPD) eingestuft wird.

- Die Bezeichnung „revolutionär“ mit Blutrünstigkeit und Terrorismus in Verbindung gebracht wird und bei Führung dieser Namensbezeichnung erst halbstündige Erläuterungen über die Arbeitsmethoden von Revolutionären, Haltung zur Gewaltfrage usw. erfolgen müßten, wenn man von jemand auf der Straße angesprochen wird.

- Die Bezeichnung „Arbeiter“ und vor allem noch in Verbindung mit „Partei“ nur Assoziationen mit den berühmten „Aufbauorganisationen“ der 70er Jahre weckt. Nebenbei ist die vereinigte Organisation eben nicht die Partei, sondern nur ein politischer Kader. Und als sozialistische, linke Organisation/Gruppe wird sie eben von Außenstehenden gesehen.

„Sozialistische Linke“ scheint mir das Namensproblem deshalb am angemessensten zu lösen, weil hierdurch zum Ausdruck kommt, daß wir die Linke in der BRD für ein sozialistisches Ziel (im dargelegten Sinne) organisieren wollen, uns selbst als einen Bestandteil der Linken begreifen und auf weitere Umgruppierungen/Einigungen setzen. Mit diesem Namen kann man bei Grünen, Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern und gegenüber SPD-Mitgliedern gleichermaßen arbeiten und es wird verstanden, wofür man in den Grundzügen steht. Angenehm ist auch, daß eine Organisationsbezeichnung wie „Partei“ oder „Bund“ etc. (was zu Recht als verstaubt gilt) vermieden wird und keine Probleme durch Ausgrenzung der weiblichen Hälfte (wie bei anderen Namen, z.B. Demokratische Kommunisten oder D. Sozialisten) entstehen.

K. D., Frankfurt

7

Sozialistische Arbeiterinnen- und Arbeiterpartei (SAP)

Begründung: In der BRD muß vermittelt werden, warum sozialistische Politik gemacht werden muß, wenn die realen Probleme gelöst werden sollen. „Kommunistisch“ wird mit der DDR, SU, Stalinismus, Gulag assoziiert. „Revolutionär“ wird irgendwie als linksradikal-terroristisch verstanden, und es gibt keine sich sozialistisch nennende reformistische Massenbewegung, von der wir uns abgrenzen müßten.

Die Bezeichnung „Sozialistische Partei“ aber ist ungünstig, weil es in Westeuropa zu viele sozialdemokratische Parteien gibt, die sich so nennen.

Der Zusatz „Arbeiterinnen und Arbeiter“ verdeutlicht unseren Klassenstandpunkt, aber auch, welche Kräfte die bestimmenden in unserer Organisation sein sollen, nämlich die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Industriebetrieben und Büros.

Die Bezeichnung „Partei“ bedeutet nicht, daß wir „Partei“ in dem Sinne sind, daß wir bereits die Vorhut organisiert haben. Wir sind ein Zusammenschluß von Menschen, die für eine bestimmte Politik, für ein bestimmtes Programm stehen. Wir wollen eine Partei aufbauen, die sich ihren Platz im Spektrum der bestehenden Parteien erobert. Das drücken wir im Namen aus. Bezeichnungen wie „BUND“ oder „LIGA“ verewigen verbal den Zustand der kleinen Gruppe, die nichts zu kamellen hat und auf ihrer eigenen Vorläufigkeit und Bedeutungslosigkeit beharrt.

Die Tatsache, daß einige Sektionen der Vierten sich auch SAP nennen, sollte kein Hindernis sein. Es gibt so viele Sektionen der Vierten mit so vielen sehr verschiedenen Namen, daß die Vermeidung einer solchen Übereinstimmung ein ziemlich blödes Kriterium wäre.

SAP wäre ein eingängiges neues Kürzel in der politischen Landschaft der BRD und außerdem zukunftsweisend für weitere politische Einigungsprozesse und die Steigerung unseres Einflusses.

Manuel

8

Sozialistische Partei (SP)

Begründung:

1. Wer wir sind, und was wir wollen

Das häufigste Wort mit mehr als sechs Buchstaben in Programm und Selbstverständnis der vereinigten Organisation ist mit Abstand „sozialistisch“, „Sozialismus“ und Formen davon. Es scheint mir unwidersprochen, daß damit der Kern unserer programmatischen Vorstellungen am besten getroffen wird. „Sozialistisch“ heißt heute nicht nur Bezug auf eine bestimmte politische Strömung in der geschichtlichen Arbeiterbewegung, sondern ist auch eine Herausforderung an den Trend vieler „Linker“, sich zugunsten zweifelhafter Ersatzlösungen von guten alten und immer noch lebenden Begriffen davonzustehlen. Deshalb soll in unseren Namen der Begriff „sozialistisch“ hinein.

2. Wie kommen und wie gehören wir zusammen
Wir sind kein loser Gesinnungshaufen. Wir sind kein Geheimzirkel und kein Politikaster-Club. Wir sind eine Gemeinschaft von Aktivistinnen und Aktivistinnen, die gemeinsam handeln wollen und zum gemeinsamen Handeln auffordern. Wir wollen keine Politik, die von einigen Führern gemacht, von einigen Parlamentsvertretern zertreten wird. Seit geraumer Zeit hat sich für all das der Begriff „Partei“ eingebürgert.

Wir wollen ebenfalls all die herausfordern, die meinen, ohne eine Partei die Welt verändern zu können, die von

„Traditionssozialisten“ und „Parteikommunisten“ reden. Ihre Modelle der politischen Praxis sind letztlich auch stinknormale Parteien, vielleicht ein bißchen sehr stinkend und sehr normal, eben schlechte Parteien. Deshalb soll in unseren Namen der Begriff „Partei“ hinein.

Mehr wollen wir eigentlich gar nicht sein. (Einigen ist dies ja schon zuviel, mir nicht.) Deshalb sollte die vereinigte Organisation Sozialistische Partei, abgekürzt SP heißen.

H.K. (GIM)

9

Mit Erschrecken habe ich den favorisierten Namensvorschlag „Demokratische Kommunisten“ zur Kenntnis genommen. Mal abgesehen von dieser blutleeren Bezeichnung, finde ich diesen Vorschlag anbiedernd. Es gibt also demokratische und undemokratische Kommunisten, hier die wahren, dort die falschen; dies führt zur Ausgrenzung gegenüber bürgerlich indoktrinierten Schichten. Auch die Absicht, sich damit den Arbeitern zu nähern und Ressentiments abzubauen, halte ich für unrealistisch. Wir wenden uns immer noch eine lange Zeit an die fortgeschrittensten Teile der Klasse, da ist eine solche Betonung des „demokratischen“ unnötig. Eine Tautologie ist es ohnehin.

Letztendes sind wir nach der Vereinigung ein Bund, deshalb halte ich die Bezeichnung **Revolutionär-sozialistischer Bund (RSB)** für angemessener, knüpft auch an eine aktuelle Diskussion an. Zur Politik gehört ja auch eine Portion Leidenschaft, und die kommt mit der Bezeichnung „DK“ doch überhaupt nicht rüber, da waren ja alle anderen Vorschläge angenehmer. DK, das ist der linke Biedermann wie aus dem Duden. Also, hoffentlich bekommt der Vorschlag DK nicht die Mehrheit, sondern weniger Zustimmung als RSB.

Paul

10

Negatives:

- Demokratische Kommunisten

Ist das die Schwesterpartei der demokratischen Sozialisten? Sind Kommunisten per se undemokratisch, daß sie des Zusatzes „demokratisch“ bedürfen? Sollen wir dem Antikommunismus schon im Organisationsnamen Vorschub leisten?

- Partei (in jeder Form)

Sind wir nicht, auch keine Arbeiterpartei. Wir sollten uns erinnern, wann wir selbst eine andere Organisation als Arbeiterpartei ansehen, anstatt Wunschträume zu Hochstapeleien werden zu lassen!

- sozialistisch

Allein für sich kennzeichnet „sozialistisch“ eine Strömung, die durch die Sozialistische Internationale Willi Brandts repräsentiert wird.

- Die Linke (sozialistische)

Sind wir nicht, unglaubliche Hochstapelei! Wir sind auch vereint eine kleine Minderheit (ca. 500) innerhalb der Linken!

Positives:

Wenn wir auch nicht „die Linke“ oder eine Partei sind, sind wir doch eine Organisation, und wir betonen die Notwendigkeit, sich zu organisieren. Da darf unser Name nicht das Gegenteil implizieren. Der Organisationsfeindlichkeit der alternativen/autonomen Szene kann nicht dadurch begegnet werden, daß eine Organisationsbezeichnung im Namen fehlt. Wir sind kein Bockverein, und das muß sich auch ausdrücken.

Da „Partei“ ausgeschlossen ist, liegt die Bezeichnung „Bund“ nahe (gerade unter der Perspektive der Verbündung und Umgruppierung mit anderen Organisationen). Wir denken auch nicht, daß damit — oder mit Marx „Bund der Kommunisten“ — jemand eine Zirkelphase verbindet.

Die Kennzeichnung dieses Bundes kann nur „revolutionär sozialistisch“ sein, da die Bezeichnung „kommunistisch“ in dem Zusammenhang bereits besetzt ist. Der Zusatz „revolutionär“ mit „Gewalt“ ist wohl kaum zu umgehen, genausowenig wie eine Revolution ohne Gewalt auskommen wird. Wenn wir uns stets danach richten wollen, daß wir von der bürgerlichen Schmierpresse nicht angreifbar sind, müßten wir uns „liebe Leute mit frommen Wünschen“ nennen.

Deshalb: **BRS, Bund revolutionärer Sozialisten/innen GIM, Gruppe Oldenburg**

Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)

Begründung: Alle vorgeschlagenen Namen, die eine Chance für eine Mehrheit haben, stoßen auf meist vehemente Kritik eines Teils der Mitglieder von KPD und/oder GIM. VSP ist hier einerseits ein Kompromiß und andererseits ein zutreffender und aussagekräftiger Name. Die Charakterisierung als „vereinigte“ ist ein wichtiges Kennzeichen unserer Organisation, das noch für längere

Zeit von Bedeutung sein wird. Die Charakterisierung als „sozialistisch“ erwies sich bisher als der gemeinsame politische Nenner aller Genossinnen und Genossen in GIM und KPD, wohingegen andere Bezeichnungen auf stärkere Vorbehalte stießen. VSP vermeidet weiter das Problem, eine männliche und weibliche Form aufzuführen zu müssen, was bei DK und SAP zumindest umständlich wirkt. Die Bezeichnung als „Partei“ wählt als Begriff eine klar umrissene Organisationsform, deren Fehlen etwa bei SL stark kritisiert wurde. Insgesamt ist gleichzeitig das Kürzel „VSP“ bzw. die ausgeschriebene Bezeichnung „VSP“ nicht anmaßend, wie es etwa „SP“ (was einen Vergleich zu SP in Österreich, Frankreich, Schweden nahelegt) wäre.

Winnie, GIM

Vorbemerkung: Zu den folgenden Vorschlägen für den Namen der vereinigten Organisation liegen keine schriftlichen Begründungen vor. Es werden deshalb nur die Namensvorschläge veröffentlicht.

Demokratische Kommunisten und Kommunistinnen (DK)

Linkssozialistische Partei (LSP)

Feministisch-Sozialistische Partei (FSP)

Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)

Sozialistische Union (SU)

Kommunistische Linke (KL)

Spartacusbund

Revolutionäre Sozialisten (RS)

Revolutionäre Kommunisten (RK)

Rätekommunisten

Kommunistisch-Revolutionäre Demokratische Partei Westdeutschlands (KRDPW)

Revolutionär-Demokratische Sozialisten (RDS)

Revolutionär Sozialistische Partei (RSP)

Rätekommunisten und Rätekommunistinnen Deutschlands (RKD)

Die Roten

Kommunistische Vereinigung (KPD/GIM)

Demokratisch-Kommunistische Union (DKU)

Demokratisch-Kommunistische Allianz (DKA)

VII Anträge zu Publikationswesen/ Name der Zeitung

51

Die vereinigte Organisation soll eine 14-tätig erscheinende Zeitung mit 16 Seiten Normalumfang herausgeben. In sie sollen die besten Erfahrungen einfließen,

die in jüngster Zeit mit dem RM und mit wt gemacht wurden.

Die Herausgeberin der neuen Zeitung ist die vereinigte Organisation; eine formelle Charakterisierung als Zentralorgan soll vermieden werden. Die nähere Ausgestaltung des Charakters dieser Zeitung obliegt den Leitungsorganen der vereinigten Organisation.

Diese Festlegung erfolgt unbeschadet der Debatte, ob grundsätzliche Änderungen in dem Charakter und der Erscheinungsweise der zentralen Publikation der vereinigten Organisation angestrebt werden (siehe die vorausgegangene Debatte in der KPD).

ZKs von GIM und KPD

52

Ich beantrage, daß die langen Hin- und Herüberlegungen hinsichtlich der Namensgebung der gemeinsamen Zeitung aufhören und schlicht und einfach das theoretische Organ künftig „was tun?“ und die Wochen bzw. Zweiwochenzeitung „Roter Morgen“ heißen soll.

Begründung: Mit beiden Namen verbindet sich für die Adressaten eine Identifikation der bisherigen Organisationen. Jetzt schon Überlegungen darüber anzustellen, wie man sich benennen sollte, wenn noch weitere Gruppen dem Signal dieser Vereinigung folgen sollten, halte ich für Reden über des Kaisers Bart. Entscheidend ist im Endeffekt auch, daß die Änderung unserer Politik überzeugt. Eine Namensänderung könnte wie ein Etikettenschwindel aussehen, wobei der Verdacht bestehen bleibt, wir wollten uns sozugen für den Klassenfeind ein sauberes Hemd anziehen. Das hielte ich für schlecht. Bei Beibehaltung beider Namen käme zudem keine Organisation zu kurz.

K.D., Dortmund

Komma

Was ist den das? — KOMMA, das ist doch ein Satzzeichen. Und KOMMA sagt mensch im Kohlenpott, wenn „Komm mal her“ — gemeint ist. KOMMA? — Ja richtig, das ist auch die Abkürzung für KOMmunistisches MAGazin. Und genau so soll die Zeitung der vereinigten Organisation heißen. Ein Name mit Pep!

Ich will keine politische Würdigung der bisherigen Namensvorschläge für die Zeitung vornehmen. Politisch diskutabel sind Vorschläge wie: „Sozialistische Zeitung“ oder „Sozialistische Rundschau“. Doch Langweiler 1. Klasse sind sie allemal. Es sind alles Vorschläge, denen die Ideenlosigkeit im Gesicht geschrieben steht, auf die sich geeinigt werden kann, weil uns nichts Besseres einfiel oder ein Kompromiß vonnöten war.

KOMMA hingegen ist originell. Keine Originalität wie beim Namen „Roter Morgen“, die auf die Enge des linkssektiererischen Spektrums begrenzt war. KOMMA fällt aus dem üblichen Namensspektrum der sozialistischen Linken in diesem Lande heraus. KOMMA wird auch bei Leuten Gefallen finden, die sich zu diesem Spektrum nicht hinzurechnen.

KOMMA ist nach außen problemlos, in der internen Debatte von GIM und KPD allerdings nicht. Zwei inhaltliche Bedenken werden dem Namen entgegengehalten: 1. Im Namen taucht der Begriff „Kommunistisch“ auf, was strittig ist. 2. Im Namen taucht der Begriff „Magazin“ auf, was Assoziationen zur KPD-Presse-debatte weckt und Ängste, auf dem Weg der Namensdebatte politische Entscheidungen durchdrücken zu wollen. Auf beide Bedenken gibt der Name KOMMA eine für mich überzeugende Antwort — das ist die Abkürzung. KOMMA, das ist der Name, der groß auf der Zeitung steht, der später benutzt wird, während „Kommunisti-

sches Magazin“ nur die erläuternde Unterzeile ist.

Damit müßten eigentlich auch die Genossinnen und Genossen Gefallen an dem Namen finden, die die oben genannten Bedenken haben.

Die Abneigung gegen den Begriff „Kommunistisch“ im Namen resultiert ja nicht aus einer Ablehnung des kommunistischen Zieles, sondern aus Bedenken/Erfahrungen, wie der Begriff in der Bevölkerung besetzt ist (Gleichsetzung von kommunistisch mit der DDR/Sowjetunion). — Wie jeder an den fünf Buchstaben abzählen kann, berücksichtigt der Zeitungsname KOMMA diese Bedenken durchaus positiv.

Bleibt das strittige Magazin. Die Beschlußlage ist eindeutig: die vereinigte Organisation gibt eine vierzehntätige Zeitung heraus, deren Charakter den heutigen Zeitungen „was tun“ und „Roter Morgen“ entspricht. Es liegt mir fern, mit einem Namensvorschlag an dieser Beschlußlage etwas verändern zu wollen.

Von der inhaltlichen Debatte über Charakter und Erscheinungsweise abgesehen, ist es allerdings relativ unerheblich, wie wir denn nun das Produkt nennen, was alle 14 Tage erscheint. Es heißt „Zeitung“, früher „Zentralorgan“, könnte aber genauso auch „Nachrichten“, „Rundschau“, „Berichte“ oder „Magazin“ heißen ... Wie jede/r an den fünf Buchstaben abzählen kann, enthält der Zeitungsname KOMMA den Begriff „Magazin“ lediglich in der Unterzeile, so daß die erhobenen Bedenken sich in der Realität verflüchtigen werden.

Kurzum: Die Vereinigung von GIM und KPD ist ein Neuanfang und nicht die Fortsetzung linkssektiererischer Organisationsaufbaustrategien. Das muß auch im Namen deutlich werden. Dafür brauchen wir Ideen von der Qualität, die KOMMA zu bieten hat.

Jürgen/KPD

Die Zeitung soll den Namen **links** mit dem Untertitel **sozialistische zeitung** tragen.

Begründung: Auch eine sozialistische Zeitung braucht einen kurzen und einprägsamen Namen. Der Name „links“ ist einfach und undogmatisch. Er ist gleichzeitig eine kurze Standortbestimmung nicht nur allgemein, sondern insbesondere in der Gewerkschaftsbewegung, aber auch im alternativen/grünen Spektrum.

Laßt uns nicht aus Einfallslosigkeit die Bezeichnung (Untertitel) der Zeitung zum Namen machen.

S., Lübeck

Vorbemerkung: Zu den folgenden Vorschlägen für den Namen der neuen Zeitung liegen keine schriftlichen Begründungen vor. Es werden deshalb nur die Namensvorschläge veröffentlicht.

Anders leben

Die Linke

Gegenstimme — Untertitel: sozialistische Zeitung

Gegenwehr — Untertitel: sozialistische Zeitung

Neue Zeit

Sozialistische Rundschau

Sozialistische Zeitung

Weg mit der CDU/CSU/FDP-Regierung!

Auf der gemeinsamen Sitzung der Zentralkomitees von GIM und KPD wurde folgendes Positionspapier zu den Bundestagswahlen beschlossen. Beschlossen wurde, daß in dem vorliegenden Text die Frauenfrage ausführlicher behandelt werden soll.

Die praktischen Resultate der Regierungspolitik seit dem Antritt der Koalition aus CDU/CSU/FDP belegen, welchen Interessen die von der amtierenden Bundesregierung ausgerufene Wende tatsächlich dient und gegen wen sie sich richtet.

Einkommenserhöhungen für 1986 im Volumen der Metallabschlüsse eingerechnet, liegt die Kaufkraft der Löhne und Gehälter 1986 etwa auf dem Stand von 1982, dem Jahr des Regierungswechsels in Bonn, aber 4 Prozent unter dem Niveau von 1980. Die Kaufkraft der Kapitaleinkommen dagegen ist 1986 um 28 Prozent höher als 1982 und liegt um 30 Prozent über dem Niveau von 1980.

Während Nettogewinne und Abschreibungen von 1982 bis 1986 um 35 Prozent gewachsen sind, addiert sich der Sozialabbau, der mit den Sparoperationen 82 und 83 zum erheblichen Teil noch von der sozialliberalen

Regierung Schmidt eingeleitet wurde, inzwischen auf weit über 200 Milliarden DM, die den Arbeitslosen, Rentnern, Kranken und Sozialhilfeempfängern genommen wurden.

Mit der zweiten Stufe der Steuerreform, deren erste Stufe bereits die Bezieher hoher Einkommen stark begünstigte und alle Menschen mit niedrigem Einkommen mit lächerlichen Beträgen abspeiste, soll die schamlose Bedienung der Reichen auf Kosten der Armen fortgesetzt werden.

Der von Bundeskanzler Kohl und den Koalitionsparteien propagierte Aufschwung ist eingetreten und — wie nie anders beabsichtigt — ein Aufschwung des Kapitalprofits geblieben. Die offiziell registrierte Arbeitslosigkeit liegt trotz Aufschwung bei über 2 Millionen, die Arbeitslosigkeit unter Einschluß der sogenannten stillen Reserve bei 3,5 Millionen. Überproportional steigt die Zahl der Langzeitarbeitslosen. Überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen sind die Frauen.

Die Arbeitslosigkeit wäre noch weit höher, wenn die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer seit 1980 nicht um fast 400 000 zurückgegangen wäre, die

Ausländerverdrängungspolitik also insofern einen traurigen Erfolg verbuchen konnte.

Nachdem Kohls Versprechen der letzten Bundestagswahl, der Aufschwung würde Arbeitsplätze schaffen, durch die Wirklichkeit deutlich Lügen gestraft wurde, hat inzwischen der Regierungskurs konsequenter Beschäftigungspolitischer Verweigerung jeden Zweifel daran beseitigt, daß es dieser Regierung ernsthaft um den Abbau der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht geht.

Im Gegenteil: Als die IG Metall und die IG Druck & Papier für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit streikten, trat diese Regierung offen als Erfüllungsgehilfe der Unternehmerorganisationen auf den Plan. Inzwischen steht fest: Die eher geringfügige Verkürzung der Wochenarbeitszeit, die von den Gewerkschaften dennoch erkämpft werden konnte, war immerhin die wirksamste Beschäftigungsinitiative, die während der Amtszeit dieser Regierung verwirklicht wurde — und die Bonner Koalitionsregierung hat bis hin zum offenen Rechtsbruch nichts unversucht gelassen, um selbst diesen kleinen Schritt noch zu verhindern.

Zynisch hat die Regierung die Massenarbeitslosigkeit

als Vorwand genutzt, um mit dem sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetz, individuelle Schutzrechte der Arbeiter und Angestellten einzuschränken, befristete Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit, ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse auszudehnen.

Dem Angriff auf die individuellen Schutzrechte folgte mit der reaktionären Neufassung des § 116 AFG der Angriff auf die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit. Weitere Pläne für gewerkschaftsfeindliche Angriffe — enthalten etwa in dem Müller-Gutachten — liegen in Blüms Schreibtischschublade.

Infolge von Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger auf 2,6 Millionen gestiegen. Über 5 Millionen Menschen leben in der Bundesrepublik an oder unter der Armutsgrenze. Vor den Wahlen verkündet die Regierung jetzt, neue sozialpolitische Sparmaßnahmen seien nicht geplant. Geplant ist, falls es zu einem neuerlichen Wahlsieg der gegenwärtigen Regierungskoalition kommen sollte, weit mehr: der Übergang von einzelnen Sozialabbaumaßnahmen zum Frontalangriff auf den sogenannten Sozialstaat. Die sozialen Sicherungssysteme sollen auf Armenkassenniveau gestutzt werden, alles weitere soll dem Prinzip der Subsidiarität und für die, die es sich leisten können, der sogenannten persönlichen Risikoversorge überlassen bleiben.

Die Mitgliedschaft in der NATO, den engen Schluß mit den USA hat diese Regierung zu einer Frage der Staatsräson erklärt. Die Durchsetzung der Pershing-II-Stationierung gegen den offenkundig gewordenen Willen der Bevölkerung, die Unterstützung von SDI stehen ebenso dafür wie die Unterstützung weiterer Initiativen, die auf die Steigerung des Angriffspotentials der NATO berechnet sind. Mit ihrer Haltung zum US-Angriff auf Libyen, ihrem erklärten Verständnis für den mörderischen amerikanischen Bombenterror, hat die Regierung Kohl die BRD in eine militärpolitische Situation geführt, die die künftige direkte Verwicklung der BRD in einen ähnlichen Krieg wahrscheinlich erscheinen läßt.

Auch nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hält die Unionsregierung im vollen Umfang am Atomprogramm — Einstieg in die Plutoniumwirtschaft mit Kalkar und Wackersdorf inklusive — fest.

Die Verschärfung des Demonstrationsrechts, die Verabschiedung des Gesetzes über den maschinenlesbaren Personalausweis, die im Rahmen der aus wahltaktischen Gründen aufgeschobenen Unsicherheitsgesetze vorgesehene Einsatz der Geheimdienste für polizeiliche Aufgaben u. a. sind charakteristisch für eine Politik, die sich darauf vorbereitet, daß wesentliche Interessen der ausschlaggebenden Kapitalkreise gegen massiven gewerkschaftlichen und demokratischen Widerstand durchgesetzt werden müssen, also den nach innen aufgerüsteten Staat benötigt.

Im Zentrum der Politik der konservativ-liberalen Regierung stand und steht der Kampf gegen alles, was dem unternehmerischen Gewinninteresse, dem ökonomischen und politischen Vorherrschaftsstreben des westdeutschen Kapitals entgegensteht.

Die Ausgemachten Gegner dieser Regierung und ihrer Politik zur rigorosen Durchsetzung des Kapitalinteresses sind die Arbeiterklasse, die große Mehrheit der abhängig Beschäftigten und die Gewerkschaften, die Arbeitslosen und Rentner, die Sozialhilfeempfänger, die Frauen und Ausländer, alle, die für Frieden, Umweltschutz, demokratische Rechte und Freiheiten eintreten.

In der Arbeiterbewegung und in den anderen sozialen Bewegungen ist das Bestreben, diese Regierung zu beseitigen, stark. GIM und KPD bzw. die Vereinigte Organisation unterstützen den Kampf für die Beseitigung dieser Regierung und rufen unmißverständlich gegen die Wahl der Unionsparteien und der FDP auf.

Nach Lage der Dinge besteht realistisch zur derzeitigen Regierung nur die Alternative einer SPD-Alleinregierung oder einer durch Unterstützung der GRÜNEN (Tolerierung oder Koalition) ermöglichten SPD-geführten Regierung. Eine auch denkbare große Koalition wäre überhaupt keine inhaltliche Alternative zur jetzigen Regierung.

Wir verstehen, daß aus diesem Grund viele SPD wählen werden. Aber wir geben zu bedenken, daß die bisherige Opposition der SPD gegen die Wendepolitik kaum Anhaltspunkte dafür geboten hat, daß die SPD an der Regierung einen grundlegenden politischen Kurswechsel herbeiführen wird.

Bestehende Unterschiede — der SPD-Kandidat Rau hat die Rücknahme der gewerkschaftsfeindlichen Änderung des § 116 AFG versprochen — übersehen wir nicht. Aber Rau verspricht den Unternehmern zugleich ungestörte Geschäfte durch sozialfriedliche Eindämmung des Klassenkampfes. Wir aber wollen, daß die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften verstärkt für ihre Interessen kämpfen. Rau tritt dafür ein, am Bündnis mit den USA und der NATO festzuhalten und läßt sich nicht

auf die Aufkündigung des sogenannten NATO-Nachrüstungsbeschlusses festlegen. Wir aber wollen einseitige Abrüstung und NATO-Austritt.

Die ohnehin bescheidenen Versprechungen, die die SPD etwa in Sachen Arbeitslosigkeit oder Umweltschutz macht, erfolgen, ohne daß die SPD die Realität der krisenhaften kapitalistischen Entwicklung und des Klassenkampfes thematisiert. Damit umgeht die SPD die Anerkennung der Tatsache, daß wirkliche Verbesserungen für die Arbeiterklasse nur im Kampf gegen die Kapitalisten durchgesetzt werden können. Deshalb gibt es keinen Anlaß zu glauben, daß eine SPD-Regierung mit Rau als Kanzler dem Druck der Unternehmerorganisationen widerstehen und wesentliche Interessen der Arbeiterklasse verwirklichen wird.

Die GRÜNEN haben in vielen Fragen im Bundestag eine richtige Opposition geleistet und nützliche Initiativen eingebracht. Sie sind auch die einzige Partei, die keine Millionenspenden der Großunternehmen erhalten hat. Aber der Druck auf die GRÜNEN zur Anpassung an die durch die kapitalistische Wirtschaft und den bürgerlichen Staat gesetzten Rahmenbedingungen ist stark. Das Wahlprogramm der GRÜNEN fußt auf der Illusion, die bürgerliche Gesellschaft könne schrittweise umgebaut werden. Es bietet somit die Grundlage für den Anpassungsdruck und für die Orientierung auf eine Koalition mit der SPD. Die künftige Haltung der GRÜNEN läßt sich kaum verlässlich voraussagen.

Die GRÜNEN sind keine sozialistische Partei und keine Partei, die sich in besonderer Weise den Interessen der Arbeiterklasse verpflichtet fühlt. Uns kommt es aber auch im Rahmen unseres Eingreifens in die Bundestagswahlen wesentlich darauf an darzulegen, daß der konsequente Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse notwendig die Perspektive des Sozialismus mit einschließen muß.

Obwohl wir die politische Bedeutung der kommenden Bundestagswahlen hoch veranschlagen, warnen wir in zweierlei Hinsicht vor Illusionen in die „Macht des Stimmzettels“:

1. Ein Wahlausgang gegen die regierende Koalition wird nicht vom Himmel fallen. Es wird ihn nur geben, wenn die Arbeiterbewegung und die anderen sozialen Bewegungen die kämpferische Aktivität für ihre Anliegen steigern und nicht darauf vertrauen, daß sie ihre Bestrebungen nach einem günstigen Wahlausgang leichter zur Geltung bringen können.

2. Jede denkbare Alternative zur jetzigen konservativ-liberalen Regierung stellt keine Gewähr für die Verwirklichung von Arbeiterinteressen dar. Auch bei einem eher günstigen Wahlausgang wird jeder wirkliche Fortschritt vom Kampf der Arbeiterklasse und der anderen sozialen Bewegungen abhängen.

Die Politik von GIM und KPD bzw. der vereinigten Organisation zur Bundestagswahl hat darum die Niederlage der Wendeparteien zum Ziel, will aber insbesondere die klassenkämpferischen Kräfte stärken und nicht parlamentarisch beschränkte Betrachtungsweisen fördern.

Unsere politischen Schwerpunkte

- Für die Rücknahme der gewerkschaftsfeindlichen Änderung des § 116 AFG, für das Gesetzliche Verbot der Aussperrung!
- Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, gegen Arbeitszeitflexibilisierung und Ausdehnung der Teilzeitarbeit, für eine Neufassung der Arbeitszeitordnung unter Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Bestrebungen nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit, Überstundenabbau, Erhalt des Normalarbeitstages und des arbeitsfreien Wochenendes als Regel!
- Für die Rücknahme des Beschäftigungsförderungsgesetzes vom 1. Mai 1985, gegen die Ausdehnung befristeter und ungeschützter Arbeitsverhältnisse, für das Verbot der Leiharbeit!
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung und beschäftigungspolitische Maßnahmen vor allem im sozialen und Umweltbereich, Verbot von Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen, die die tarifvertraglichen Mindestbedingungen unterschreiten!
- Für die Rücknahme aller Gesetze zum Sozialabbau, gegen die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips, für Erhalt und Ausweitung der kollektiven sozialen Sicherungssysteme!
- Für den einseitigen und bedingungslosen Abzug der Pershing II und gegen die Stationierung von Cruise missiles, für die Aufkündigung der SDI-Vereinbarungen, gegen jede Beteiligung westdeutscher Unternehmen und staatlicherseits an SDI und Eureka, für den Austritt der BRD aus der NATO, für die drastische Kürzung des Rüstungshaushaltes, gegen den Revanchismus, für die uneingeschränkte Anerkennung der DDR!
- Gegen die Einschränkung demokratischer Rechte, gegen die sogenannten Sicherheitsgesetze, gegen die Volkszählung, für die ersatzlose Abschaffung der Berufsverbote, für die politische Mobilisierung gegen die

faschistischen Organisationen zur Durchsetzung von Verbot und Auflösung!

- Für die ersatzlose Streichung des § 218, für die bevorzugte Besetzung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen mit Frauen (bis zum Erreichen der 50-Prozent-Quote), gegen alle Maßnahmen, die darauf abzielen, die Frauen auf die Rolle als Mütter und Hausfrauen zu beschränken.
- Gegen die fortschreitende Zerstörung der Umwelt! Für die sofortige Abschaltung aller Kernkraftwerke, gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf!
- Gegen die reaktionäre Ausländer- und Asylpolitik, gleiche Rechte für Deutsche und Ausländer/-innen, Aufhebung aller Maßnahmen, die das Asylrecht faktisch einschränken, kommunales und allgemeines Wahlrecht und Niederlassungsrecht für Ausländer/-innen, eigenständiges Aufenthaltsrecht für Ausländerinnen!

Unser praktisches Eingreifen

Im Wahlkampf findet eine Auseinandersetzung um die Entwicklungsrichtung der Gesellschaft statt. GIM und KPD wollen durch ihr Eingreifen in den Wahlkampf erreichen, daß die Position des revolutionären Sozialismus in dieser Auseinandersetzung präsent ist, wenn dies auch nur in bescheidenem Umfang gelingen kann. Andererseits wollen wir das in Wahlkampfzeiten gestiegene politische Interesse auch nutzen, um konkrete Bestrebungen im Interesse der Arbeiterklasse praktisch voranzubringen. Auf diese Verbindung kommt es uns an.

1. Wir wollen dazu beitragen, daß die jetzige Regierungskoalition ihre Mehrheit im Bundestag verliert. Wir werden es nicht dabei belassen, aufzurufen, die CDU/CSU und die FDP nicht zu wählen, sondern eine inhaltliche Kampagne durchführen, die den reaktionären Charakter der Wendepolitik enthüllt. Das kann geschehen durch Flugblätter, Plakate etc., aber auch durch Veranstaltungen, die gemeinsam mit anderen Linkskräften durchgeführt werden können.

2. Wir wissen, daß der Wille zur Beseitigung dieser Regierung nicht allein und nicht hauptsächlich durch Aufklärung gestärkt werden kann, sondern daß es entscheidend darauf ankommt, daß der Kampf der Arbeiterklasse und der anderen fortschrittlichen Bewegungen gegen Kapital und Reaktion sich verstärkt. Wir wollen uns deshalb einsetzen für das Zustandekommen bzw. die Stärkung entsprechender Initiativen. Wir sehen folgende Ansatzpunkte:

- Im Kampf für Streikrecht und Gewerkschaftsfreiheit streben wir eine gemeinsame Initiative von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, sozialistischen und anderen demokratischen Kräften für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung an.

- Im Herbst gilt es, die Fortführung des Kampfes für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, die im kommenden Frühjahr in der Metallindustrie ansteht, vorzubereiten. Dabei haben wir nicht nur die innergewerkschaftlichen Aspekte im Auge. Wir halten es auch für wesentlich, daß die Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich offensiv in der politischen Diskussion vertreten wird. Darüber hinaus erscheint es politisch geboten, die Auseinandersetzung um diese Forderung zu verbinden mit der Frage der Neufassung der Arbeitszeitordnung. Auch hier scheint uns eine gemeinsame Initiative, die aktive Gewerkschafter und verschiedene Kräfte der politischen Linken umfaßt, möglich.

- Wir wollen einen Vorschlag aus der Mobilisierung gegen den § 116 AFG und aus der Friedensbewegung aufgreifen und in den Betrieben, den Gewerkschaften und gesellschaftlichen Massenbewegungen in Richtung eines „Marsches auf Bonn“ im unmittelbaren Vorfeld der Bundestagswahlen diskutieren.

- Wir werden uns dafür einsetzen, die beschlossenen Herbstaktionen der Friedensbewegung gegen die geplante Stationierung der Cruise missiles so stark wie möglich zu machen. Über das unmittelbare Anliegen, die Stationierung der Marschflugkörper zu verhindern, hinaus wird es ganz wesentlich von der Stärke dieser Mobilisierungen der Friedensbewegung abhängen, ob es gelingt, den sogenannten Nachrüstungsbeschluß der NATO, die Tatsache, daß er gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt wurde, schließlich die Haltung zur NATO insgesamt zum Thema des Wahlkampfes zu machen.

- Wir würden es begrüßen und unterstützen, wenn die um den Frankfurter Appell gruppierten Kräfte und andere sich zu einer konkreten Initiative in Sachen Wahlrecht und Niederlassungsrecht für Ausländer/-innen zusammenfinden würden.

3. Wir haben uns in den kommenden Bundestagswahlen mit Illusionen auseinanderzusetzen, eine Regierung Rau werde, besonders wenn sie sich auf die GRÜNEN stützen sollte, einen anderen Kurs einschlagen und die schlimmsten Angriffe verhindern. Durch ihre Orientierung auf eine Koalition mit der SPD schüren die

GRÜNEN diese Illusion.

Andererseits gibt es im Umfeld der SPD, der GRÜNEN, in den Gewerkschaften und den gesellschaftlichen Massenbewegungen zahlreiche Kräfte, die diese Gefahren ebenfalls sehen und nicht bereit sind, um machttaktischer Kalküle willen ihre Forderungen aufzugeben. An sie wollen wir uns in diesem Wahlkampf wenden. Mit ihnen suchen wir die Auseinandersetzung über die Orientierung und die Programme der Parteien, über die Möglichkeiten, die Regierung der Unternehmerparteien abzulösen und die Perspektiven einer unabhängigen, klassenkämpferischen Politik über den Wahltag hinaus.

In dem Bemühen, die autonome politische Handlungsfähigkeit der Kräfte links von der offiziellen SPD zu stärken, streben wir sozialistisch begründete Direktkandidaturen (Erststimme) an.

4. Wir unterstützen den im „Beilagenkreis“ diskutierten Vorschlag, im Herbst einen Kongreß durchzuführen, auf dem revolutionäre Sozialistinnen und Sozialisten wesentliche Fragen der Klassenkampfentwicklung und ihre teilweise unterschiedliche Beurteilung dieser Fragen diskutieren können.

5. In der Vereinigung von GIM und KPD sehen wir einen ersten kleinen, aber wichtigen Schritt zur Überwindung der Zersplitterung der revolutionären Linken. Bestandteil unserer Politik zur Bundestagswahl muß sein, die Vereinigte Organisation, vor allem ihren für die westdeutsche Linke neuen programmatischen Charakter, bekannt zu machen, was vor allem bedeutet, sozialistische Antworten auf die durch die krisenhafte kapitalistische Entwicklung hervorgerufenen Fragen zu propagieren.

VIII Anträge Bundestagswahl

53

Der Parteitag möge beschließen:

Die vereinigte Partei spricht sich bei den Bundestagswahlen auch gegen eine Wahl der SPD und der Grünen aus.

Ortsgruppe Karlsruhe von GIM und KPD

54

Vorbemerkung:

Die Diskussion in beiden Organisationen ist beiderseitig nicht zu dem Punkt gekommen, die Frage der Intervention zu den Bundestagswahlen umfassend geführt zu haben und zu einem Abschluß gebracht zu haben. Die letzte Konferenz der GIM hat darüber nicht einmal abgestimmt. Es wird hiermit daher ein Beitrag aus der GIM-Diskussion — mit großen Kürzungen und der aktuellen Lage angepaßt — zur Abstimmung in der vereinigten Organisation vorgelegt. Es war den Antragsteller(inne)n nicht möglich, ein ganz neues Papier zu schreiben, es mag daher beschwerlich sein, die gekürzte Fassung zu lesen, das tut uns leid.

Klassenbewußtsein und Politik — Zur Einschätzung der Grünen und Folgerungen für unsere Wahlpolitik

Wenn wir die Entwicklung in Europa in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren betrachten, so muß eine gewisse Tendenzänderung festgestellt werden. Blickten wir in den späten 60ern und frühen 70ern fasziniert auf die politische Entwicklung in Frankreich und Italien, in Portugal und Spanien, desillusioniert über die westdeutsche Arbeiterklasse, die unter den Regierungen Brandt und Schmidt gegen Krisenauswirkungen kaum Regungen zeigte und wurde dies als eine Art Süd-Nord-Gefälle theoretisiert, so ist heute die Lage anders. In Portugal und Spanien gelang die sozialdemokratisch gelenkte Eindämmung, in Frankreich ging die Kampfbereitschaft unter Mitterrand schlagartig zurück, in Italien gelang es der Bourgeoisie, wichtige Errungenschaften anzugreifen. Auf der anderen Seite hat sich in der braven BRD einiges entwickelt, das dieses Land in bestimmten Fragen eine Vorreiterrolle in Europa einnehmen läßt. Nicht nur, daß die westdeutsche Arbeiterklasse sich fähig zu Defensivkämpfen gegen die Krise gezeigt hat und gegenüber der Wenderegierung keinen tieferen Einbruch erlitt, daneben haben sich soziale und politische Bewegungen entwickelt, wie vor allem die Umwelt- (AKW-) und Friedensbewegung, aber auch zum Teil die Frauenbewegung, die ähnliche Bestrebungen in anderen Ländern Europas weit in den Schatten stellen.

Aus einer ungleichzeitigen Radikalisierung, wie das Vorpreschen der vor allem studentischen Jugend gegenüber dem Rest der Gesellschaft Ende der 60er Jahre

bezeichnet wurde, ist mehr und mehr eine kombinierte Radikalisierung verschiedener Sektoren und Schichten dieser Gesellschaft geworden. Dies ist eine Entwicklung, die wir nicht überschätzen wollen, der Bewußtseinsstand in diesen Bewegungen ist keineswegs so, daß dieses Gesellschaftssystem breit in Frage gestellt, geschweige denn begriffen würde. Aber es ist gegenüber den Zeiten, in denen eine ziemlich isolierte radikale Linke einer ausgesprochen dumpfen Mehrheit gegenüberstand (man denke an die Pogromstimmung, die z.B. Springer in Westberlin zu entfachen verstand) ein ungeheuer großer Schritt nach vorn.

Die revolutionären Marxist(inn)en haben immer betont, daß aus der ungleichzeitigen Radikalisierung eine kombinierte würde und haben erklärt, daß sich politisiertes Massenbewußtsein in Differenzierungen in den großen Arbeiterorganisationen niederschlagen müßte. Manche legten das Gewicht eher auf die SPD, manche eher auf die Gewerkschaften, die eine Parteiersatzrolle spielen würden, da die SPD kaum noch Ansatzpunkte böte. Jedoch ist diese Entwicklung bis heute noch nicht, bzw. nur in geringem Umfang, eingetreten. Der Prozeß läuft sowohl in der SPD als auch in den Gewerkschaften weiter ab und wird uns sicher mit wichtigen, für die revolutionären Marxist(inn)en entscheidenden Entwicklungen erst noch konfrontieren. Aus bestimmten historischen Gründen hat sich eine erste, breitere Radikalisierung auf Massenebene in der Entstehung einer neuen Partei ausgedrückt. Ausschlaggebend war dafür, daß die SPD als Regierungspartei (und mit ihr die Gewerkschaftsführung) uneingeschränkt wachstumsbejahend und NATO-treu waren und damit alles andere, als ein Anziehungspol für AKW- und Nachrüstungsgegner. Das erklärt auch, warum die Schichten, die sich der neuen Partei zuwandten — v.a. jüngere Leute mit höherer Bildung, Angestellte, Lehrer, Akademiker, Studenten — sich keineswegs spontan mit fliegenden Fahnen hinter den Gewerkschaften sammelten, als die in den Kampf um Arbeitszeitverkürzung gingen. Doch hat auch in diesem Punkt die kombinierte Entwicklung Folgen: Die Grünen erkennen mehr und mehr die Bedeutung der gewerkschaftlichen Gegenwehr und sind auch mehr und mehr zur Unterstützung bereit. Janßens Anwesenheit auf dem Parteitag der Grünen und die Unterstützung der Grünen im Kampf gegen die Veränderung des § 116 AFG waren Manifestationen dieser Entwicklung — umgekehrt werden in den Gewerkschaften und der SPD ökologische und vereinzelt NATO-kritische Positionen diskutiert. Natürlich hätte von den Grünen mehr kommen können, aber die Tendenz, sich von einer Partei für bestimmte Fragen zu einer umfassenden Oppositionspartei zu entwickeln, ist seit Jahren eindeutig.

Die Grünen orientieren einerseits darauf, eine parlamentarische Lösung der Probleme zu suchen, andererseits orientieren sie sehr wohl auf die Aktion. Das drückt sich z.B. bei der Verlegung des Parteitags nach Wackersdorf aus, das zeigt sich bei allen großen Demonstrationen. Sie wissen, daß die Stilllegung aller AKWs oder der Austritt aus der NATO allein durch Massenaktionen zu erreichen sind. Der Realoflügel unterscheidet sich vom Rest der Grünen nicht dadurch, daß er statt auf Aktionen auf Koalitionen orientiert, sondern dadurch, daß er sich auf einen Weg der kleinen Schritte, des „machbaren“ begeben hat, der jedoch ohne die außerparlamentarische — nun mit der Betonung auf „rechtsstaatliche“ — Aktion wenig mehr Aussichten auf Erfolg hat, wie eine Fundamentalopposition — das dürfte auch Otto Schily wissen. D.h. die Grünen auch in ihrer reformistischen Variante sind heute von Bewegungen und Massenaktionen abhängig und stützen sich auf diese. Es besteht eine Wechselwirkung. Die Grünen üben wegen ihrer nicht zuletzt finanziellen Möglichkeiten eine Katalysatorrolle aus, zum Teil ergreifen die Bewegungen die Grünen und treiben diese weiter. Dies ist auch Grund der offensichtlichen Strategielosigkeit dieser Partei.

Die Initiativen und Vorstöße, die von den Grünen in der vergangenen Legislaturperiode ausgegangen sind, waren teilweise vorbildlich und ließen insgesamt die SPD weit rechts liegen. In den Augen der Bevölkerung sind die Grünen auch dort angesiedelt. Ihnen wird auch mehr über den Weg getraut als anderen Parteien. Ob Grünen-Wähler oder Grünen-Gegner, ihnen wird abgenommen, daß sie gegen AKWs oder gegen die Nachrüstung sind. In jeder aktuellen politischen Frage wird der Unterschied zur SPD deutlich:

- keine Halbheiten zu Libyen, wie Rau und Vogel, sondern eine klare Verurteilung des US-Angriffs als Staatsterrorismus,
- keinen Einstieg in den AKW-Ausstieg in den 90ern, um Rappe bis Börner Hintertürchen offenzulassen, sondern: Abschalten jetzt sofort,
- kein Paktieren mit den Arbeiterbürokratien in den Arbeiterstaaten, sondern Solidarität mit Solidarnosc,
- kompromißlose Positionen zur Frauenfrage,
- kompromißlose Positionen zur Ausländerpolitik u.v.a. ...

Hunderttausende in der BRD und Westberlin verknüp-

fen mit den Grünen ihre Hoffnung auf Gesellschaftsveränderung. Diese Hunderttausende stellen, obwohl sie nur bestimmten Schichten der Arbeiterklasse angehören, den heute auf Massenbasis fortschrittlichsten Ausdruck des Klassenbewußtseins in der BRD dar. Auch ein großer Teil der Kolleginnen und Kollegen, die vorderster Linie in Betrieb und Gewerkschaft aktiv sind, wählen grün. Es sind die eher rückschrittlichen Sektoren der Arbeiterklasse, die nach wie vor auf die SPD setzen.

Den Grünen fehlt die organische Bindung an die Arbeiterklasse, wie sie die SPD über die Gewerkschaften und vor allem über die Gewerkschaftsbürokratie hat. Sie bekennen sich selbst nicht zur Arbeiterbewegung. Ihre Programmatik ist nicht marxistisch. Ihr Verhältnis zum bürgerlichen Staat ist nicht geklärt, ja die Auseinandersetzung darum wird hinausgeschoben, was integrativen Tendenzen Vorschub leistet. Erst die Realo-Fraktion hat ein klares Bekenntnis zum bürgerlichen Staat geleistet. Ihre soziale Basis (Wähler und Mitglieder) weist über die Arbeiterklasse hinaus. Insofern sind sie in der klassischen marxistischen Terminologie als (politisch) kleinbürgerliche Formation einzustufen. Sie sind weder zentristisch, noch reformistisch im klassischen Sinne. Sie sind damit auch ein treues Abbild der Bewegungen, aus denen sie entstanden sind.

Für Marxist(inn)en ist es dennoch kein Paradox, daß die Grünen gleichzeitig der fortgeschrittenste Ausdruck von Klassenbewußtsein auf Massenebene sind, einem Klassenbewußtsein, das zwar beginnt, im Staat, in der NATO, bei den Unternehmern das gegnerische Lager auszumachen (der „herrschende Block“), das jedoch noch keinen klaren Begriff seiner selbst hat. Erst der Fortgang der Entwicklung wird den Schwerpunkt eines differenzierten Klassenbewußtseins auf breitere Schichten der Arbeiterklasse (im weitesten Sinne) verlagern und damit wird auch eine starke Differenzierung in der SPD und den Gewerkschaften einhergehen. Heute drücken die Grünen noch die Differenz zwischen den Sektoren und Individuen aus, die in Bewegung geraten sind und denen, deren Erfahrung und Bewußtsein sich noch überwiegend sozialpartnerschaftlich und gesellschaftsbejahend begründet. Der Widerstand, den die Gewerkschaften den Unternehmerangriffen entgegensetzen, vermag am ehesten, sofern er erfolgreich bleibt, diese Lücke zu überbrücken und den Klassenkampf sozial ins rechte Lot zu rücken.

Für die revolutionären Marxist(inn)en sind die Grünen Ansprechpartner ersten Ranges. Ihnen gegenüber ist eine aktive Einheitspolitik zu entwickeln. Dies ist allgemein darin einzubetten, daß wir eine systematische Politik der Teilnahme an den Massenbewegungen verfolgen. In diesen Bewegungen vertreten wir, daß sie nur auf Äußerungen einer übergreifenden Krise zu antworten versuchen und plädieren für sozialistische Lösungen. Aber auch für uns gilt, daß solche Lösungen, die konkret werden müssen, nur innerhalb der Massenbewegungen erarbeitet werden können. Die Teilnahme an Massenaktionen — mit den Grünen — und umgekehrt, der Einbezug der Grünen in eigene Initiativen, sind die Voraussetzung dafür, in einen Dialog mit den Grünen treten zu können. Erst Dialog und gemeinsame Aktion führen zu einer Aufnahmebereitschaft, zur notwendigen Glaubwürdigkeit. Ein besonders Augenmerk verdienen selbstverständlich diejenigen Kräfte innerhalb der Grünen, die sich den Tendenzen zur Integration widersetzen.

Bei den bisherigen Ausführungen ist wenig auf die SPD eingegangen worden. Wenn die Grünen der fortgeschrittenste Ausdruck von Klassenbewußtsein auf Massenbasis heute sind, so ist die Unterstützung der SPD der rückschrittlichere Reflex der breiten arbeitenden Massen auf eine Partei, die ihre Interessen in der Vergangenheit verteten zu haben scheint, mit der der erreichte soziale Standard verknüpft wird und von der erwartet wird, daß sie in schlechten Zeiten den kleinen Mann und die kleine Frau weniger schröpft als die anderen Parteien. Die SPD ist heute eine besonders miserable Variante einer bürgerlichen Arbeiterpartei. Sie hat in ihren letzten Regierungsjahren nur wenig Raum für positive, d.h. auf Gesellschaftsveränderung abzielende Illusionen geboten. Sie war daher auch nicht in der Lage, den aufkeimenden Protest aufzufangen. Auch in der Opposition ist es ihr (noch) nicht gelungen, ein anderes Gesicht zu zeigen. Im Gegenteil, die Rau-Kandidatur setzt den Schmidt-Kurs nur heuchlerischer fort — mit einer gefühlsduseligen Träne der Versöhnung im Knopfloch. Dies wird zunehmend auch in der SPD so verstanden. Trotz einzelner Vorstöße in wichtigen Fragen (Lafontaine) bleibt jedoch noch alles unter Kontrolle. Wahlkampf heißt Disziplin, auf Regungen in der Partei muß wenigstens bis Januar '87 gewartet werden. Bis dahin wird man landauf, landab ein rigoroses Jein zur NATO, zur Atomkraft, zu X und Y vernehmen. Roths Wirtschaftsprogramm verprellt sogar die kreuzbraven Jusos. Gegenüber den Wendeparteien erscheint die SPD in den Augen der Massen immer mehr als das lediglich kleinere Übel. Übriggeblieben sind Hoffnungen, daß sie dem Wendekurs ein Ende setzt. Allerdings wurde Rau sehr

schnell zurückgepfiffen, als er versprach, den Sozialabbau rückgängig machen zu wollen — die Rücknahme der Änderung des § 116 kostet dagegen nichts und bleibt in ihrem Ausmaß auch noch fraglich. Viele Gewerkschaftsmitglieder und die meisten Funktionäre haben bei ihrer Unterstützung der SPD ein weiteres Motiv — sie befürchten zu Recht, daß von den Wendeparteien weitere Angriffe auf ihre Organisation zu erwarten sind. Außerdem existiert nach wie vor eine Schicht von SPD-Mitgliedern, die mit dem Kurs ihrer Partei unzufrieden sind, die kritisch sind, die die Partei aktiv tragen, weil sie in ihren politischen Vorstellungen eine strategische Rolle spielt: ohne die SPD keine Veränderung möglich.

Was wollen wir mit unserer Wahlpolitik erreichen? Da wir das Stadium einer Propagandagruppe wenigstens ansatzweise verlassen haben, sollte ein Kriterium das der Brauchbarkeit unserer Vorschläge für deren Adressaten sein. Die Eigenkandidatur (Landeslisten) einer Organisation, die keine Chance hat, Barrieren wie die 5-Prozent-Klausel zu überspringen, hat immer den Makel fehlender Brauchbarkeit. Es gibt sicher historische Konstellationen, in denen den revolutionären Marxist(inn)en nichts anderes übrigbleibt, insbesondere, wenn gleichzeitig die Ziele einer Wahlintervention sehr eng gesteckt sind (Propaganda des Programms für einen eingeschränkten Kreis, organisatorische Konsolidierung, Durchbrüche im Bekanntheitsgrad). Gewichtiger ist in der Regel das Ergreifen der Möglichkeit, eine beachtenswerte politische Rolle zu spielen, auch wenn dies mangels Masse in gewissem Umfang abstrakt bleibt.

Brauchbarkeit einer Wahlpolitik wird heute von unseren unmittelbaren Adressaten, den Kolleg(inn)en, die politisches Bewußtsein entwickeln, die Aktivist(inn)en in Gewerkschaften und Massenbewegungen an zwei Hauptkriterien gemessen: Abwahl der Wenderegierung und keine Rückkehr zur Schmidt-Politik. Das geht nur, wenn die Grünen wieder ins Parlament einziehen. Was von

ihnen ausgegangen ist, was von ihnen erwartet wird, wurde bereits ausgeführt.

Das bedeutet gleichzeitig, daß die Grünen zu großen (parlamentarischen) Illusionen Anlaß geben, daß immer wieder die Gefahr besteht, daß sie von Bewegungen weg aufs Parlament orientieren. Dennoch muß unsere Wahlpolitik davon ausgehen, daß für die Wahl der Grünen aufgerufen wird. Gleichzeitig müssen wir Gewicht darauf legen, daß die Massenbewegungen, daß die Gewerkschaften unabhängig vom Wahlausgang ihre Ziele und Forderungen weiterverfolgen, daß unsere Haltung in den heutigen und kommenden Mobilisierungen sein muß, daß diese — anlehnend an die Erfahrung mit der Schmidt-Regierung — ihre Selbständigkeit wahren müssen.

Die von uns erwarteten und erhofften Differenzierungen in SPD und Gewerkschaften würden durch eine Parlamentskonstellation, bei der eine SPD-Mehrheit nur mit den Stimmen der Grünen möglich ist, am ehesten befördert. Ein Herausfallen der Grünen würde diese Partei mittelfristig zerstören, und es ist fraglich, ob sich Zerfallsprodukte in unsere Richtung entwickeln würden. Ihre differenzierende Wirkung auf SPD und Gewerkschaften würde wegfallen. Aber auch eine absolute Mehrheit für die SPD würde zunächst hemmend auf interne Differenzierungen wirken, außerdem einbindend auf die Gewerkschaften und einschläfernd auf die Arbeiterklasse. Eine größere Chance des Auflebens der Diskussion um die rot-grüne Alternative wäre ein erneuter Wahlsieg der Wendeparteien — doch dies wäre dann teuer erkaufte. Kurzum, die besten Aussichten für Umschichtungen und Umgruppierungen bietet heute eine SPD-Regierung, die von den Grünen gestützt wird.

Glaubwürdige Wahlaufäufe haben praktische Folgen. Dies ist, zum Zeitpunkt der Konferenz, nur noch sehr beschränkt realisierbar. Für beide — und die vereinigte — Organisationen wäre es richtig gewesen, frühzeitig eine

Initiative zu ergreifen, die im Groben folgende Punkte umfaßt hätte:

- Abwahl der Wenderegierung
- Kein Zurück zur Schmidt-Politik
- Daher eine möglichst starke Grüne Fraktion
- Keine Illusionen in den parlamentarischen Weg
- Nur die Massenaktion kann Forderungen durchsetzen
- Von einer Mehrheit aus SPD und Grünen wird erwartet: (über die einzelnen Punkte, die in den Vordergrund zu stellen sind, herrscht weitgehend Einverständnis, so daß eine Aufzählung hier nicht nötig erscheint).

Eine derartige Initiative, die sich durchaus kritisch zu den Grünen hätte verhalten können, hätte ein relativ breites Echo finden können. Ein Indiz dafür ist z.B. der Vorschlag der DS zu den „Januarkomitees“, der sich nicht viel davon unterscheidet. Unzureichend an der DS-Initiative ist allerdings der unklare Wahlauf Ruf (obwohl auch die DS zur Wahl der Grünen aufrufen dürften) und die Ausrichtung auf nur lokale Komitees. Es wäre eine bundesweite Initiative mit gewisser Ausstrahlung möglich gewesen. Ein weiteres Indiz ist auch der absehbare Verzicht der Friedensliste auf eine eigene Kandidatur zugunsten eines Wahlauf Rufs für die Grünen.

Für eine bundesweite Initiative auf breiter Basis ist es jetzt wohl zu spät.

Es wird daher beantragt:

1. Die vereinigte Organisation führt zu den Bundestagswahlen '87 eine **Kampagne** durch wie im vorletzten Absatz umrissen.
2. Die vereinigte Organisation ruft zur Wahl der Grünen auf.
3. Die vereinigte Organisation beteiligt sich an möglichen lokalen Initiativen, wie von den DS vorgeschlagen, mit der hier genannten Position.

GIM-OG, Nürnberg

Aufgabenpapier

der vereinigten Organisation von GIM und KPD

I. Vorbemerkung

Die folgenden Überlegungen können naturgemäß nur einen sehr groben Umriss der unmittelbar praktischen Aufgaben darstellen, die nach der Vereinigung von GIM und KPD für die dann gemeinsame Partei anstehen.

Ein Problem bei diesen Überlegungen ist zweifellos, daß die im Januar 1987 stattfindenden Bundestagswahlen mit ihrem Ausgang die verschiedenen Politikfelder beeinflussen und die Entwicklung der politischen Landschaft insgesamt prägen werden. Es soll aber nicht um Spekulationen über Ergebnisse und daraus sich ergebende Verschiebungen gehen, sondern um die praktisch-politischen Aufgaben, die sich direkt nach der Vereinigung bis ins nächste Jahr hinein stellen.

Es geht damit auch um eine Bestandsaufnahme der praktisch-politischen Bereiche, in denen die bisher getrennt arbeitenden Organisationen tätig waren, die zugleich zeigen wird, daß die vereinigte Partei nicht nur das Fundament einer programmatischen Gemeinsamkeit geschaffen hat, sondern auch sehr schnell zu gemeinsamem politischen Handeln in verschiedenen Politikfeldern kommen kann.

Das bestimmende politische Thema zum Zeitpunkt der Vereinigung von GIM und KPD und direkt danach wird die Bundestagswahl 1987 sein. Die politische Haltung der vereinigten Partei und der Rahmen des praktischen Eingreifens in diese Wahlen werden in einem gesonderten **Papier zu den Bundestagswahlen** behandelt. Es ist klar, daß die dort angestellten Überlegungen den Umfang und die Bedingungen der Arbeit in den einzelnen Politikfeldern mitprägen werden.

II. Die Vereinigung umsetzen

Die Vereinigung von GIM und KPD stellt für die innerparteiliche Entwicklung erhöhte Anforderungen. Trotz der programmatischen Einheit und der verstärkten praktischen Zusammenarbeit der letzten Monate sollen hier zwei bisher getrennt arbeitende Organisationen zusammenwachsen, die jeweils eigene Erfahrungen und „Traditionen“ mitbringen. Das beginnt bei dem Zusammenlegen der Ortsgruppen, der Schaffung der gemeinsamen Leitungen auf allen Ebenen und geht einfach darum, daß die Mitglieder sich kennenlernen und gemeinsame Formen der politischen Diskussion gefunden werden müssen.

Eine wichtige Voraussetzung ist die umgehende Bildung von Abteilungen in den verschiedenen Politikfeldern und die Einrichtung von Arbeitsgruppen für wichtige politische Fragen. Ein Mittel zur Diskussion und

Erarbeitung politischer Positionen wird die Durchführung von Konferenzen (z. B. zur Frauenpolitik und zur Vorbereitung der Betriebsratswahlen) sein.

Das ZK wird sich bald nach der Vereinigung mit Fragen wie Schulung u. ä. befassen müssen.

Wichtige Fragen, zu denen sich heute schon organisierte politische Diskussion als erforderlich weist, um im politischen Handeln der vereinigten Partei schnell eine positive Entwicklung zu ermöglichen, sind:

- kurzfristig die Haltung zur Forderung nach dem Verbot faschistischer Organisationen zu diskutieren, da die bisherige Haltung der beiden Organisationen so unterschiedlich sind, daß eine gemeinsame Politik in diesem Bereich schwierig ist,
- neben festzustellenden Gemeinsamkeiten im Bereich der Friedensarbeit und der antiimperialistischen Politik stellt sich hier die Notwendigkeit, umgehend die weitere Perspektive der Arbeit in diesem Bereich zu diskutieren und zu entwickeln,
- im Bereich der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit ist die bereits begonnene Diskussion um Formen des Zusammenschlusses und die Einwirkungsmöglichkeit klassenkämpferischer Gewerkschaftspolitik weiterzuführen,
- für einen längeren Zeitraum wird die Diskussion um die Haltung zu den Verhältnissen in den Ländern des Warschauer Vertrags und zur internationalen Rolle der SU organisiert werden müssen,
- Gleiches stellt sich für die Diskussion um die Haltung zur IV. Internationale.

III. Die Politikfelder

1. Die betriebliche und gewerkschaftliche Tätigkeit

Hier stellen sich konkret folgende Aufgaben:

a. 35-Stunden-Woche

Der Fortgang des Kampfes um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wird bereits ein Teil der Wahlkampfauseinandersetzung Ende '86 sein müssen (wie es ja auch von Teilen der Gewerkschaftsbewegung in der IG Metall gefordert wird), wenn die Sache erfolgreich weitergeführt werden soll. Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist das offensivste Mittel zur Mobilisierung gegen die Massenarbeitslosigkeit.

b. Betriebsratswahlen

Diese stehen im Frühjahr 1987 an. Die vereinigte Organisation wird diese frühzeitig vorbereiten müssen, damit sie entsprechend den unterschiedlichen betrieblichen Bedingungen zur Stärkung der klassenkämpferischen Kräfte in den Betrieben genutzt werden, fort-

schrittliche ausländische Kolleginnen und Kollegen stärker dort vertreten sind und wir uns offensiv für die Vergrößerung des Anteils von Frauen in den Betriebsräten einsetzen.

Im Bereich der IG Metall fallen außerdem in diesen Zeitraum auch die Organisationswahlen (Vertreterversammlung usw.)

c. Einschränkung gewerkschaftlicher Rechte

Die politische Herausforderung ist natürlich zum einen weiter der § 116, bzw. die Diskussion um die praktischen Folgen, zum anderen geht es weiter darum, wie der Kampf für das Verbot der Aussperrung intensiviert werden kann. Weitere Fragen werden wohl auch die Änderungsabsichten am Betriebsverfassungsgesetz sein (Sprecherausschüsse, Minderheitenschutz), wenngleich aus dem Lager der Unternehmer maßgebliche Kräfte diese Änderungen auch nicht wollen. Aber es liegen nach wie vor die Überlegungen aus dem Müller-Gutachten auf dem Tisch, wo es um solche Dinge wie Verbot von Sympathie- und Warnstreiks, Legalisierung der Angriffsaussperrung usw. geht.

d. Arbeitszeitordnung

Die Aufzählung kann nicht den Anspruch der Vollständigkeit erheben. Berücksichtigt man aber, was gerade auch im Rahmen der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche und Kampf gegen Arbeitslosigkeit eine erhebliche Rolle spielt: Flexibilisierung, Ausdehnung Schichtarbeit usw., dann wird es vermutlich sinnvoll sein, Aktivitäten zur Änderung der Arbeitszeitordnung zu entfalten. Dabei geht es einmal um die Abwehr der Vorstöße von Unternehmern und aus der CDU/FDP, zum anderen um die Unterstützung fortschrittlicher Bestrebungen der AZO (Einschränkung Überstunden u. ä.)

e. Arbeitsgemeinschaft für

autonome Gewerkschaftspolitik (Arbeitstitel)

Diese Aufgabe stellt sich natürlich nicht unabhängig von den oben genannten Ansatzpunkten des politischen Eingreifens, sondern wird im Gegenteil mit diesen Fragen verknüpft werden müssen. Aber die Probleme bei der Einwirkungsmöglichkeit einer klassenkämpferischen Gewerkschaftspolitik erfordern die besondere Anstrengung zur Zusammenfassung von aktiven Kolleginnen und Kollegen, die für eine nicht an Sozialpartnerschaft orientierten Gewerkschaftspolitik eintreten.

2. Friedenspolitik

Beide Organisationen haben sich in der Vergangenheit um eine Arbeit im Rahmen des BUF (Bündnis unabhängiger Friedensgruppen) bemüht und dies sollte neben den verschiedenen örtlichen Anstrengungen ein wesentlicher Rahmen der Tätigkeit im nächsten Jahr sein. Zwar ist noch zu wenig klar, wie der Rahmen für die friedenspolitischen Aktivitäten im Verlauf des nächsten

Jahres aussehen wird, wir unterstützen aber die Bestrebungen, die sich um eine Belebung der Bewegung für den vollständigen Abzug der Mittelstreckenraketen bemühen, die Herbstaktionen gegen die Stationierung von Cruise Missiles und für eine Großaktion im Januar '87. Dabei treten wir ein für Forderungen nach einseitigen Abrüstungsschritten und für den Austritt der BRD aus der NATO und wollen dies auch in die Wahlauseinandersetzung hineintragen. Wir unterstützen die Aktivitäten gegen SDI und für die Senkung des Rüstungshaushaltes.

Wir sind gegen Versuche, die Friedensbewegung auf Verhandlungen der Großmächte zu orientieren. Das bedeutet nicht, daß wir nicht positive Vorschläge, die dort gemacht werden (wie etwa bei den Mittelstreckenraketen) in die Offensive für echte Abrüstungsschritte der Bundesregierung mit aufnehmen.

Ein wichtiger Gesichtspunkt unserer Arbeit in der Friedensbewegung ist, daß diese die Fähigkeit entwickelt, gegen konkrete militärische Aggression, wie jüngst gegen Libyen zu mobilisieren und hier massiven Druck gegen die Politik der Bundesregierung zu entfalten.

3. Frauenpolitik

Hier hat es bereits eine Reihe gemeinsamer Diskussionen und Aktivitäten wie z. B. anlässlich 8. März und Muttertagsaktion gegeben. Sicherlich müssen die Perspektiven dieser Arbeit genauer diskutiert werden, wozu eine Konferenz bald nach der Vereinigung dienen soll, aber es zeichnen sich doch folgende Aufgabenstellungen ab:

- die Mobilisierung gegen die konservative Frauenpolitik, die mit Maßnahmen wie z. B. dem „Beschäftigungsförderungsgesetz“ mit massiven Angriffen auf die Rechte der Frauen aufwartet, zugleich versucht mit ihren Anschauungen Einfluß zu gewinnen. Sie präsentiert sich als Politik der „neuen Mütterlichkeit“. Aber auch in den letzten Jahren zunehmend durch flexible Varianten, wie sie von Geißler und Rita Süßmuth repräsentiert werden und die scheinbar Forderungen aus der Frauenbewegung in ihrer Politik zu berücksichtigen versucht.
- die Diskussion der Möglichkeiten, die sich aus den heute erhobenen Forderungen nach Antidiskriminierungsgesetz, der Quotierung für Frauen im Arbeitsleben, nach Frauenförderplänen und Gleichstellungsstellen für konkrete Schritte für die soziale und politische Gleichstellung der Frauen ergeben
- die weitere Diskussion über das Verhältnis von Marxismus und Feminismus, die zum einen die Beschäftigung mit den theoretischen Auffassungen in der Frauenbewegung und mit der vorhandenen Kritik am Marxismus in diesem Zusammenhang ist
- die Diskussion um die Strukturen der Frauenbewegung und unser Bemühen zur Stärkung der autonomen Frauenbewegung und der Ausdehnung der frauenpolitischen Positionen in der Gewerkschaftsbewegung.

4. Anti-AKW-Politik

Der Reaktorunfall in Tschernobyl/UdSSR hat Millionen Menschen erneut den menschen- und naturverachtenden Charakter der sogenannten friedlichen Nutzung der Atomenergie vor Augen geführt. Luft, Boden und Wasser in großen Teilen Europas wurden verseucht; Hunderttausende Menschen werden gesundheitliche Schäden davontragen. Dieser Unfall hat auch das enge Bündnis unterstrichen, das die Betreiber der atomaren Anlagen in Ost und West eingegangen sind: hinter dem Schwall von Beschwichtigungen und Desinformationen sollen die neuen Programme mit nochmals höheren Anteilen von Atomstrom, aber auch Projekte wie Urananreicherung, Plutoniumfabrik etc. durchgezogen werden. Dieselbe Reaktion erfolgte nach dem Fast-GAU in Harrisburg; ein ähnlicher schwerer Unfall im Mai 1984 in Frankreich (bei Lyon) wurde der Öffentlichkeit sogar völlig verschwiegen. Atomstrom ist — im Osten und Westen — weder sicher noch notwendig. Er findet allein aus zwei Gründen Anwendung: zum ersten, weil milliardenschwere Interessen der Großkonzerne betroffen sind. Zum anderen, weil ein enger Zusammenhang zwischen der „friedlichen“ und der militärischen Nutzung der Atomenergie besteht, die BRD z. B. mit WAA und dem Schnellen Brüter de facto in den Besitz von Atomwaffen gelangen kann.

Wir arbeiten im Rahmen unserer Kräfte in der Bewegung gegen atomare Anlagen mit. Wir treten für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie — die Abschaltung der AKWs — und einen allmählichen Umstieg von Kraftwerken ein, die mit optimalen Umweltschutzmaßnahmen mit fossilen (endlichen) Brennstoffen betrieben werden, auf solche, deren Grundlage nicht endliche Energieformen sind (Wind-, Sonnen-, Gezeitenenergie, Erdwärme). Wir unterstützen die geplanten Aktionen gegen Atomanlagen, insbesondere solche gegen die WAA in Wackersdorf und den Plutoniumbrüter in Kalkar. Wir unterstützen gewerkschaftliche Initiativen gegen atomare Anlagen (z. B. Arbeitskreis Leben). Wir unterstützen die Forderung nach einem Volksentscheid

über die Anwendung atomarer Energie und fordern diejenigen Parteien und Strömungen in Parteien, die für einen Ausstieg aus dieser Atomenergie plädieren, dazu auf, auf allen politischen Ebenen (Kommune, Länder, im Bund) entsprechend initiativ zu werden.

5. Gegen Ausländerfeindlichkeit

Dies hat sich in den letzten Jahren zu einem wichtigen Feld des Kampfes gegen reaktionäre Bestrebungen entwickelt. Die vereinigten Organisationen haben hier eine Reihe von Erfahrungen und auch gemeinsame Praxis.

Aktuell bleibt der Kampf für das kommunale Wahlrecht, bzw. das Wahlrecht für Ausländer, die Zurückweisung der von Regierungseite immer wiederholte Behauptung, bei der BRD handle es sich nicht um ein Einwanderungsland. Dies sind konkrete Schritte, der Ausländerfeindlichkeit entgegenzutreten. Dazu gehört auch unsere Unterstützung eines Niederlassungsrechts für die Immigrantinnen und Immigranten und wir müssen in diesem Zusammenhang in der vereinigten Partei diskutieren, wieweit die Forderung nach doppelter Staatsbürgerschaft ein Weg ist, um die Gleichstellung von Immigranten/innen und Deutschen zu verwirklichen.

Wir treten ein für eine Arbeit im Rahmen des Frankfurter Appells als positivem Ansatz im Kampf für die Gleichstellung. Ebenso sehen wir in der Unterstützung der „ran“-Kampagne einen nützlichen Ansatz, für ein politisches Vorankommen in dieser Frage und unterstützen Forderungen, wie sie jüngst auf der IGM-Ausländerkonferenz erhoben wurden, die eine Stärkung der Rechte der ausländischen Kollegen/innen z. B. über Quotierung erreichen wollen.

Darüber hinaus wird der Kampf gegen die Angriffe auf das Asylrecht zu einem immer wichtigeren Thema. Hier sehen die reaktionären Kräfte offensichtlich eine Chance, Stimmung für ihre Angriffe auf ausländische Mitbürger/innen zu machen, ohne mit größerem Widerstand rechnen zu müssen.

6. Kampf dem Neonazismus

Für demokratische Rechte und Freiheiten

Am aktuellsten ist hier die sich verbreitende Bewegung nach dem Verbot der FAP. Diese wird von der vereinigten Partei unterstützt. Im Kampf gegen die neonazistischen Organisationen setzt die vereinigte Partei sich dafür ein, daß die bestehenden Anti-Nazi-Gesetze, an die sich der bürgerliche Staat nur hält, wenn er dazu gezwungen ist, politisch eingeklagt werden.

In der vereinigten Partei muß über die Unterstützung der FAP-Verbot-Kampagne umgehend die Diskussion geführt werden, welche Bedeutung die Verbotsforderung grundsätzlich hat, da dies von den beiden Organisationen in der Vergangenheit unterschiedlich gesehen und behandelt wurde (also die Frage, ob die vereinigte Partei selber für Verbot faschistischer Organisationen initiativ wird). Dies ist für das praktische Eingreifen in dieser Bewegung sehr wichtig, wobei klar ist, daß die Befürworter solcher Initiativen dies nicht als Appell an den Staat, sondern zur Mobilisierung breiterer Aktivitäten gegen faschistische Bestrebungen verstehen.

Geklärt werden muß auch die Bündnispolitik der vereinigten Partei in diesem Bereich, da dies von den beiden Organisationen in der Vergangenheit unterschiedlich behandelt wurde.

Neben dem Kampf gegen die Neonazis stehen im nächsten Jahr die Auseinandersetzungen um die „Sicherheitsgesetze“ und die Volkszählung an, und es ist durchaus denkbar, daß die Auseinandersetzung um die Volkszählung bereits im Bundestagswahlkampf eine erhebliche Rolle spielen könnte.

7. Internationalismus

Hier geht es vor allem um die praktische internationale Solidarität, die für eine revolutionäre Partei ein wichtiger Teil ihrer Arbeit ist. Konkret wird dies auch weiter gegenüber Nicaragua und gegen alle Angriffe auf die Bestrebungen dort gelten müssen.

Daneben ist Südafrika und die Befreiungsbestrebungen dort ein wichtiger Brennpunkt und zunehmend die Angriffe und die imperialistische Hetze gegen Libyen. Neben einer möglichen Zuspitzung in diesen Ländern ist es möglich, daß andere Brennpunkte entstehen, die uns zu aktiver internationalistischer Solidarität herausfordern.

IV. Zeitung/Publikationen

Die vereinigte Organisation wird eine im 14tägigen Rhythmus erscheinende Zeitung herausgeben. Diese ist das zentrale politische Organ, das gleichermaßen der Vermittlung der politischen Linie, der Unterstützung von Aktionen und der Diskussion innerhalb von Gewerkschaften und linker Bewegung dienen soll. Die Zeitung erscheint unter Kontrolle der Leitungsorgane der vereinigten Organisation unabhängig davon, ob aus Gründen der Arbeitsteilung eine gesonderte Redaktion gebildet wird.

In der KPD wurde in den letzten Monaten eine Diskussion darüber geführt, inwieweit eine andere Form von Zeitung(en) sinnvoll ist — monatliches Magazin plus Massenzeitung —. Diese Diskussion wird in der vereinigten Organisation fortgeführt werden.

Die vereinigte Organisation strebt die Herausgabe aktueller politischer Broschüren zu wichtigen politischen Themenstellungen an.

V. Die Organisation des revolutionären Sozialismus stärken

Die Vereinigung von GIM und KPD ist nach Jahren der Zersetzung und Stagnation vieler revolutionärer Organisationen ein positiver Schritt im Aufbau einer zwar kleinen, aber ernstzunehmenden politischen, sozialistischen Organisation. Dies ist für uns nicht der Endpunkt — sondern ein wichtiger Ausgangspunkt für weitere Bemühungen um die Einheit der revolutionären Sozialisten. Wir werden z. B. die Diskussion umgehend führen, wie der „Beilagenkreis“ von der gemeinsamen Organisation bewertet und die Mitarbeit dort gestaltet wird, um mit den dort teilnehmenden politischen Kräften weiter positiv um die Überwindung der Zersplitterung zu diskutieren. Gleiches gilt auch für Kräfte außerhalb dieses Kreises, wie etwa die Diskussion mit der DS.

Doch wir werden dort wie auch gegenüber sonst fortschrittlichen Kräften für unsere Vereinigung als einem wichtigen Schritt werben, den es sich lohnt, zu unterstützen. Dies sehen wir nicht im Gegensatz zu Diskussionen und Differenzierungen z. B. in den Gewerkschaften, in der Sozialdemokratie oder bei den Grünen, wo wir uns nach Kräften bemühen werden, positiv einzugreifen und die Diskussion in Richtung der Stärkung des revolutionären Marxismus zu fördern. Wir sehen aber in der Existenz einer selbständigen Partei des revolutionären Sozialismus und in deren Entfaltung einer konkreten Politik eine wichtige Voraussetzung, damit hier ernsthafte Erfolge erzielt werden.

IX. Anträge Aufgabenpapier

55

Folgende Resolution soll verabschiedet werden:

Die vereinigte Organisation von GIM und KPD betrachtet die Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg als eine befreundete Organisation und solidarisiert sich mit ihren Zielen, wie sie in der Satzung formuliert sind.

Die Arbeit dieser Organisation ist ein (wichtiger) Beitrag zur Schaffung eines wirkungsvollen Bündnisses gegen reaktionäre und antidemokratische Maßnahmen des Staates, gegen ausländerfeindliche, rassistische und nationalistische Bestrebungen, gegen die Formierung faschistischer Kreise und gegen die imperialistische Kriegsgefahr.

Der Parteitag billigt, daß Mitglieder unserer Organisation aktiv in der Volksfront mitarbeiten und sich für deren Ziele einsetzen.

Begründung: 1. Die Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg wurde unter maßgeblicher Beteiligung eines Teils der jetzt vereinigten Organisation geschaffen und aufgebaut. Positive wie negative Erfahrungen aus dieser Arbeit sind Bestandteil der neuen Organisation. Dies erfordert eine klare Aussage zum Thema Volksfront.

2. Unterschiedliche Beurteilungen des Volksfrontkonzeptes, der Geschichte der Organisation Volksfront, ihres Charakters und ihrer aktuellen Politik sollten in der neuen Organisation tolerant diskutiert werden. Unbesehen dessen, sollte die gemeinsame Organisation ein freundschaftliches, wenn auch nicht unkritisches Verhältnis zur Volksfront entwickeln. Heute stehen aber nicht mehr Nichtexistenz oder Existenz der Volksfront zur Debatte, sondern ihre politische Tätigkeit.

3. Auch heute arbeiten noch zahlreiche Genossinnen und Genossen der gemeinsamen Organisation sowie Ausgetretene und Sympathisanten der ehemaligen KPD in der Volksfront aktiv mit. Ihnen gegenüber wäre es unredlich, im Zuge der Auflösung der KPD ihre Arbeit als beliebig zu betrachten oder gar ihren Beitrag als lästiges Überbleibsel abzuqualifizieren.

4. Auch unter den Bedingungen abnehmender Unterstützung der KPD und gleichbleibender Unterstützung des BWK und anderer hat sich die Volksfront in den letzten Jahren stabilisiert. An einigen Orten wurden neue Gruppen gegründet und in den laufenden Aktivitäten wurden neue Mitglieder gewonnen. Besonders im antifaschistischen Spektrum ist die Volksfront heute eine anerkannte Kraft mit oft bündnisschaffendem Effekt. Die gemeinsame Organisation sollte sich dieser Tatsache stellen.

5. Die Annahme der Resolution kann nicht als Ersatz dafür betrachtet werden, daß die neu geschaffene Organisation zu den entsprechenden Sachthemen eine eigenständige Politik entwickelt und eigene taktische Überlegungen anstellt.

Bernhard, Tübingen

Auf einer Werftenkonferenz im August haben linke Gewerkschafter von verschiedenen Standorten das auf dieser Seite veröffentlichte Manifest verabschiedet. Mit seiner massiven Verbreitung in den Werften und Seehäfen wurde in dieser Woche begonnen.

In Hamburg fand am Mittwoch dieser Woche eine Vertreterversammlung der IG Metall statt. Aus diesem Anlaß verteilten Gewerkschafter, die dem Werftenmanifest nahestehen, ein Flugblatt, in dem verschiedene Maßnahmen zur Verstärkung und Verbesserung des Kampfes für den Erhalt der Arbeitsplätze in der Werftindustrie gefordert wurden. Am Freitag, den 19. September, treffen sich die Länderchefs der Küstenregion, um über die Lage in der Werftindustrie zu beraten. Nachdem den Ministerpräsidenten bislang kaum nennenswerte Alternativen zu den Forderungen der Reeder und Werftkapitalisten eingefallen sind, ist es durchaus möglich, daß Delegationen aus verschiedenen Belegschaften es sich diesmal nicht nehmen lassen werden, die Forderungen der Belegschaften beim „Küstengipfel“ deutlich zu machen.

Werftenmanifest

1983 sollten die Vernichtung von 9000 Arbeitsplätzen, die Einstellung des Handelsschiffbaus auf der HDW-Hamburg und die Stilllegung der AG Weser die Krise des bundesdeutschen Schiffbaus lösen. Bis heute wurden weit mehr als 10000 Arbeitsplätze vernichtet. Die Arbeitsbedingungen wurden erheblich verschlechtert: Leistungssteigerungen von über 30 Prozent, Akkordkürzungen, Abbau aller Sozialleistungen, Überstundenknüppel verbunden mit Kurzarbeit, Leiharbeiter- und Fremdfirmenwesen, steigende Gefahren für Gesundheit und Leben kennzeichnen den Alltag auf den Werften. Dies alles hat die Krise des bundesdeutschen Schiffbaus nicht beseitigt; die Krisenlasten wurden allein auf die Beschäftigten der Werften abgewälzt.

Seit 1970 hat sich die Zahl der in der Seeschifffahrt Beschäftigten von 55000 auf 20000 reduziert. Die Hälfte der Schiffe deutscher Reederei fahren unter Billigflagge. Hapag-Lloyd, VTG und Sloman Neptun beabsichtigen in großem Stil Kündigungen und Ausflagungen ihrer Schiffe. Diese Tendenz kann unter dem gigantischen Konkurrenz- und Vernichtungsdruck von etwa 40 Prozent Überkapazitäten in der Containerschifffahrt dazu führen, daß die deutsche Flotte gänzlich sterben wird.

Die norddeutschen Häfen haben in den letzten Jahren einen bedeutenden Verlust ihrer Anteile am Umschlagsaufkommen zu verzeichnen. (Genaue Zahlen fehlen.) Die Belegschaften der Hafenbetriebe sind in den letzten Jahren im wesentlichen durch Rationalisierung, teilweise auch durch Entlassungen erheblich reduziert worden. Die europäische Hafenkonkurrenz und die Konzentration in der Schifffahrt drohen selbst für die großen Häfen Bremen, Bremerhaven und Hamburg zu einem Verlust der zentralen Anlaufhäfen und damit zu massiver Arbeitsplatzvernichtung zu werden.

Diese drei Wirtschaftsbereiche sind historisch in den norddeutschen Küstenstädten zusammengewachsen, haben ihre nach 100000 zählenden Beschäftigtenzahlen nach dem Krieg erreicht und haben dazu geführt, daß sich in größerem Maße Zuliefererbetriebe und andere export- und importorientierte Industrien angesiedelt haben. Mit dem Schrumpfen der Kernbereiche der Küstenregion gehen für jeden Arbeitsplatz in diesen Bereichen ein bis zwei weitere Arbeitsplätze mehr in den Küstenstädten verloren.

Der Tiefpunkt der Krise ist noch nicht absehbar

Weder ist der Abbau der internationalen Wettbewerbsbeziehungen gelungen, noch hat es einen gleichmäßigen Abbau der weltweiten Überkapazitäten gegeben. Wesentliche Umstrukturierungen innerhalb der Produktionspalette und die Aufnahme neuer Produktionen haben nicht stattgefunden. Lediglich im Kriegsschiffbau soll es

Millionen Investitionen geben. Aber besonders der Rüstungsexport ist nur mit Milliardensubventionen aufrechtzuerhalten. Die Schifffahrt lebt in der Dauerkrise. Insgesamt haben die Reeder und Werftbesitzer bis heute über 20 Milliarden an Subventionen erhalten, um gegen die internationale Konkurrenz gewinnorientiert wirtschaften zu können. Zehntausende von Arbeitsplätzen wurden dennoch vernichtet und sich weiterhin bedroht. Schifffahrt und Schiffbau sind als gewinnorientierte Branchen im internationalen Wettbewerb ohne Milliardensubventionen nicht mehr aufrechtzuerhalten. Aber diese Milliarden dienen — wie die Erfahrung schmerzhaft gelehrt hat — nicht dem Erhalt, sondern dem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen.

Jetzt fordert der VDS — unterstützt vom Gutachten, das im Auftrag der Regierungen der vier Küstenländer angefertigt worden ist — den weiteren Abbau von 7000 bis 10000 Arbeitsplätzen. Mindestens 30 Prozent der Schiffbaukapazität, insgesamt 25 Prozent der Arbeitsplätze, sollen vernichtet werden. Gleichzeitig werden mehrere Hundertmillionen für die Finanzierung von Sozialplänen, Sonderabschreibungen und andere Maßnahmen gefordert. Sogenannte Moderatoren des VDS sollen konkrete Vorschläge vorlegen, wo Arbeitsplätze vernichtet, welche Betriebe und Standorte stillgelegt werden sollen. Schon sind Tatsachen geschaffen worden. Alle wesentlichen Werften im Bundesland Bremen sind im Verbund mit dem Bremer Vulkan, die Harmsdorf-Gruppe hat Vergleich angemeldet, so daß die FSG, die Werft in Büsum und die Schlichting-Werft als Ganzes bedroht sind, für Blohm + Voss, HDW-Kiel, die Ross Industrie (ehemals HDW-Hamburg) sind Hunderte von Entlassungen in Vorbereitung. Die Rickmers-Werft ist unter dem Hammer.

Die Bundesregierung sieht keine Notwendigkeit, die gefährdeten Arbeitsplätze zu retten. Sie setzt auf die Kräfte des „freien Marktes“. Sie ist allenfalls bereit, einen geordneten Rückzug mitzufinanzieren. Die Regierungen der vier Küstenländer haben ebenfalls kein Konzept zur Sicherung der vorhandenen Arbeitsplätze. Sie unterstützen die Vorstellungen des VDS und sorgen sich lediglich um die Erhaltung der Grundkapazität, um die beiden Branchen Schifffahrt und Schiffbau nicht gänzlich verschwinden zu lassen. Zwar fordern sie die Unterstützung Bonn bei der Beschaffung von Ersatzarbeitsplätzen, wollen aber an der Gewinnorientierung von Schifffahrt und Schiffbau nichts ändern. Diese Politik unterstützt nicht nur die aktuelle Vernichtungsaktion von Tausenden Arbeitsplätzen, sondern führt auch zur Verödung der Küstenregion um des Gewinns der Unternehmer willen. Der wirtschaftliche Kern der Küstenregion soll den Profitbedingungen des Großkapitals geopfert und damit die Wirtschaft ganzer Küstenstädte kaputtgemacht werden.

Wenn jetzt der VDS und die Landesregierungen der IG Metall

die Zusammenarbeit anbieten; wenn sie jetzt von notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen reden und der Einführung neuer Produkte; wenn sie jetzt das Küstenstrukturprogramm der IG Metall von 1983 begrüßen; wenn sie jetzt mit der IG Metall an einen Tisch wollen, dann geht es ihnen einzig und allein darum, ihre Millionen zu retten und die IG Metall in ihre Kahlschlagpläne einzubinden. Der Widerstand, der 1983 geboten wurde, soll sich möglichst nicht wiederholen und die IG Metall mißbraucht wurden, um an die Steuermillionen leichter heranzukommen. 1983 lehnte der VDS alle Vorschläge der IG Metall arrogant ab und zog sein Kahlschlagkonzept brutal durch. Der Widerstand, insbesondere der Belegschaften der HDW-Hamburg und der AG-Weser, blieb relativ isoliert und konnte gebrochen werden.

Schon 1983, aber erst recht heute, kann es keine einzelbetriebliche Lösung mehr geben. Entweder es gibt eine Lösung für die gesamte Branche oder das Problem löst sich auf marktwirtschaftliche Weise von allein. Solange die Werftindustrie zersplittert ist in vierzig gegeneinander konkurrierende Betriebe, solange diese Betriebe auf Basis der Gewinnorientierung wirtschaften und dies als Privatbesitzer unter den Bedingungen der internationalen Konkurrenz, solange werden weiter Arbeitsplätze abgebaut, solange wird der Angriff auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen weitergehen. Das hat die Vergangenheit eindeutig bewiesen.

Sofortiger Stopp des weiteren Ruins der Küste

Grundlage der Küstenregion ist bei einem exportorientierten Land wie der Bundesrepublik die Schifffahrt. Die Bundesrepublik als zweitgrößte Handelsnation der Welt verfügt zur Zeit nur über 1,6 Prozent der Welthandelsflotte (20. Rang). So werden jetzt nur 19 Prozent des Exports und 10 Prozent des Imports unter deutscher Flagge abgefahren. Der Erhalt der Schifffahrt und der daraus resultierenden Nachwirkungen für Werften und Häfen ist die Grundvoraussetzung des Erhalts der Wirtschaftskraft der norddeutschen Küstenstädte. In der jetzigen dramatisch zugespitzten Situation darf es keine weiteren Werftenschließungen und Entlassungen mehr geben. Die Kapazitäten des zivilen Schiffbaus dürfen das gegenwärtige Niveau nicht unterschreiten. Ein solches Moratorium muß Gültigkeit besitzen, bis umfassende Lösungen zur Rettung der Küstenregion eingeleitet sind.

Dabei sind werftgerechte Arbeiten (Umweltschutz- und Energieanlagen) an die Werften zu vergeben. Solche Programme müssen die Umstellung von Rüstungs- auf Zivilproduktion besonders fördern.

Ladungslenkung

Jetzt muß die Ladungslenkung nach den UNO-Vorschlägen durchgesetzt

werden. Dies besagt, daß 40 Prozent der Ladung im Import und Export auf Schiffen unter deutscher Flagge transportiert und in deutschen Seehäfen umgeschlagen werden müssen. Dieser UNO-Vorschlag dient zur Erhaltung der nationalen Wirtschaftskraft aller Nationen und hätte für die Bundesrepublik eine Sicherung der Beschäftigung in Schifffahrt, Häfen und Werften zur Folge. Dazu gehört ein Verbot der Ausflagung und ein Verbot des Anlaufens von Schiffen in deutsche Häfen, die nicht den Sicherheitsvorkehrungen entsprechen.

Arbeitsbedingungen - Arbeitszeit

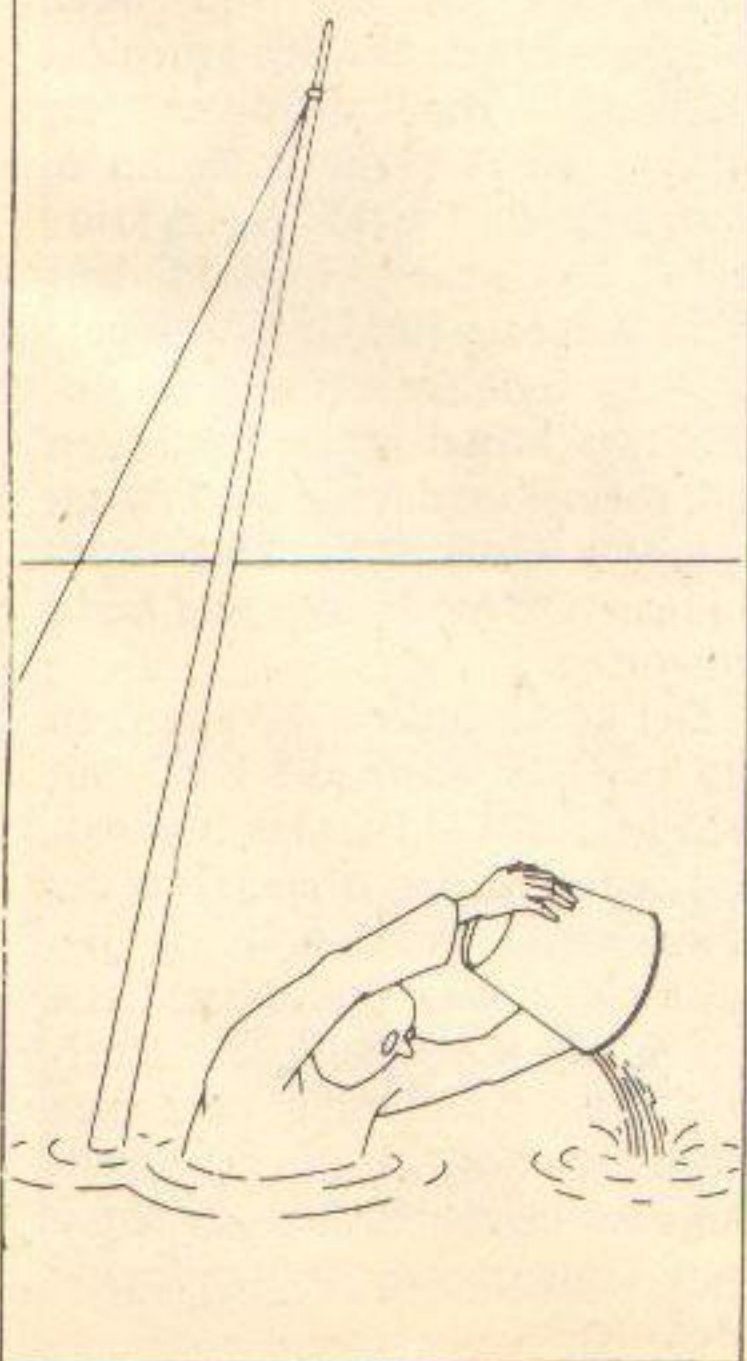
Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den Werften, statt Überstunden und Leiharbeit feste Arbeitsplätze und 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Verbesserung von Aus- und Fortbildung, von Arbeits- und Gesundheitsschutz, keine Abkoppelung von der Lohnentwicklung der übrigen Metallindustrie.

Vergesellschaftung

Eine dauerhafte Lösung der Krise der bundesdeutschen Schiffbauindustrie im Sinne von Erhaltung industrieller Strukturen, aller Arbeits- und Ausbildungsplätze und einer Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen kann es nur ohne die gewinnorientierten Werftenbesitzer geben. Eine Lösung kann es nur für die gesamte Schiffbauindustrie, insbesondere unter Einbeziehung der bundesdeutschen Schifffahrt geben. Deshalb setzen wir uns für eine Lösung ein, jenseits von Gewinnorientierung, Privatbesitz und internationaler Konkurrenz. Für eine Lösung, die sich am Erhalt aller Arbeitsplätze, Betriebe und Standorte orientiert und gleichzeitig die gesellschaftlich nützlichen Funktionen von Schifffahrt und Schiffbau erhält und neue Produktionen im Bereich Umweltschutz und Energieversorgung möglich macht. Die Voraussetzung dafür ist, den Werft- und Schiffseignern die Verfügungsgewalt über die Arbeitsplätze und die Produktion zu nehmen. Die gesamte Schiffbauindustrie und die Reedereien müssen enteignet werden. Sie sind in regionale Struktur- und Beschäftigungskonzepte einzubringen.

Die Anregungen der „Memorandumgruppe“ für eine Nationale Werften-AG und der „AG Alternative Wirtschaftspolitik“ zur Kommunalisierung der Werften von 1983 sollten zu einem aktuellen plausiblen Konzept weiterentwickelt und zusammengefaßt werden.

Wir, die Unterzeichner, rufen alle Belegschaften aus Häfen, Schifffahrt und Werften auf, laßt uns auf einer Konferenz gemeinsam mit Belegschaftsvertretungen und Gewerkschaften beraten, wie dieser Vorschlag zur Sicherung der Existenz der Wirtschaft und Arbeitsplätze der norddeutschen Küstenstädte umgesetzt werden kann.



Rücken die GRÜNEN von ihrer bisherigen Praxis ab, sich gegen faschistische Wahlkandidaten zu wenden, die Vergabe öffentlicher Räume an die Faschisten zu kritisieren? Das neue Programm läßt solche Schlüsse zumindest offen.

Rechtsentwicklung, Rassismus, Faschismus

Rechte Ideologien, insbesondere Rassismus, Faschismus, Antisemitismus und Minderheitenhaß sind in der Bundesrepublik längst nicht überwunden. Das ist kein Wunder, hat doch eine gründliche und öffentliche Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus bis heute nicht stattgefunden. Dies gilt sowohl für seine politischen und ökonomischen, wie auch für seine ideologischen Voraussetzungen.

Schlimmer noch. Nach Gründung der Bundesrepublik wurden ehemalige Nationalsozialisten in vielen Bereichen der öffentlichen Verwaltung und in der bundesdeutschen Justiz übernommen: diese personelle Kontinuität „ehemaliger“ Anhänger des Faschismus und der offensichtliche Schutz, den sie von Seiten der Westmächte erhielten, führten dazu, daß eine obrigkeitstaatliche Gesellschaft wiedererstehen konnte.

Terroranschläge wie beim Münchner Oktoberfest 1982, Brandbomben auf ein Flüchtlingsheim oder der Mord an einem Türken in Hamburg 1986 sind spektakuläre und beunruhigende Zeichen für das Fortbestehen der menschenverachtenden Ideologie der Faschisten. Neonazi-Gruppen werden von der Bundesregierung verharmlost. Antisemitische Äußerungen, wie sie zunehmend von Politikern der Regierungsparteien zu hören sind, werden heruntergespielt.

DIE GRÜNEN sind eine antifaschistische Partei. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, die Erinnerung an die Verbrechen der Nazi-Herrschaft und das Gedenken an den antifaschistischen Widerstand wachzuhalten. Wir verlangen die öffentliche Ausein-

andersetzung mit der Geschichte des deutschen Faschismus und seinen heutigen Erscheinungsformen und wollen dadurch zu seiner Überwindung beitragen. DIE GRÜNEN treten für die Förderung aller Initiativen ein, mit denen überall in der Bundesrepublik, wo Widerstand gegen und Leiden unter dem NS-Regime stattgefunden hat, geschichtliche Gedenk- und Lernorte geschaffen werden sollen.

Über die heutigen faschistischen und rassistischen Aktivitäten soll vollständig und offen informiert werden. Initiativen und Gruppen, die diesen Aktivitäten entgegenwirken, erhalten unsere uneingeschränkte Unterstützung. Verbote und Gefängnisstrafen sind jedoch keine geeigneten Mittel, die gesellschaftlichen Probleme, aus denen faschistische Ideologien und Gruppen entstehen, zu lösen. Staatliche Maßnahmen können und sollen nur dazu dienen, Personen und Personengruppen vor Bedrohungen, Gefährdungen und Angriffen auf ihre Grundrechte wirksam zu schützen. Wer, wie die jetzige Bundesregierung, vor diesen Gefahren die Augen verschließt oder sie verharmlost, macht sich mitschuldig an den faschistisch oder rassistisch motivierten Verbrechen.

Die Bundesrepublik muß sich zu ihrer Verantwortung gegenüber den Opfern des Faschismus bekennen und die Entschädigungsforderungen aller NS-Opfer anerkennen, insbesondere auch der Roma und Sinti, der jüdischen Menschen, der Homosexuellen, der Zwangssterilisierten, der Überlebenden der „Euthanasie“-Aktionen, der Widerstandskämpfer/innen und der sogenannten Asozialen.

Verboten und Gefängnisstrafen?

Wo es aber um die staatliche Begünstigung von Parteien wie NPD oder FAP geht, wo es um die gesellschaftlichen Ursachen der Formierung faschistischer Kreise geht, wo es letztendlich um die Interessen der Arbeiterbewegung und Gewerkschaftsbewegung geht, dasetzten die Verfasser des Neuentwurfs den Rotstift an.

Es ist zu hoffen, daß dies nicht den Kräften in den Grünen nützt, die auf eine zukünftige wertkonservative Orientierung setzen. Dies hat schon einmal dazu geführt, daß sich zeitweise vor allem in Westberlin „Blut-und-Boden“-Ökos in den Grünen breit machen konnten.

Was bietet das Programm den Antifaschisten?

Verlangt wird eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Geschichte des deutschen Faschismus und seinen heutigen Erscheinungsformen, die Einrichtung von Gedenk- und Lernorten. Dagegen wäre nichts einzuwenden. Aber damit hat es sich dann auch schon. Politischer Kampf wandelt sich so in eine pädagogische Maßnahme gegenüber einer dem Faschismus anfälligen Bevölkerung. Faschisten werden dementsprechend eher als Opfer einer falschen Ideologie betrachtet, statt als politische Feinde aufgefaßt.

Nun mag es ja bei den Grünen viele Lehrer und Sozialarbeiter geben, die vor den Problemen stehen, daß sie auf 16- bis 18jährige Jugendliche stoßen, die mit rechtsradikalen Gruppierungen liebäugeln. Natürlich ist hier pädagogisches Geschick und Überzeugungskraft am Platz. Ein Hakenkreuz auf der Schulbank muß nicht den Gang zur Polizei zur Folge haben. Aber die sogenannte antifaschistische und antirassistische Initiative von unten ist eine leere Phrase, wenn sie nicht die politischen Verhältnisse bekämpft, die solche Entwicklungen erst möglich machen und herausfordern. Die herrschende Politik braucht zu ihrer Durchsetzung reaktionäre, rassistische und nationalistische Stimmungen. Wo die nicht existieren, werden sie systematisch erzeugt, wie die staatliche Hetze gegen Asylsuchende zeigt. Diesen Zusammenhang stellt das Programm der Grünen nicht her, man beschränkt sich auf eine wachswichtige Kritik daran, daß die Regierungsparteien antisemitische Äußerungen herunterspielen.

Schlimme Konsequenzen?

Rücken die Grünen von ihrer bisherigen Praxis ab, sich gegen faschistische Wahlkandidaten zu wenden, die Vergabe öffentlicher Räume an die Faschisten zu kritisieren? Das neue Programm läßt solche Schlüsse zumindest offen.

Wenn Gefängnisstrafen ein untaugliches Mittel gegen Faschisten sind, wie sieht es aus mit der Freilassung von Hoffmann, Hess oder Kühnen? Offene Fragen und keine Antworten.

Der kommende Wahlkampf, an dem sich vor allem die NPD mit ihren aggressiven Parolen beteiligt, wird zeigen, ob die Grünen trotz des verwässerten Programms als Teil antifaschistischer Bündnisse aktiv werden können. Bleibt die Hoffnung, daß sich die Grünen unter dem Druck der antifaschistischen Bewegung auch innerhalb ihrer Reihen zu einem konsequenteren Standpunkt durchringen.

Grünes Pädagogikkonzept contra Antifaschismus?

Grüne Bundesversammlung lehnt Verbot faschistischer Organisationen ab

von BERNHARD STRASDEIT

Auf ihrer letzten Bundesversammlung im Mai in Hannover verabschiedeten die GRÜNEN ein Programm zur Bundestagswahl 1987.

Im Vorfeld dieses Parteitage hatte die Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratie und Recht, Untergruppe Rechtsentwicklung, Rassismus Neofaschismus zu ihrem Themenbereich einen ausführlichen Formulierungsvorschlag eingebracht, der auch von der Programmdiskussion übernommen wurde.

Unter anderem tauchten dort folgende Forderungen auf:

- Verbot und Auflösung faschistischer und rassistischer Organisationen und Parteien.
- Strikte Anwendung bestehender Gesetze zur Unterbindung rassistischer und faschistischer Betätigung und Hetze.
- Umfassende Information und Aufklärung über das wahre Ausmaß rassistischer und faschistischer Aktivitäten.
- Großzügige Unterstützung der Initiativen, Komitees und Organisationen, die sich zum Ziel gesetzt haben, rassistischen und faschistischen Aktivitäten entgegenzuwirken.

Im begründenden Text hieß es dazu: „Unsere Politik richtet sich schwerpunktmäßig darauf, Rassismus und Faschismus gesellschaftlich zu ächten, Menschen die dabei sind, diesen Irrweg zu gehen, durch Überzeugung abzuhalten. Doch macht dies die Forderung nach Verbot und strafrechtlicher Verfolgung von rassistischen und faschistischen Organisationen sowie deren Hetze nicht überflüssig. Der Problematik, daß auf diese Weise politische

Probleme, deren Ursprung in den gesellschaftlichen Verhältnissen liegen, mit Polizei und Justizmaßnahmen überdeckt werden könnten, sind wir uns dabei bewußt. Dennoch sind diese Forderungen nicht nur notwendige Schutzmaßnahmen für unmittelbar Betroffene, sondern sie bringen auch das Festhalten an den politischen Konsequenzen des 8. Mai 1945 zum Ausdruck.“

Und zur Kritik faschistischer Programmatik hieß es in dem Entwurf unmißverständlich: „Abwertung und Verteufelung der Interessensvertretung der Arbeitenden durch Wir-sitzen-alle-in-einem-Boot-Parolen, Propagierung einer Opferideologie gerade bei denjenigen, die kaum etwas zum „Opfern“ haben, Schüren von Konkurrenz und Elitedenken sind Versuche, die Krise der Glaubwürdigkeit bürgerlicher Politik zu überwinden. Die so Vereinzelt sollen durch Belebung „alter Werte“ wie Familie und Nation zu neuer Gemeinschaft zusammengeführt werden.“

Von alledem ist im jetzigen Programm nichts mehr übrig. Auf Initiative der Abgeordneten Stroebele und Mann wurde der alte Entwurf begraben und ein Neuentwurf vorgelegt, der auf der Bundesversammlung mehrheitsfähig war.

Dieser Entwurf enthält zwar immerhin das stereotype Bekenntnis, die Grünen seien eine antifaschistische Partei. Aber was nützt dieses neue Bekenntnis, wenn es keinerlei Ansatz für konkrete antifaschistische Politik bietet, wenn der größte Abschnitt des Programms darauf verwendet wird, die Forderung nach Verbot faschistischer Organisationen abzulehnen. Verbote und Gefängnisstrafen seien

kein geeignetes Mittel, das Problem Faschismus zu lösen, heißt es da sinngemäß. Allein diese Feststellung ist eine Unverschämtheit gegenüber den Antragstellern des ursprünglichen Textes und großen Teilen des antifaschistischen Spektrums. Wer in der BRD vertritt denn schon die Position „Verbot löst Problem Faschismus“?

Niemand vertritt solch eine Position und am wenigsten die grünen Befürworter der Verbotsforderung, hatten doch diese die Problematik staatlicher Verbotsmaßnahmen ausdrücklich aufgegriffen.

Die jetzige Formulierung drückt sich darum herum, daß sowohl in der Gewerkschaftsbewegung wie auch in der Antifaschistischen Bewegung griffige Begründungen für die Verbotsforderung vorhanden sind und in der politischen Auseinandersetzung eine Rolle spielen. So existiert der § 139 GG, wonach faschistische Organisationen von vorneherein verboten sind; bei der Aufnahme in die UNO mußte sich die BRD ausdrücklich dazu bekennen, das Aufkommen neofaschistischer Kräfte zu unterbinden.

Da scheint es als Zugeständnis, daß im Programm der Grünen steht, staatliche Maßnahmen könnten dazu dienen, Personen und Personengruppen vor Bedrohungen, Gefährdungen und Angriffen auf ihre Grundrechte zu schützen. Wann ist dieser Zeitpunkt erreicht? Ist er erst erreicht, beim Münchner Oktoberfestattentat, beim Überfall auf Ausländerwohnheime, bei nationalistischen Orgien in deutschen Fußballstadien? Faschistische und rassistische Aktivitäten zielen immer auf Bedrohungen und Gefährdungen von Personen und Perso-

nengruppen, seien es Juden, Schwarze, Türken, Asylanten, Homosexuelle oder andere. Ihre menschenfeindlichen Appelle und Losungen können nicht nur Gegenstand freundschaftlicher Debatten sein, sie fordern aktiven Widerstand heraus. Das Programm der Grünen steht nicht in Kontinuität zum Widerstand gegen den deutschen Faschismus.

Verbotsforderung staatsapologetisch?

Ja, es gibt die Position im grün-alternativen Spektrum und auch bei autonomen Antifaschisten, wonach es falsch ist, staatliche Maßnahmen jeglicher Art zu befürworten, wenn es um emanzipatorische Bewegungen geht.

„Mit diesem reaktionären Staat, seinen Polizei- und Spitzelapparaten gegen die Faschisten?“ — so wird die Frage oft falsch zugespitzt. Es geht doch gerade darum, daß eine Isolierung von Faschisten und ihrer Tätigkeit auch die Möglichkeiten reaktionärer Politik einschränkt, wenn Verbote aufgrund breiter Bewegungen durchsetzbar sind.

Zudem scheint sich grüne Kritik nur dort von der Forderung nach staatlichen Maßnahmen und Verbote zu distanzieren, wo es um die Faschisten geht. An anderen Stellen des Programms wird die Forderung erhoben, Werbung für die Bundeswehr zu verbieten, werden staatliche Maßnahmen gegen die Diskriminierung von Frauen gefordert. Nicht zuletzt fordern die Grünen ein staatliches Verbot von Kernenergie und die Überwachung dieses Verbots durch staatliche Apparate. Nichts dagegen, aber wo bleibt hier der Hinweis auf die Untauglichkeit von

Verteidigt das Grundrecht auf Asyl!

Nachdem wochenlang die Reaktion die Diskussion über das Asylrecht bestimmen konnte, entwickelt sich jetzt ein relativ breiter Widerstand gegen die Verschärfung des Asylrechts zur Verteidigung der Flüchtlinge. Der „Rote Morgen“ berichtet auf dieser Seite über zwei bundesweit tätige Initiativen, sowie eine Bremer Aktion, die bundesweit Schlagzeilen machte. Wir bitten unsere Leserinnen und Leser, die Redaktion über weitere örtliche oder regionale Aktivitäten auf dem Laufenden zu halten.

„Pro Asyl“ gegründet

Am 9. September gaben insgesamt 15 Vertreter von Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Menschenrechtsorganisationen die Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Pro Asyl“ bekannt. Die Gründungsmitglieder sind Einzelpersonen, die jedoch jeweils für eine Organisation oder einen Verband stehen. Das Spektrum reicht von der katholischen Bischofskonferenz, der evangelischen Kirche, der UNO-Flüchtlingshilfe über amnesty international, terre des hommes, die Gesellschaft für bedrohte Völker bis zur Arbeiterwohlfahrt und dem Deutschen Roten Kreuz. Der bundesdeutsche Vertreter des UNO-Flüchtlingskommissars unterstützt als ständig beratendes Mitglied diesen Dachverband.

Ziel von „Pro Asyl“ soll die Durchsetzung des grundgesetzlich garantierten Asylrechts sein, sowie Widerstand gegen eine Verschärfung des Asylrechts. Praktisch will „Pro Asyl“ u. a. auch Anlaufstelle für Gruppen und Einzelpersonen sein, über ein Büro in Frankfurt Materialien und Adressen für Flüchtlingsproblematik zur Verfügung stellen und Gruppen und Initiativen unterstützen und koordinieren. Für Dezember ist eine Tagung geplant, auf der Flüchtlingsräte und Asylinitiativen aus dem Bundesgebiet die Möglichkeit haben, ihre Vertreter für diesen Dachverband zu bestimmen.

Die erste größere Öffentlichkeitsarbeit von „Pro Asyl“ soll am 3. Oktober, dem „Tag des Flüchtlings“ stattfinden.

Kontakt: Pro Asyl, Neue Schlesingerstraße 22 - 24, 6 Frankfurt 1. Spendenkonto: UNO-Flüchtlingshilfe, Kennwort „Pro Asyl“, Postgiro Köln 303030-507, Bank für Gemeinwirtschaft Bonn Nr. 1027 33 0000.

Bundesweites Asyltreffen in Frankfurt

Auf Initiative des Aktionskomitees gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit Tübingen hat am 13. September in Frankfurt ein

Infos und Tips

„Apartheid in der ganzen Welt?“ — so lautet die Überschrift des **KPD-Flugblatts** zum Thema: politische Flüchtlinge. Bestellungen an: KPD, Wellinger Str. 103, 46 Dortmund 30.

Von der „Volksfront“ ist ebenfalls ein **Flugblatt** erschienen: „Wiederherstellung des Asylrechts! — Gegen die rassistische Hetzkampagne“. Bestellungen an: Volksfront, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

Mit einer Reihe von **aktuellen Informationsbriefen zum Thema Asyl**, die in zweiwöchigem Abstand herausgegeben werden, will der Bundesvorstand der Grünen einen Beitrag zur Verteidigung des Asylrechts leisten. Bestellung an: Die Grünen, Bundesgeschäftsstelle, Bonn.

Einen laufend aktualisierten **Ratgeber zum Asylverfahrensgesetz** gibt der Hamburger Arbeitskreis Asyl, c/o Hartmut Jacobi, Laufgraben 37, 2000 Hamburg 13 heraus. Der gleiche Arbeitskreis bietet auch **Rechtshilfe für Flüchtlinge** oder deren deutsche Unterstützer an.

Am 25./26. September — zur gleichen Zeit, wenn in Bonn unter Ausschluß der Grünen die Bundesregierung mit den Länder- und Parteichefs zusammentrifft, um eine weitere Verschärfung insbesondere der Abschiebepolitik zu beraten — findet in Berlin ein **Flüchtlingskongress** statt. Der Kongress tagt im ehemaligen Berliner Reichstagsgebäude und wird von der AL Berlin und der Bundestagsfraktion der Grünen veranstaltet. Der erste Tag steht unter dem Thema: „Verantwortung der Industrieländer für die Not der Dritten Welt? Alternativen in der Asylpolitik?“. Der zweite Tag ist als Arbeitsforum u. a. über konkrete Schritte zur Unterstützung von Flüchtlingen gedacht.

bundesweites Treffen von Organisationen, Gruppen und Initiativen stattgefunden, auf dem über bundesweite Aktionen zur Verteidigung des Asylrechts diskutiert wurde.

Die Beteiligung an dem Treffen war erfreulich groß, rund 120 Vertreter/innen von etwa achtzig örtlichen Initiativen, Gruppen und Parteien waren gekommen. Um die Ergebnisse vorwegzunehmen:

1. Nach einer sehr langen Diskussion ist ein gemeinsamer Aufruf beschlossen worden, der in den nächsten Tagen veröffentlicht wird. Allerdings waren zu dem Zeitpunkt, als über den Aufruf abgestimmt wurde, nur noch knapp ein Viertel der Teilnehmer anwesend.

2. Für den 18. Oktober sollen in drei oder vier Städten der Bundesrepublik regionale Demonstrationen angestrebt werden.

3. Wenn sich Helmut Kohl am 25. September mit den Ministerpräsidenten der Länder, den Fraktions- und Parteivorsitzenden von CDU/CSU, FDP und SPD trifft, sollen in möglichst vielen Städten Büros der Parteien „besucht“ werden.

4. Die Versammlung war sich einig, daß der gemeinsame politische Kampf für die Verteidigung des Asylrechts auch in der Zukunft koordiniert bundesweit weitergeführt werden soll. Um die bis dahin gesammelten Erfahrungen zu diskutieren und über das weitere Vorgehen zu beraten, soll deshalb am 22./23. November ein neues Treffen in Hamburg stattfinden. Außerdem wurde die Einrichtung einer Koordinationsstelle in Tübingen oder Stuttgart beschlossen. Die vorläufige Adresse:

Aktionskomitee gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, c/o Katrin Grommek, Anna-Bosch-Str. 12, 7400 Tübingen.

Die Diskussion hat, wie gesagt, sehr lange gedauert, berührte fast alle Aspekte des Flüchtlingsproblems in der Bundesrepublik und wurde zum Teil auch sehr kontrovers geführt. Umstritten war beispielsweise die Notwendigkeit gemeinsamer, koordinierter politischer Aktivitäten zur Verteidigung des Asylrechts. Umstritten war aber auch die Forderung nach dem uneingeschränkten Recht auf Asyl für alle Flüchtlinge, ganz gleich, aus welchen Gründen sie ihre Heimat verlassen haben. Genauerer Diskussion bedarf wohl auch das Verhältnis zu solchen Initiativen wie „Pro Asyl“ oder zu den Aktivitäten der Kirchen, der Wohlfahrtsverbände und der Gewerkschaften.

Der Aufruf, der uns in seiner endgültigen Form leider noch nicht vorliegt, steht unter der Überschrift: „Verteidigt die Flüchtlinge!“ In dem Aufruf wird u. a. das uneingeschränkte Asylrecht für alle Flüchtlinge gefordert; außerdem die sofortige Einstellung aller Abschiebungen und Auslieferungen, die ungehinderte Einreise für alle Flüchtlinge (Aufhebung des Visazwangs u. ä.) sowie die Abschaffung des Arbeitsverbots, die Herstellung der Freizügigkeit, die Abschaffung der Unterbringung in Sammellagern, Containern o. ä.

Schafft „Freie Flüchtlingsstädte“!

Warum sollten wir nach Ausrufung so vieler Städte zu atomwaffenfreien Zonen nicht auch freie Flüchtlingsstädte haben? — Die Idee der „Freien Flüchtlingsstädte“ geht zurück auf drei Beispiele aus den USA. Die Städte Los Angeles, San Francisco und Seattle sind „freie Flüchtlingsstädte“. Das heißt: hier sind Flüchtlinge vor der Abschiebung und Verfolgung durch städtische Behörden sicher.

Dies auch in der BRD zu erreichen, ist das Ziel einer Bremer Initiative, bestehend aus Solidaritätsgruppen und den Kirchen, die Anfang September an die Öffentlichkeit ging. Da nicht damit gerechnet werden kann, daß der Bremer Senat in absehbarer Zeit dem Vorbild der US-amerikanischen Städte folgt und von sich aus den Schutz von Flüchtlingen vor Abschiebung in dieser Stadt beschließt, wirbt die Initiative für „Partnerschaften“ zwischen Deutschen und Flüchtlingen.

„Auch ich will einen Flüchtling schützen“ ist der Coupon überschrieben, auf dem Deutsche ihre Hilfe anbieten können. Die reicht von der Bereitschaft, „durch Gespräche, Einladungen usw. die soziale Isolation zu durchbrechen“ bis hin zu direktem Schutz vor

Zwangsumsiedlung, Lagerleben oder Abschiebung“. Dafür erklären sich die „Paten“ bereit, bis an den Rand der Legalität zu gehen, „notfalls einen Flüchtling bei sich aufzunehmen.“

Die politischen Parteien SPD und Grüne reagierten sehr verhalten auf die Aktivität der Initiative. Der SPD-Linker Henning Scherf begrüßte zwar „grundsätzlich“ das Engagement, war aber nicht bereit „den Lautsprecher anzustellen und groß aufzurufen, kommt alle her!“. Der Grüne Abgeordnete Uwe Helmke empfand das Motto „Freie Flüchtlingsstadt Bremen“ als „Provokation“ und „Utopie“. Und die Mitgliederversammlung der Grünen konnte nur durch massiven Druck — Rücktrittsdrohung des Landesvorstandssprechers und Mitinitiators der Initiative, Günther Kahrs, und dessen Aufruf, nicht hinter den politischen Bewußtseinsstand der katholischen Kirche zurückzufallen — zur Unterstützung der Aktion bewegt werden.

Die Initiative „Freie Flüchtlingsstadt Bremen“ ist über die Kontaktadresse des Flüchtlingsrats zu erreichen: c/o Katholisches Bildungswerk, Kolpingstr. 7, 2800 Bremen, Tel. (0421) 3630568.

ASYLRECHT IST MENSCHENRECHT!

800 000 Deutsche fanden während der Naziherrschaft Asyl im Ausland

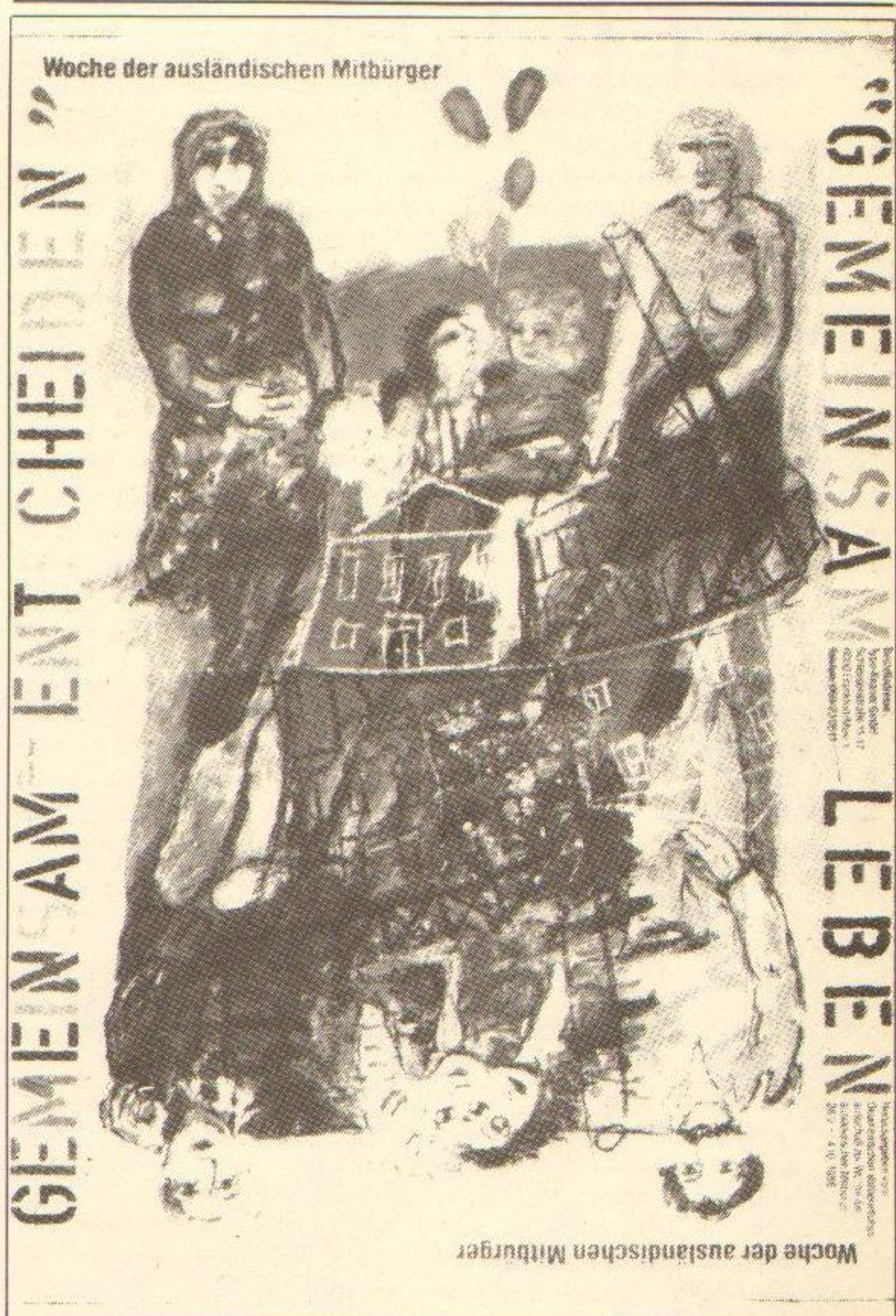


Sie hätten heute kaum eine Chance, in der Bundesrepublik Asyl zu bekommen.

**HÄNDE WEG VOM ASYLRECHT!
GEGEN RASSISMUS UND
AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT!**

Aktionsgemeinschaft Asyl (Zusammenschluß verschiedener dt. u. ausl. Initiativen und Organisationen).

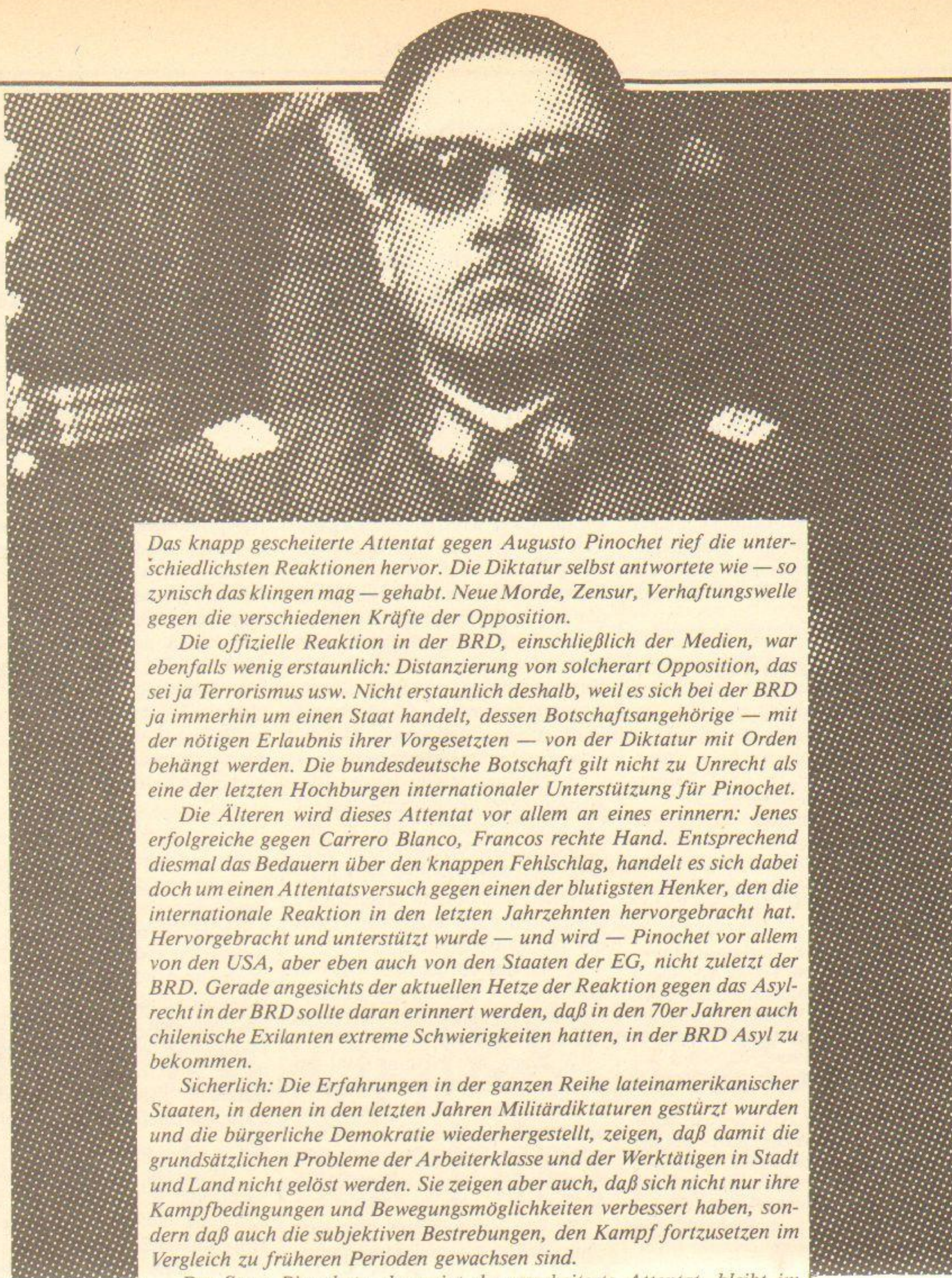
Dieses Plakat — herausgegeben von der Aktionsgemeinschaft Asyl/Hannover — kann bei W.J. Herzog, Ossietzkyring 29, 3000 Hannover 91 bestellt werden.



Unter diesem Motto steht in diesem Jahr die Woche der ausländischen Mitbürger, die vom 28. September bis 4. Oktober gemeinsam von den Kirchen und den DGB durchgeführt wird. Nicht nur der 3. Oktober — der Tag des Flüchtlings — dürfte dabei dem Kampf zur Verteidigung des Grundrechts auf Asyl gewidmet sein.

Faktisch seit dem 10. Jahrestag seines Putsches sehen sich Pinochet, sein Regime und seine Hintermänner einer wachsenden Oppositionsbewegung gegenüber. Seitdem — im wesentlichen — registrierte auch die weltweite demokratische Öffentlichkeit diese Bewegung, die damals nicht zuletzt, wie schon öfters in der chilenischen Geschichte, von Streiks der Kupferarbeiter eingeleitet wurde.

Stürzt Pinochet



Das knapp gescheiterte Attentat gegen Augusto Pinochet rief die unterschiedlichsten Reaktionen hervor. Die Diktatur selbst antwortete wie — so zynisch das klingen mag — gehabt. Neue Morde, Zensur, Verhaftungswelle gegen die verschiedenen Kräfte der Opposition.

Die offizielle Reaktion in der BRD, einschließlich der Medien, war ebenfalls wenig erstaunlich: Distanzierung von solcherart Opposition, das sei ja Terrorismus usw. Nicht erstaunlich deshalb, weil es sich bei der BRD ja immerhin um einen Staat handelt, dessen Botschaftsangehörige — mit der nötigen Erlaubnis ihrer Vorgesetzten — von der Diktatur mit Orden behängt werden. Die bundesdeutsche Botschaft gilt nicht zu Unrecht als eine der letzten Hochburgen internationaler Unterstützung für Pinochet.

Die Älteren wird dieses Attentat vor allem an eines erinnern: Jenes erfolgreiche gegen Carrero Blanco, Francos rechte Hand. Entsprechend diesmal das Bedauern über den knappen Fehlschlag, handelt es sich dabei doch um einen Attentatsversuch gegen einen der blutigsten Henker, den die internationale Reaktion in den letzten Jahrzehnten hervorgebracht hat. Hervorgebracht und unterstützt wurde — und wird — Pinochet vor allem von den USA, aber eben auch von den Staaten der EG, nicht zuletzt der BRD. Gerade angesichts der aktuellen Hetze der Reaktion gegen das Asylrecht in der BRD sollte daran erinnert werden, daß in den 70er Jahren auch chilenische Exilanten extreme Schwierigkeiten hatten, in der BRD Asyl zu bekommen.

Sicherlich: Die Erfahrungen in der ganzen Reihe lateinamerikanischer Staaten, in denen in den letzten Jahren Militärdiktaturen gestürzt wurden und die bürgerliche Demokratie wiederhergestellt, zeigen, daß damit die grundsätzlichen Probleme der Arbeiterklasse und der Werktätigen in Stadt und Land nicht gelöst werden. Sie zeigen aber auch, daß sich nicht nur ihre Kampfbedingungen und Bewegungsmöglichkeiten verbessert haben, sondern daß auch die subjektiven Bestrebungen, den Kampf fortzusetzen im Vergleich zu früheren Perioden gewachsen sind.

Der Sturz Pinochets, das zeigt das gescheiterte Attentat, bleibt im wesentlichen von der Frage abhängig, ob sich die verschiedenen Kräfte der Opposition weiter zusammenschließen und weiterhin versuchen, zu agieren — nicht zuletzt, um die internationale wirtschaftliche Unterstützung für Pinochets Regime, die es ihm erlaubt, bestimmten sozialen Schichten kleinere Vorteile zuzuschancen, zu verhindern. Das ist auch hier eine Frage der internationalen Solidaritätsbewegung.

von HELMUT WEISS

Große und mächtige Protestaktionen, zahlreiche Konfrontationen mit Polizei und Militär, verschiedenste politische Zusammenschlüsse, die Bemühungen zur Reorganisation der Gewerkschaftsbewegung und vieles andere mehr — all dies löste seit längerem die Frage aus, ob und wie lange sich das Regime noch halten würde. Pinochets Ankündigung, er werde noch bis 89 im Amt bleiben, einst als bloße Provokation aufgefaßt, erscheint heute manchem nicht mehr so abwegig. Das von verschiedenen Sprechern der Opposition angekündigte Jahr 1986 als Jahr der Entscheidung ist zu 3/4 vorbei, ohne daß es zu dieser Entscheidung gekommen wäre. Was sind die Gründe für diese (Nicht-)Entwicklung?

Pinochet, wie so viele seiner „Kollegen“ Diktatoren, angetreten mit der Losung, er werde Chile zu einer freien Nation entwickeln, war, das muß 13 Jahre nach dem Putsch angemerkt werden, der erste, der die Friedmannsche Wirtschaftspolitik (jene angebotsorientierte Wirtschaftstheorie, von der sich auch die Konservativen Parteien der kapitalistischen Industriestaaten leiten lassen) in die Praxis umsetzen sollte, die sogenannten Chicago-Boys dieser Ökonomschule spielten von Beginn an eine große Rolle. Das Ergebnis ist eindeutig: die Auslandsverschuldung wuchs in diesen Jahren von 3 auf 20 Milliarden Dollar, die Inflationsrate auf 27

Prozent, die Quote der Arbeitslosigkeit, die offiziell mit 14 Prozent angegeben wird, beträgt nach gewerkschaftlichen Angaben rund 30 Prozent, in den größten Poblaciones Santiagos beispielsweise bis zu 80 Prozent. Bettler (vor allem Kinder) und die zahllosen Versuche, irgendetwas zu verkaufen, sind davon öffentlich sichtbar der deutlichste Ausdruck.

Aber es gab und gibt bei dieser Wirtschaftspolitik auch Profiteure — die nicht nur aus den Imperialisten und Großkapitalisten bestehen, sondern auch aus der oberen Schicht des klassischen Kleinbürgertums, und dies war wohl eine der Quellen der relativ starken Pro-Pinochet-Kundgebung Anfang des Monats. Pinochet, das darf nicht vergessen werden, machte ja keinen überraschenden Militärputsch, sondern dieser Coup wurde vor dem Hintergrund breiten Widerstands gegen die damalige Regierung Allende in Bürgertum und Kleinbürgertum und auch auf dem Lande organisiert; eine große Rolle spielte damals der Streik der Transportunternehmer, in den Reihen der rechten und konservativen Organisationen gab es mehrheitlich Befürwortung. Es war kein isolierter Akt, jener Putsch, und die Unterstützung für Pinochet hat sich erst allmählich reduziert, und auch heute ist es noch längst nicht so, daß das Regime völlig isoliert wäre. Dies ist ohne Zweifel ein Faktor, der den ausgesprochen zähen Charakter

dieses Kampfes beeinflusst.

In den letzten Jahren wurde auch schnell deutlich, daß die Linke, die Revolutionäre keineswegs die Mehrheitsströmung in der Oppositionsbewegung darstellen. Wenn allein im Jahr 85 ermittelt wurde, daß 269 Menschen aus politischen Gründen ermordet wurden, über 5000 festgenommen und viele von ihnen gefoltert wurden und wenn unter ihnen besonders viele Linke aus unterschiedlichen Organisationen sind, so deutet dies vor allem darauf hin, daß in all den Jahren nach dem Putsch die Schläge der Diktatur vor allem eben diese Linke trafen und daß dies nachhaltig gewirkt hat.

Nun gab es auch, bei allen Unterschieden, auf den Philippinen beispielsweise eine solche Lage, daß bürgerliche Kräfte in der Bewegung gegen die Diktatur Mehrheit und Führung innehatten (obwohl es dort eine stärkere und bewaffnete revolutionäre Linke gibt als in Chile) und trotzdem ergab es sich, daß verschiedene Bewegungen zusammenflossen und Marcos Sturz herbeiführten. Die Besonderheit in Chile erscheint auch hier als die, daß es innerhalb der Bewegung gegen Pinochet nicht nur eine bürgerliche Mehrheit gibt, sondern auch eine recht weitgehende Spaltung, die nur sehr mühsam und allmählich überwunden wird und wo es immer noch und immer wieder Versuche gibt, beispielsweise

von katholischer Seite, die revolutionäre Linke auszugrenzen. Dies ist der zweite Faktor, der die Schwere der Auseinandersetzung bewirkt.

Diese beiden Probleme erscheinen dann auch als die Hauptfragen, die darüber entscheiden werden, ob es gelingt, Pinochets Diktatur zu stürzen: Gelingt es weiterhin, die Zahl der ihn stützenden Kräfte zu verringern, und gelingt es, eine größere Einheit der Opposition zu schaffen — und in beiden Bereichen sind in den letzten Jahren durchaus Fortschritte gemacht worden, wie nicht zuletzt die Streiks Anfang Juli gezeigt haben, dann wird es auch möglich sein, das Regime zu beenden. Die intensive US-amerikanische Wirtschaftshilfe vor allem hat in diesen letzten Jahren dazu beigetragen, daß die soziale Basis des Regimes nicht schneller geschmolzen ist, ein Kurswechsel wie gegenüber Manila ist gegenüber Santiago zumindest heftig umstritten. Wie auch in der BRD, wo Geißlers Stellungnahmen zugunsten der konservativen Opposition in Chile bisher, wie die Haltung der Botschaft am deutlichsten (als Spitze des Eisbergs) zeigt, noch nicht mehrheitsfähig ist. Neben der Entlarvung des Regimes muß internationale Solidarität also auch heute nach wie vor heißen, die internationale — und bundesdeutsche — Unterstützung für dieses Regime aufzudecken, anzuprangern.

Erneut Hinrichtungen in Südafrika

Das rassistische Regime Pretorias waltet immer weiter im Blut der farbigen Bevölkerung. Am Dienstag letzter Woche wurden sechs Farbige gehängt — drei davon Aktivisten des ANC. Wieder einmal versuchten die Sprecher Bothas die Opfer ihres Terrors als Mörder darzustellen, ihre seit langem übliche Taktik der Weltöffentlichkeit gegenüber. Die Beseitigung eines Polizeispitzels und ein Bombenanschlag als Vergeltung für den Bombenangriff Südafrikas auf Lesotho waren die „Verbrechen“ deren sie angeklagt wurden, für die sie verurteilt und ermordet wurden.

In diesem Jahr wurden in Südafrika damit bereits über 80 Menschen „hingerichtet“, wie es in der Sprache der rassistischen Behörden heißt. Diese Mordserie, darunter mehrerer Mitglieder des ANC, zeigt in aller Deutlichkeit, was Botha und Co meinen, wenn sie von der Befreiungsbewegung fordern, sich zur Gewaltlosigkeit zu bekennen: Die Auslieferung in die Gewalt des Regimes. Die drei ANC-Aktivisten weigerten sich denn auch, Gnadengesuche an Botha zu richten.

Die immer mehr wachsende Isolation der blutigen Diktatur Bothas, die erstarkte weltweite Solidaritätsbewegung, wie sie auch auf der Konferenz der sogenannten Blockfreien zum Ausdruck kam — dies hat dazu beigetragen, daß nun auch die Vertreter der EG-Staaten sich für Sanktionen ausgesprochen haben, nachdem sie sich bis zuletzt weigerten, unter allen möglichen Vorwänden. Noch wird zu sehen sein, wie dann solche Maßnahmen tatsächlich aussehen werden, so sie endgültig beschlossen werden — auf jeden Fall zeichnet sich jetzt bereits ab, daß es für die Solidaritätsbewegung darum gehen wird, dafür einzutreten, daß diese Maßnahmen auf einem umfassenden und wirksamen Boykott hinauslaufen und nicht auf Scheinmaßnahmen wie etwa jene der US-Regierung. Daß die EG-Staaten sich überhaupt gezwungen sahen, in dieser Hinsicht zu reagieren, zeigt, daß der Druck denn doch etwas in Bewegung setzt — erst recht ein Grund zum Weitermachen.

IG BSE sammelt

Eine Spendensammlung für die südafrikanische Gewerkschaftsbewegung beschloß der Bundesvorstand der IG Bau Steine Erden. Der Gewerkschaftsvorsitzende Carl rief alle 126 Bezirksverbände seiner Gewerkschaft auf, sich daran zu beteiligen, der Bundesvorstand werde die eingegangene Summe verdoppeln.

Dieser Beschluß wurde aus Anlaß eines Besuchs von Bau- und Holzarbeitern aus dem südlichen Afrika veröffentlicht, der Delegation gehörten auch zwei Mitglieder der azanischen CUSA an, deren Präsident zu den rund 200 inhaftierten Gewerkschaftsfunktionären des Rassistenstaates gehört.